

UNIVERSITÄT ZU KÖLN

Geographisches Institut

Erstgutachter: PD Dr. rer. nat. Carsten Butsch

Zweitgutachter: Dr. sportwiss. Holger Kretschmer

Datum: 10.11.2021

Akademischer Grad: Master of Science

Digitale Bürgerbeteiligung von Migrant:innen in der Stadtentwicklung in Hamburg

Max Henri Nielsen

M.Sc Geographie

Vorwort

Diese Masterarbeit ist nach Ablauf des Berufspraktikum in Kooperation mit der Stadtwerkstatt der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg entstanden. Die Stadtwerkstatt hat Interesse an den Inhalten und Ergebnissen der Arbeit, weshalb ein Vertrag über die Kooperation eingegangen wurde. Die Fertigstellung der Arbeit wird von der Behörde mit einer einmaligen Zahlung vergütet.

Inhalt

1 Einleitung	1
1.1 Relevanz und Aktualität.....	1
1.2 Inhalt und Aufbau der Arbeit.....	2
2 Theoretisch-Konzeptioneller Rahmen.....	4
2.1 Governance	4
2.1.1 Überblick und Begriffsdefinition	4
2.1.2 Von Government zu Governance.....	6
2.1.3 Partizipative Governance	7
2.1.4 Urban Governance	10
2.1.5 Erwartungen und Kritik an den ausgewählten Governance-Konzepten	11
2.2 Bürger:innenbeteiligung und Partizipation in Deutschland & Hamburg	16
2.2.1 Definition und Entwicklung.....	16
2.2.2 Bürger:innenbeteiligung in Hamburg	19
2.2.3 E-Partizipation	21
2.2.4 Teilnehmer:innen der Beteiligung	24
2.3 Migration und Partizipation.....	26
2.3.1 Grundlagen.....	26
2.3.2 Historie.....	27
2.3.3 Migration und Partizipation	29
2.3.4 Netzwerke und Migrant:innen-Organisationen.....	32

2.4 Zusammenführung.....	33
3 Methodisches Vorgehen.....	34
3.1 Wahl der Forschungsmethode	34
3.2 Expert:inneninterviews	35
3.2.1 Vorbereitung und Konzeption des Leitfadens	36
3.2.2 Durchführung und Transkription der Interviews	37
3.3 Quantitative Umfrage	38
3.3.1 Vorbereitung und Durchführung.....	38
3.3.2 Verbreitung und Zielgruppe.....	39
3.3.3 Konzeption des Fragebogens	40
3.3.4 Pre-Test	42
3.3.5 Gütekriterien	42
3.3.6 Auswertung der Umfrage.....	43
4 Ergebnisdarstellung & Analyse.....	43
4.1 Interviews	43
4.1.1 Governance	43
4.1.2 Partizipation von Migrant:innen	45
4.1.3 Migrant:innen.....	51
4.1.4 Umfrage	52
4.1.5 Hypothesen aus den Interviews.....	53
4.2 Standardisierte Umfrage	54
4.2.1 Stichprobe und Datenbereinigung.....	54
4.2.2 Sozio-demographische Angaben	54
4.2.3 Ergebnisse der Inhaltlichen Fragen.....	56
4.3 Ergebniszusammenführung	63
4.4 Einordnung der Ergebniszusammenführung	73
5 Fazit.....	75
5.1 Beantwortung der Forschungsfrage.....	76

5.2 Methodenkritik und Fehlerbetrachtung	78
5.3 Ausblick.....	79
Literaturverzeichnis.....	80
Anhang 1	91
Anhang 2 SPSS	95
Anhang 3	98
Versicherung an Eides statt	99

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Wandel des Selbstverständnis und Ziele des Staates	7
Abbildung 2: Ladder of participation.....	17
Abbildung 3: Sinus Milieus in Deutschland 2021	25
Abbildung 4: Die 10 Teilmilieus der Migrant:innen.....	27
Abbildung 5: Geschlechterverteilung der Befragten.....	54
Abbildung 6: Altersverteilung der Befragten.....	55
Abbildung 7: Seit wann die Befragten in Deutschland leben	55
Abbildung 8: Muttersprache der Befragten.....	56
Abbildung 9: Gerät, mit dem die Umfrage durchgeführt wurde.....	56
Abbildung 10: Verteilung in welcher Sprache die Umfrage durchgeführt wurde	57
Abbildung 11: Teilnahme der Befragten an Beteiligungsangeboten in Hamburg.....	57
Abbildung 12: Wie wurde auf die Beteiligung aufmerksam.....	58
Abbildung 13: Gründe der Befragten Personen, warum sie nicht an Beteiligungs-angeboten teilgenommen haben	59
Abbildung 14: Einschätzung der Befragten zu spezifischen Aussagen der Beteiligung	60
Abbildung 15: Digitale Beteiligung unter möglichen Voraussetzungen.....	61
Abbildung 16: Digitale Beteiligung mit welchem Gerät.....	61
Abbildung 17: Wege der Erreichbarkeit der Befragten.....	62
Abbildung 18: Regelmäßige Nutzung von sozialen Netzwerken der Befragten.....	62
Abbildung 19: Besuch von Einrichtungen im näheren Umfeld	63
Abbildung 20: Das Alter der Befragten und die Teilnahme an bisherigen Angeboten zur Bürger:innenbeteiligung.....	65

Abbildung 21: Chi ² -Test zwischen Alter der Teilnehmenden und der Angabe nach mehr digitaler Beteiligung unter Voraussetzung von einfacherer Sprache	68
Abbildung 22: Ausgewählte Einschätzungen in der Matrix bezüglich der digitalen bzw analogen Beteiligung.....	69
Abbildung 23: Bisherige Teilnahme an Beteiligungsangeboten in Hamburg und mögliche digitale Beteiligung unter Verwendung von Smartphones/einer App.....	71
Abbildung 24: Vergleich von der Einschätzung sich aktiver beteiligen zu wollen und der möglichen digitalen Beteiligung mit dem Smartphone/per App.....	72
Abbildung 25: Chi ² -Test der zwei eben genannten Variablen	72

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Der Governance-Begriff: Beschreibung, Praxis, Norm, Analysekonzept	5
Tabelle 2: Die verschiedenen Gruppen der „holder“	9
Tabelle 3: Parameter aus der Umfrage die auf die Bereitschaft oder das Interesse an Beteiligung abzielen.....	64

1 Einleitung

1.1 Relevanz und Aktualität

„Demokratie lebt von Beteiligung, [...] Partizipation ist die Grundlage unserer Gesellschaft“.
(Lpb BW 2020)

In der Stadtentwicklung ist die Bürger:innenbeteiligung weiterhin ein hochaktuelles Thema. Bei klassischen Beteiligungsverfahren beschränkt sich die Teilnehmer:innenschaft häufig auf Gruppen oder Personen, die sowieso an Themen der Beteiligung interessiert bzw. dagegen sind (Bertelsmannn Stiftung 2018: 3). In einer Stadt wie Hamburg leben die unterschiedlichsten Gruppen oder Milieus. Hamburg hat den Anspruch, wie im Koalitionsvertrag festgehalten (SPD HAMBURG 2020: 146), die sich verändernde Stadt gemeinsam mit den Bürger:innen zu gestalten. Somit gehört eine inklusive und breite Beteiligung aller in der Stadt lebenden Gruppen dazu. Breite Beteiligung bedeutet, dass „alle Gruppen angemessen vertreten sein“ sollen „die die Entscheidung etwas angeht – auch jene, die ihre Stimme sonst eher selten erheben oder schwer erheben können“ (Bertelsmannn Stiftung 2018: 3). Die breite Beteiligung wird dabei nicht unbedingt an der absoluten Anzahl der Teilnehmer:innen, sondern vor allem an der Menge unterschiedlicher Meinungen oder Gruppen, die abgebildet werden, gemessen. Das Statistikamt Nord gab im Jahr 2020 an, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg bei 36,7% liegt, Tendenz steigend (Statistikamt Nord 2021). Der wachsende Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg ist Grund genug, den Fokus auf eine stärkere Beteiligung dieser großen, heterogenen Gruppe der Migrant:innen zu werfen.

Eine moderne, demokratische Stadtgesellschaft hat also den Anspruch alle in der Stadt lebenden Gruppen angemessen zu beteiligen oder ihnen zumindest die Chance dazu zu geben. Informelle Beteiligungsverfahren werden kontinuierlicher in der Praxis angewendet (RENNER 2007: 3). Auch die Stadt Hamburg betonte bereits im Jahr 2013 die Vorteile von den „stärker diskursiv und kooperativ“ (Freie und Hansestadt Hamburg - Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2013: 10) ausgerichteten informellen Verfahren, um die Meinungen der Beteiligten aufzunehmen und Konflikte der verschiedenen Interessengruppen frühzeitig zu entschärfen.

Die fortschreitende Digitalisierung der Gesellschaft hält auch in die Städte Einzug, wie mittlerweile verbreitete Begriffe in Praxis und Forschung wie E-Government, E-Partizipation oder Smart Cities zeigen (BBSR 2017: 8). In der Bürger:innenbeteiligung, speziell bei informellen Verfahren, kommen heutzutage vermehrt digitale Werkzeuge zum Einsatz. Dieser Einsatz in der Bürger:innenbeteiligung bringt Chancen und Risiken für die möglichen

Teilnehmer:innen mit sich. Die Stadt Hamburg hat den digitalen Wandel in der Beteiligung erkannt und entwickelt seit 2016 das digitale Partizipationssystem (DIPAS), mit dem „Bürgerinnen und Bürger von zu Hause aus, mobil oder in Veranstaltungen digitale Karten, Luftbilder, Pläne, 3D Modelle und Geodaten abrufen und ein genau lokalisiertes Feedback zu Planungsvorhaben geben“ (BSW 2021) können.

Dieses Thema ist demnach auf mehreren Ebenen aktuell und relevant: Die Forderung und der Anspruch nach einer, die gesamte Stadtgesellschaft abbildende, Beteiligung, die zunehmende Digitalisierung der Gesellschaft und der Stadtentwicklung, sowie die steigende Anzahl von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland und Hamburg. Diese Ebenen werden eingebettet in Partizipative und Urban Governance-Strukturen.

Die Motivation der Bürger:innen sich zu beteiligen und aktiv an demokratischen Prozessen teilzuhaben ist allgemein und besonders in Hinblick auf die Stadtentwicklung tiefgehend erforscht worden. Auch für Gruppen, die sich seltener oder weniger intensiv mit Beteiligung auseinandersetzen, gibt es bereits viele Handlungsempfehlungen und Praxis-Leitfäden. Welche Potentiale digitale Tools jedoch dabei spielen können, die beteiligungsfernen Gruppen stärker einzubinden und zu erreichen, werden trotz steigender Nutzung von digitalen Beteiligungssystemen bislang kaum erforscht.

Hier setzt diese Arbeit an und versucht mit folgender Forschungsfrage einen Teil zur Schließung dieser Lücke beizutragen.

Welche Barrieren und Anreize beeinflussen Migrant:innen in Hamburg bei Online-Beteiligungsverfahren?

1.2 Inhalt und Aufbau der Arbeit

Der theoretische Rahmen und die Darstellung der relevanten Begrifflichkeiten sind in drei Abschnitte eingeteilt und bilden die Basis dieser Arbeit. Der erste Teil ist das theoretische Konzept der Governance. Näher beschrieben wird dabei vor allem der Wandel der Rollen des Staates bzw. der Verwaltung sowie von Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft. Die beiden engeren Governance-Konzepte Partizipative Governance und Urban Governance werden dabei näher erläutert. Beide sind relevant für diese Arbeit, denn ersteres behandelt die Bedeutung einer stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Prozesse, während zweiteres vor allem die Funktionen von Netzwerken und Organisationen auf einer städtischen Ebene betont. Die in der Literatur formulierten Erwartungen an Governance-Konzepte werden kritisch diskutiert.

Der zweite Teil behandelt die Entwicklung der Partizipation in Deutschland und Hamburg. Hierfür werden einleitend die Charakteristika der Begrifflichkeit „Beteiligung“ definiert und welche Chancen und Risiken mit digitaler Beteiligung einhergehen können. Auch wird ein Überblick gegeben, welche Bürger:innen sich in der Regel beteiligen und welche nicht. Die möglichen Ursachen von mangelnder Beteiligung bzw. die Barrieren werden thematisiert.

Der dritte Teil des Theorie- und Grundlagenkapitels legt den Fokus auf Migrant:innen. Es wird definiert wer in dieser Arbeit als Mensch mit Migrationshintergrund gilt und die Entwicklung von Migration in Deutschland und Hamburg aufgezeigt. Es werden in der Literatur gängige Barrieren und Anreize für Migrant:innen in der Beteiligung beschrieben und die Rolle von migrantischen Organisationen und Multiplikatoren diskutiert.

In einem abschließenden Kapitel werden die drei Teile miteinander verknüpft und zum empirischen Teil übergeleitet.

Das dritte Kapitel beschreibt das methodische Vorgehen dieser Arbeit, hierbei soll deutlich werden, warum die Wahl auf ein Mixed-Methods Vorgehen gefallen ist. Dabei werden für den qualitativen Teil leitfadengestützte Expert:inneninterviews und für den quantitative eine standardisierte Online-Befragung durchgeführt. Die eigene, empirische Forschung erfolgt dann in zwei Schritten mit dem sogenannten Vorstudienmodell. Zunächst wird das Vorgehen des qualitativen Teils beschrieben: Die Vorbereitung und Konzeption des Interviewleitfadens, sowie die Durchführung, Transkription und Kodierung der Interviews. Daraufhin wird das Vorgehen bei der standardisierten Online-Befragung aufgezeigt. Die Definition der Zielgruppe, die Vorbereitung und Verbreitung der Umfrage werden erläutert. Mithilfe der Interviews und den Grundlagenkapiteln wird der Fragebogen inhaltlich definiert. Zuletzt wird erklärt, wie bei der Auswertung der Daten vorgegangen wird.

Das vierte Kapitel beinhaltet die Darstellung und Analyse der Ergebnisse der Empirie. Zunächst werden die Inhalte aus den Interviews mithilfe der theoriegeleiteten Kategorien dargestellt und miteinander verglichen. Aus den Aussagen der Expert:innen werden Hypothesen erstellt, die den Abschluss des Kapitels über die Interviews bilden.

Daraufhin werden die Daten aus der standardisierten Umfrage bereinigt und die Ergebnisse hauptsächlich visuell dargestellt. Zuerst die soziodemographischen Daten der Teilnehmer:innen und folgend die inhaltlichen Ergebnisse aus der Befragung. Das nächste Unterkapitel verknüpft die beiden Forschungsmethoden miteinander, indem die aufgestellten Hypothesen aus den Interviews mithilfe der Ergebnisse aus der standardisierten Befragung überprüft werden. Diese Überprüfung wird im abschließenden Unterkapitel analysiert, womit versucht wird die Forschungsfrage zu beantworten.

Zuletzt wird die methodische Vorgehensweise einer kritischen Reflexion unterzogen, ein Fazit gezogen und ein Ausblick gegeben.

2 Theoretisch-Konzeptioneller Rahmen

2.1 Governance

In dieser Arbeit dient das Konzept der Governance als theoretischer Rahmen. Dabei sollen folgende Aspekte der Governance näher betrachtet werden: Die begriffliche Definition, der Wechsel von Government zu Governance, die partizipative, sowie Urban Governance. Abschließend werden die Erwartungen und kritischen Punkte an den genannten Konzepten formuliert.

2.1.1 Überblick und Begriffsdefinition

Governance ist dabei kein wissenschaftlich exakt definierter Begriff, er ist komplex und vielschichtig (BENZ 2004: 12; FÜRST 2007: 5). Der Begriff wird in unterschiedlichen Kategorien, Bereichen und Disziplinen verwendet. SCHÄFFER-VEENSTRA (2013: 13) fasst diese in vier Bereiche zusammen:

1. In verschiedenen wissenschaftlichen Kontexten (Verwaltungs-, Rechts-, Wirtschafts-, Politik-, Sozialwissenschaften etc.)
2. Auf den verschiedenen räumlichen Ebenen (global, national, regional, lokal)
3. In organisatorischen Einheiten, wie beispielsweise in Unternehmen
4. In verschiedenen logischen Ansätzen (deskriptiv, analytisch, normativ)

In Bezug auf die unterschiedlichen Logiken hält GRZESIOK (2017: 29) fest: „Governance ist deskriptiver Begriff, normatives Leitbild, praktisches Konzept und maßgebliches Analysekonzept zugleich.“

Was unter diesen Logiken zu verstehen ist, zeigt Tabelle 1:

Deskriptiver Begriff	<ul style="list-style-type: none"> • Management von Interdependenzen zwischen den verschiedenen Akteuren • Die Steuerungsprozesse überschreiten die Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft • Regeln der Institutionen lenken die Steuerung und Koordination, sowie das Handeln der Akteure • Nicht-hierarchische, netzwerkförmige, kooperative Politik
----------------------	---

Praktisches Konzept	<ul style="list-style-type: none"> • Regierungstechnik mit Fokus auf der Leitung von Interdependenzen und Netzwerken, ohne auf formale Zuständigkeiten zurückzugreifen
Normatives Leitbild	<ul style="list-style-type: none"> • Normatives Leitbild des „guten Regierens“ oder „good Governance“ • Normen Rechtsstaatlichkeit, demokratische Verantwortlichkeit, Transparenz • Effiziente, wirksame, bürgernahe Verwaltung
Analysekonzept	<ul style="list-style-type: none"> • Betrachtungsperspektive der komplexen Realität kollektiven Handelns • Betrachtung von Transformationsprozessen, Interdependenzen zwischen handelnden Akteuren und Institutionen, internen und externen Faktoren

Tabelle 1: Der Governance-Begriff: Beschreibung, Praxis, Norm, Analysekonzept eigene Darstellung nach (BENZ 2004: 25; BENZ et al. 2007: 15–16; HOHN et al. 2006: 9; MAYNTZ 2004b: 6; MÖLTGEN-SICKING & WINTER 2019: 5)

Trotz der Bandbreite an Themen, die unter dem Begriff Governance fallen, versucht sich MAYNTZ (2004b: 6) an einer umfassenden Definition:

„das Gesamt aller nebeneinander bestehenden Formen der kollektiven Regelung gesellschaftlicher Sachverhalte: von der institutionalisierten zivilgesellschaftlichen Selbstregelung über verschiedene Formen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bis hin zu hoheitlichem Handeln staatlicher Akteure.“

Auch BENZ & DOSE (2010: 25) versuchen entgegen der diversen Verwendungsweisen einen Begriffskern festzuhalten, der sich in vier Punkten widerspiegelt:

1. „Governance bedeutet Steuerung und Koordinieren (oder auch Regieren) mit dem Ziel des Managements von Interdependenzen zwischen Akteuren (...)
2. Steuerung und Koordination beruhen auf institutionalisierten Regelsystemen, welche das Handeln der Akteure lenken sollen (...)
3. Governance umfasst auch Interaktionsmuster und Modi kollektiven Handelns, welche sich im Rahmen von Institutionen ergeben, ohne von ihnen determiniert zu sein (...)
4. Prozesse des Steuerns bzw. Koordinierens sowie Interaktionsmuster (...) überschreiten in aller Regel Organisationsgrenzen, insbesondere auch Grenzen von Staat und Gesellschaft (...). Politik in diesem Sinne findet normalerweise im Zusammenwirken staatlicher und nicht staatlicher Akteure (...) statt.“

MÖLTGEN-SICKING & WINTER (2019: 5) ergänzen den Kern um einen weiteren Punkt: „Governance bedeutet die Erfüllung öffentlicher Aufgaben durch staatliche und private Akteure.“

Da der Begriff Governance eine so große inhaltliche, theoretische und praktische Breite beinhaltet, differenzierte KOOIMAN (2002: 72) bereits vor knapp 20 Jahren 12 verschiedene Klassifikationen oder tiefergehende Kategorien¹.

Wie sich die hier definierten Merkmale von Governance-Strukturen in gesellschaftlichen, sozialen und politischen Prozessen etablierten, wird im folgenden Kapitel veranschaulicht.

2.1.2 Von Government zu Governance

Mit den Begriffen Government und Governance lassen sich zwei verschiedene Typen der Steuerung von gesellschaftlichen Prozessen identifizieren. Diese beiden Begriffe werden in der Regel einander entgegengesetzt: BENZ (2004: 18) definiert: „Während *government* die autonome Tätigkeit einer Regierung meint, werden mit Governance netzwerkartige Strukturen des Zusammenwirkens staatlicher und privater Akteure bezeichnet.“ Zunächst werden die Merkmale der Governments-Struktur dargestellt und wie diese sich im Laufe der Zeit zu Governance-Strukturen veränderten.

Unter Government wird in der Literatur in erster Linie eine „politisch-hierarchische Führung öffentlicher Institutionen“ verstanden (SCHEDLER 2007: 253). Diese Führung hält den Alleinanspruch „zur legitimen Gewaltausübung, Abgabenerhebung und Kompetenzzuweisung“ (DOSE 2013: 54). Die „Verteilung öffentlicher Leistungen“, die „Durchsetzung staatlicher Entscheidungen“, „Gesetzgebung“, „Konfliktregelung durch Entscheidung der [...] staatlichen Organe [...]“ sind weitere Merkmale von Government-Strukturen (BRÖCHLER & LAUTH 2015: 11).

Diese klassischen Steuerungsmechanismen haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert. So galt in den 1950-1960er Jahren unter den Begriffen „Recht und Hierarchie [...] das Handeln unter dem Leitbild des demokratischen Staates“, später des „aktiven Staates“, in denen sich der Staat durch alleinigem Steuerungsanspruch und Gestaltungskraft auszeichnete (GRZESIOK 2017: 34; JANN & WEGRICH 2004: 196). Ab den 1970er begann ein struktureller Wandel. Es wurden vermehrt nach alternativen Modellen zur Steuerung von gesellschaftlichen, sozialen und ökonomischen Prozessen gesucht (GRZESIOK 2017: 34; HOHN et al. 2006: 7). Auch tauchte das „Leitbild des *schlanken Staates*“ vermehrt auf, infolgedessen Entbürokratisierung und

¹ Diese 12 Unterteilungen nach Kooiman sind „*governance as the minimal state, corporate governance, good governance, governance as socio-cybernetic governance, governance as self-organising networks, governance as “Steuer” or “Sturing”, global governance, governing the economy, governane and governmentality, multi-level governance, participatory governance*“ KOOIMAN (2002: 72).

Privatisierung von Steuerungsaufgaben das Ziel waren. Die gesellschaftlichen und sozio-ökonomischen Probleme wurden vermehrt beim Staat identifiziert, der diese nicht mehr zu lösen vermochte (JANN & WEGRICH 2004: 198; MAYNTZ 2004a: 68). Ab den 1980er Jahren zog sich der Staat immer weiter zurück und nicht-staatliche Akteur:innen übernahmen mehr Aufgaben und Verantwortung (SELLE 2014: 37). Die veränderte Rollenverteilung bei den Aufgaben, die zuvor vom Staat erfüllt wurden, verstärkt sich seit den 1990er zunehmend. Der Staat versteht sich eher in der Rolle des aktivierenden Staates (GRZESIOK 2017: 35; SCHMIDT 2014: 92). Wie die Rolle des Staates sich verändert hat und welche Ziele damit einhergehen, veranschaulicht Abbildung 1:

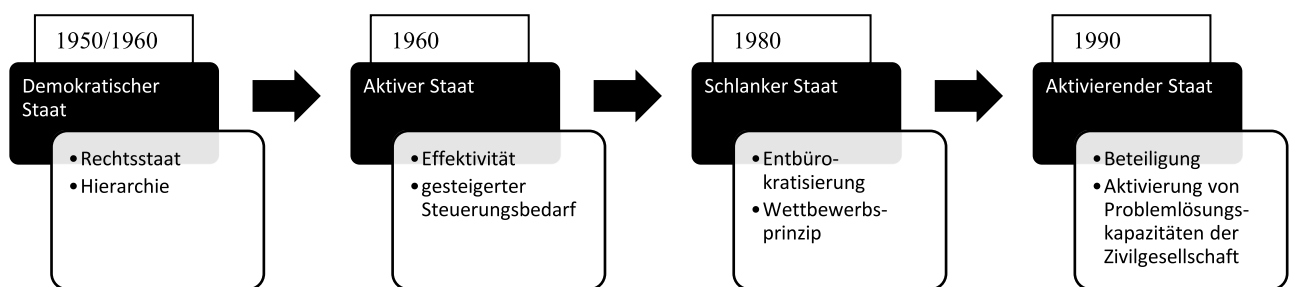


Abbildung 1: Wandel des Selbstverständnis und Ziele des Staates

, eigene Darstellung nach Grzesiok, 2017; Hohn et al., 2006; JANN & WEGRICH 2004; Mayntz, 2004a

Der Staat zieht sich vermehrt zurück und wandelt sich vom hierarchischen zum aktivierenden Staat. Dies passiert auf allen territorial organisierten und politischen Ebenen (CLEMENT et al. 2010: 12). Dieser Wandel aus Sicht des Staates, der Region oder der Gemeinde kann einige Vorteile bringen. Zum einen erfolgte dieser Wandel vor dem Hintergrund der finanziellen Nöte der Kommunen, die diesen Notstand durch die Eingliederung privater Akteur:innen ausgleichen können (FÜRST 2007: 5; GRZESIOK 2017: 4). Des Weiteren kann die Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen für Effektivitätszugewinne sorgen, da lokale Expert:innen für „innovativere und integriertere Problemlösungen“ sorgen können (SCHMIDT 2014: 105). Für die staatlichen Akteur:innen bedeutet dies allerdings auch, dass sich etablierte Zuständigkeiten und Machtverhältnisse verändern können und diese ihre auf gewohnten Privilegien oder Kompetenzen verzichten müssten (HOHN et al. 2006; SINNING 2006: 90).

2.1.3 Partizipative Governance

In Anbetracht der Thematik dieser Arbeit soll vor allem das Konzept der partizipativen Governance näher erläutert werden. Von der wissenschaftlichen Auffassung von Governance ist die partizipative Governance also ein engeres Konzept, in dem die Beteiligungs- und Kooperationsmechanismen eine stärkere Rolle spielen. Ob die partizipative als eigenes Konzept zu sehen ist, ist umstritten. MÖLTGEN-SICKING (2019: 27) sieht die partizipative Governance

als „Form der lokalen Governance“. FISCHER (2012: 1) dagegen definiert „participatory governance“ direkt als eine „variant[...] of governance theory[...]“. Publikationen wie von GBIKPI & GROTE (2002) und WALK (2008) behandeln jedoch die partizipative Governance als eigenständige Kategorie, die zu sogar wenig „Verwendung“ findet und „bislang noch wenig präzisiert ist (WALK 2008: 14).

Das Ziel in der partizipativen Governance ist, dass Betroffene von einer Maßnahme oder einem Programm in den Planungs- und/oder Entscheidungsprozess miteinbezogen werden sollen (BRUNNENGRÄBER 2004: 16). Manche in der Literatur, darunter GBIKPI & GROTE (2002: 23), HEINELT (2010: 28) beziehen sich auch auf die englische Definition von SCHMITTER (2002: 56):

“the regular and guaranteed presence when making binding decisions of representatives of those collectivities that will be affected by the policy adopted”.

Die betroffenen Akteur:innen oder Bürger:innen nehmen also in der partizipativen Governance eine wichtige Rolle ein. Demnach gilt es zu klären, wer von einer Steuerungsmaßnahme betroffen ist. In der Literatur wird sich häufig auf das von SCHMITTER (2002: 62) entwickelte Konzept der „holders“ bezogen. Personen oder Organisationen, welche potenziell an einem Verfahren/Projekt/Maßnahme partizipieren können oder dürfen, werden als „holder“ kategorisiert. Diese „holder“ werden durch bestimmte Qualitäten, Wissen oder Ressourcen dazu berechtigt zu partizipieren. Schmitter identifizierte sieben verschiedene Qualitäten oder Ressourcen bei den verschiedenen „holders“:

Qualität	Bedeutung
„Rights“	Ähnlich wie staatsbürgerlichen Rechte, die eine:n Bürger:in dazu berechtigen, zu partizipieren.
„Spatial location“	Auch „residents“, Bürger:innen, die durch ihren Wohnort von einer Maßnahme betroffen sind.
„Knowledge“	Wissen, das nur bestimmte Personen oder Organisationen haben und das zur Problemlösung beiträgt.
„Share“	Die Person hat in irgendeiner Form Eigentumsrechte, die von der Änderung betroffen ist.
„Stake“	Personen, die von der Maßnahme materiell oder geistig betroffen sein könne, unabhängig von Wohnort, Nationalität oder Informationsstand.
„Interest“	Person oder Organisation, die ausreichendes Interesse oder Bewusstsein zeigt im Namen einer Wählerschaft zu partizipieren.

„Status“	Personen, eher Organisationen, die von den Behörden als wichtig oder verantwortlich für eine gewisse ökonomische, soziale oder politische Gruppe erachtet wird.
----------	---

Tabelle 2: Die verschiedenen Gruppen der „holder“, eigene Darstellung nach SCHMITTER (2002: 62–63)

Doch welche Rolle die Behörden oder Kommunen in der partizipativen Governance haben, ist umstritten. Denn Bedingung dafür, dass Bürger:innenbeteiligung, Partizipation und Engagement erfolgreich eingesetzt werden, „ist ein Rollen- bzw. Selbstverständniswandel bei Politik und Verwaltung“ (SINNING 2006: 90). Dabei muss die Politik oder Verwaltung, wie in Kapitel 2.1.2 angesprochen, auf „Privilegien (bspw. Entscheidungskompetenz) und Gewohnheiten (z.B. eingespielte Abläufe) [...] verzichten (SINNING 2006: 90).

Damit partizipative Governance mit einer stärkeren Einbindung der Zivilgesellschaft erfolgreich ist, erstellte GEIBEL (2007: 35) ein Analyseraster mit Erfolgsbedingungen, welche in vier Kategorien eingeteilt ist:

1. Kontext

- U.a. „Ressourcenstarke Bürger, Beteiligung von Community-Managern, hohes lokales Sozialkapital, Unterstützende Infrastruktur, lokale Selbstverwaltungskompetenzen“

2. Akteur:innen

- U.a. „kommunikativer und kooperativer Politikstil, Ressourcenstarke lokale Zivilgesellschaft, Interesse an Partizipation bei lokaler Zivilgesellschaft und lokalen politischen Eliten“

3. Problemstruktur

- U.a. „überschaubare Probleme, direkte lokale Betroffenheit, lokal lösbare Probleme“

4. Prozess

- U.a. „Offenheit, Transparenz und Fairness, geringe Macht-/Ressourcenunterschiede“

Hieraus wird deutlich, dass partizipative und lokale Governance-Prozesse vor allem dann erfolgreich sind, wenn stark auf die Bürger:innen eingegangen wird. Auch wenn die lokale Zivilgesellschaft hohe Ressourcen aufweisen kann und direkt von den Maßnahmen betroffen ist, steigen die Erfolgchancen.

2.1.4 Urban Governance

Als weitere Ebene des Governance-Konzepts bildet das Feld der Urban Governance einen Teil dieser Arbeit. In diesem Begriff wird das in Kapiteln 2.1.1 und 2.1.2 erläuterte Konzept der Governance auf die Ebene der Stadtentwicklung und Stadtpolitik übertragen (EINIG et al. 2005: I).

Die Ursprünge des Urban Governance Konzepts sind vielfältig und lassen sich beispielsweise aus der Netzwerk-, Milieu-, Partizipations-, ökonomische Cluster-, oder Korporatismusforschung herleiten. Jedoch steht die Urban-Regime-Forschung dem Urban Governance Konzept laut FÜRST (2007: 7) von den genannten am nächsten.

Die Begriffe Urban und Local Governance werden in der Literatur teilweise synonym verwendet (SCHINDLER et al. 2011: 30). GROTE (2008: 48) dagegen plädiert dafür, Begriffe wie Urban regimes, Metropolitan-, Urban- oder Regional Governance unter dem weiten Begriff der local Governance zusammenzufassen. In dieser Arbeit wird hingegen der Begriff der Urban Governance verwendet, da sich der Forschungsgegenstand explizit auf die städtische Ebene bezieht.

Urban und partizipative Governance haben gewisse Überschneidungen, denn die namensgebende Partizipation ist ein „Baustein einer modernen Urban Governance“ (SINNING 2005: 586) bzw. hat laut SCHWALB et al. (2007: 7) „einen herausragenden Stellenwert“. Viele Autor:innen heben die lokale Ebene als „prädestiniert“ und „Experimentierfeld“ für Governance-Prozesse mit einer verstärkten Beteiligung ziviler Akteur:innen (GEIBEL 2007: 23) hervor.

Also auch hier steht das „Zusammenspiel von wirtschaftlichen, politisch-administrativen und zivilgesellschaftlichen Akteuren“ im Fokus (FÜRST 2007: 6). „Stärker angesprochen als bisher sind deshalb die Bürger, aber auch Investoren, die nicht zuletzt staatliche Aufgaben übernehmen sollen (HOHN et al. 2006: 10).

Urban Governance kennzeichnet verschiedene Merkmale: *Heterarchie* bedeutet das Gegenteil der in Kapitel 2.1.2 vorgestellten hierarchischen Steuerungsform des Government-Begriffs, also netzwerkartige Strukturen der Koordination. Diese neuen Formen der Steuerung werden kooperativ und mit marktförmigen Instrumenten organisiert, was in der Praxis bedeutet, dass die neuen Governance-Strukturen in „den traditionellen hierarchischen Strukturen oder [...] in diese eingebettet“ sind (EINIG et al. 2005: II). Ein Unterschied zum übergeordneten Governance-Begriff, in dem langfristige Perspektive vorherrscht, sind temporäre Koordinierungen zur Umsetzung von Vorhaben. Auch wenn Netzwerke, die für ein Projekt entstehen, laut FÜRST (2007: 6) „nicht als Governance bezeichnen“ würde, können diese

Netzwerke über das Projekt hinaus bestehen bleiben. Ein weiterer Punkt ist, dass bei den klassischen Public-Private-Partnerships² auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen mit einbezogen werden (EINIG et al. 2005: II).

Wie schon angedeutet, spielen Netzwerke oder netzwerkartige Kooperation bzw Koordination eine wichtige Rolle im Konzept der Urban Governance, wie auch in dieser Arbeit. Laut WALD & JANSEN (2007: 93) werden Netzwerke „neutral als eine Menge von Akteuren betrachtet, die über eine Menge von Beziehungen mit einem bestimmaren Inhalt verbunden sind“ betrachtet. Die Mitgliedschaft in solchen Netzwerken ist stets freiwillig und erfolgt in der Regel auf Grundlage einer subjektiven Kosten-Nutzen-Rechnung der Mitglieder (FÜRST 2007: 6–7). Kosten und Nutzen sind in den Netzwerken jedoch nicht immer quantifizierbar, es gibt keinen hierarchischen Führungsstil, weshalb das Vertrauen innerhalb der Kooperationen wichtiger wird (WALD & JANSEN 2007: 98). „Netzwerke stehen oft gleichzeitig für Dezentralisierung, mehr Bürgerbeteiligung, Engagement und die Modernisierung der Strukturen, kurz für alles das, was mit dem Wandel von Government zu Governance gemeint ist.“ (HUMMEL 2009: 55). Drei weitere Merkmale lassen sich bei Netzwerken ausmachen. *Regelungen* dienen der Zusammenarbeit und dem Zusammenhalt. *Zusatznutzen*, beispielsweise durch außerdienstliche Events o.ä. fördert die Mitgliederbindung. Ein *ideelles Band* mit zusammen entwickelten Visionen und Konzepten ist wichtig für die nachhaltige Zusammenarbeit (FÜRST 2007: 7).

2.1.5 Erwartungen und Kritik an den ausgewählten Governance-Konzepten

2.1.5.1 Erwartungen

Die Erwartungen an Governance werden zunächst allgemein, dann auf die engeren Kategorien bezogen. Es haben sich in der Literatur und Praxis gewisse Erwartungshaltungen, sowie kritische Ansätze gegenüber Governance-Strukturen etabliert (MEINERT 2006: 1).

KLENK & NULLMEIER (2004: 7) fassen einige Erwartungen zusammen: „[...]Governance soll vor allem helfen, Defizite abzubauen[...]: in der Entwicklung der lokalen Demokratie, in der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Sektor, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft, und nicht zuletzt auch in der Organisation und Finanzierung von Dienstleistungen im allgemeinen öffentlichen Interesse.“ JAKUBOWSKI (2007: 24–25) formuliert weitere Erwartungen bzw Vorteile, die mit neuen Governance-Strukturen zu erwarten sein können.

Dazu gehört ein höherer Zuspruch für Projekte und Maßnahmen sowohl für Akteur:innen als auch Bürger:innen, „Vermeidung bzw Verminderung von Konflikten“, „Begünstigung von

² „Public Private Partnerships (öffentlich-private Partnerschaften, PPP) sind Kooperationen von öffentlicher Hand und privater Wirtschaft beim Entwerfen, bei der Planung, Erstellung, Finanzierung, dem Management, dem Betreiben und dem Verwerten von zuvor allein in staatlicher Verantwortung erbrachten öffentlichen Leistungen“ Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2021).

bedarfsgerechten [...] Lösungen“ und die „Erhöhung der Chancen auf eine hohe Qualität einer Planung“(ebd:24). Insbesondere betont JAKUBOWSKI (2007: 25), dass mit Governance-Strukturen „eine Zeitersparnis sowie Prozess- oder Ergebnisoptimierung [...] bei Einsatz kooperativer Instrumente [...] zu erwarten“ sind. Damit soll sich die Problemlösungsfähigkeit, bzw. die generell Effektivität bei der Durchführung von Planung erhöhen.

Nachdem allgemeine Erwartungen an Governance formuliert wurden, wird nun thematisiert, welche Erwartungen an eine „stärkere Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen an politische Entscheidungen verbunden werden“ (SCHMIDT 2014: 100). SCHMIDT identifiziert (2014: 100–107) drei Analyseebenen, die an die Erwartungen bei einer stärkeren Einbindung von zivilen Akteur:innen gekoppelt sind.

Governance als Erweiterung demokratischer Mitbestimmung ist die *erste Ebene*. Eine breite Beteiligung erhöht die demokratische Legitimität des politischen Systems (HERBERG et al. 2020: 8; PAPADOPOULOS 2004: 225). Das bedeutet in repräsentativen Demokratien, „dass eine authentische Partizipation der Bürger gewährleistet sein muss“ (SCHMIDT 2014: 100). KÖNIG (2019: 84) betont in Bezug auf Migrant:innen: „dass alle größeren gesellschaftlichen Gruppen in den politischen Entscheidungsprozess integriert werden müssen, um das demokratische Regierungssystem zu legitimieren“.

Des Weiteren kann Beteiligung Politikverdrossenheit entgegenwirken und die politisch-demokratischen Kompetenzen und Tugenden stärken und damit eine Revitalisierung lokaler Demokratie fördern (HOLTKAMP 2011: 174; SCHMIDT 2011: 229).

Die *zweite Ebene* ist die Verbesserung politischer Problemlösungsfähigkeit. Eine Regierung ist effektiv, wenn sie Probleme erkennt und aktive Lösungsstrategien erzeugen und umsetzen kann (HOLTKAMP 2011: 158). Dafür wird das Wissen und die Ressourcen über die jeweiligen gesellschaftlichen Probleme benötigt. Durch eine partizipative Herangehensweise wird erwartet, „mithilfe des lokalen Expertenwissens der Bürger innovativere und integriertere Problemlösungen zu erzielen“ (SCHMIDT 2014: 105). Diese Lösungen seien besonders auf kleiner, lokaler Ebene zu erwarten (HOLTKAMP 2011: 158).

Als *dritte Ebene* wird diskutiert, ob partizipative Governance als Mittel gesellschaftlicher Integration fungieren kann. Den theoretischer Bezugspunkt bildet der von Robert Putnam entwickelte Sozialkapitalansatz (PUTNAM et al. 1994). Integrationswirksam bedeutet, dass in „benachteiligten Quartieren [...] Maßnahmen der Aktivierung und Beteiligung zu einer Stärkung des nachbarschaftlichen Gemeinwesens und damit zu einer Lösung der Probleme beitragen können“ (SCHMIDT 2014: 107).

Bei partizipativen Governance-Prozessen kann zudem der Ausgleich zwischen verschiedenen Gruppen, Parteien oder Interessen rational verhandelt werden (PAPADOPOULOS 2004: 230). Das bedeutet, dass partizipative Governance „einen Schutz von Minderheitsinteressen“ gegenüber der Mehrheitsbevölkerung bieten kann (SCHMIDT 2014: 106; WALK 2008: 244).

Die Erwartungen an *Urban Governance* sind prinzipiell mit den eben genannten Erwartungen gleichzusetzen, nur werden diese Erwartungen auf die Ebene der Stadtentwicklung und Stadtpolitik übertragen. Es wird also erwartet, dass Urban Governance auf kleinerer Ebene „angestrebt wird, um gesellschaftliche Probleme besser, nämlich effektiver, effizienter und problembezogener zu lösen“ (SCHINDLER et al. 2011: 32). An die, im Urban Governance Kontext so wichtigen, Netzwerke werden auch hohe Erwartungen geknüpft. Die „problem- oder projektbezogen in Aktion“ tretenden Netzwerke sollen Verhandlungslösungen organisieren (WÜST 2008: 185).

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass mit partizipativer bzw. Urban Governance viele Erwartungen verbunden werden, die vor allem im Zusammenhang mit Stadtentwicklung eine breitere Partizipation mit erhöhter demokratischer Legitimität und Effizienzsteigerungen lokaler Politik verbinden soll (SCHMIDT 2014: 125). Doch mit den Erwartungen an die Governance-Strukturen lassen sich auch Kritikpunkte formulieren.

2.1.5.2 Kritik an Governance-Konzepten

Laut WALK (2011: 67) wurden in den „1990er Jahren Governancesysteme noch sehr euphorisch als Hoffnungsträger für [...] Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure gefeiert“. Dies hat sich mittlerweile etwas verändert und es sind „einige dieser Lobgesänge verstummt“ (ebd:67). Die zu Beginn des Kapitels beschriebene Begriffsdefinition von Governance kritisiert OFFE (2008: 66): Durch die „[...]Vielfalt an möglichen Bedeutungen[...]“ hat man mit der Verwendung vom Governance-Begriff „[...]nicht viel zum Ausdruck gebracht[...]“. Dies wird auch von MÖLTGEN-SICKING & WINTER (2019: 3) angemerkt: „Die Weite des Begriffs geht einher mit einer gewissen Unklarheit“.

Der Rückbau von Aufgabenbereichen und Kompetenzen des Staates oder der Verwaltung, das damit einhergehende Leitbild des schlanken Staates kann dafür sorgen dass „Staat und Verwaltung [...] an Einflussmöglichkeiten“ einbüßen, kritisiert HILZ (2019: 276).

Auch die empirische Bedeutung in der Praxis von Governance-Strukturen bietet eine Angriffsfläche. SEIBEL (2017: 161) merkt an, dass niemals untersucht wurde, „wie bedeutsam und einflussreich[...]“ Governancestrukturen „letzten Endes sind.“

WALK (2011: 67) beobachtet außerdem „auf allen Ebenen Demokratieprobleme“. Diese Probleme lassen sich vor allem auf mangelnde Transparenz der Akteur:innen, Prozesse und Netzwerke beziehen. Durch diese Intransparenz „entstehen unklare Machtverhältnisse und der Verlust an Kontrollmöglichkeiten“ (ebd:67).

Die drei Analyseebenen, die SCHMIDT (2014) bei den Erwartungen an die partizipative Governance entwickelt hat, bieten ebenso Raum für Kritik. Einer der größten Kritikpunkte sind Legitimations- und Demokratiedefizite. Diese sind allerdings im Einzelfall zu bewerten und nicht systematisch vorzufinden. Hier wird zunächst das Problem der Selektivität betrachtet. Die „für Außenstehende oft intransparenten Zugangsregeln in Governance-Netzwerken“ (SCHMIDT 2014: 111) können dafür sorgen, dass vor allem Akteur:innen in diese Netzwerke einbezogen werden, die eine Vetomacht gegenüber staatlichen Stellen haben können. Diese Macht äußert sich beispielsweise in der möglichen Zurückhaltung von Finanzmitteln, wichtigem Expert:innenwissen oder Organisationskapazitäten um Widerstände zu aktivieren (PAPADOPOULOS 2004: 220). Des Weiteren führt die Ressourcenausstattung der Betroffenen dazu, dass bestimmte Akteur:innen oder Gruppen von den Netzwerken oder Entscheidungen ausgeschlossen werden können. Dies sind in der Regel benachteiligte oder ressourcenarme Gruppen (SCHMIDT 2014: 111; WALK 2011: 67). Dass sich ressourcenstärkere Gruppen oder Akteur:innen in den Governance-Arrangements häufiger durchsetzen, kann auch als Elitenherrschaft bezeichnet werden (WALK 2011: 67).

Wie in den Erwartungen an Governance angemerkt, wird in den Governance- Strukturen erwartet, dass die Effektivität, also die Problemlösefähigkeit sich erhöht. Vor allem wird in der partizipativen Governance thematisiert, „wie das Ziel einer breiten Beteiligung mit der Gewährleistung von Handlungsfähigkeit in Einklang gebracht werden kann“ (SCHMIDT 2014: 115). Dabei wird einerseits den Beteiligten die Kompetenz für eine effektive Partizipation angezweifelt (vgl. SCHMIDT 2014; SINNING 2005, 2006), andererseits gilt: Je mehr Akteure, desto mehr Interessen und umso höher ist die Gefahr zu keiner Entscheidung zu kommen, da der „Kommunikationsprozess [...] (zeit-)aufwendiger“ wird „und die Konfliktdimensionen“ zunehmen (Schmidt, 2014: 114). Denn auch von „Seiten der Fachverwaltungen wird oftmals die fachliche Kompetenz der Bürgerschaft bestritten[...]“ (SINNING 2006: 90).

Die Themenwahl und vorbelastete Beziehungen zwischen Netzwerken oder Gruppen, sowie gesellschaftliche Desintegration von voneinander abgetrennten Netzwerken und mögliche Lagerbildungen bei bestimmten Wertfragen sind ebenfalls zu nennen (SCHMIDT 2014: 118–123).

HOHN et al. (2006: 10–11) kritisieren außerdem, dass sich „demokratisch legitimierte Institutionen“, aufgrund des neuen asymmetrischen Machtverhältnisses, „auf diese Weise aus der politischen Verantwortung stehen können“. Auch JAKUBOWSKI (2007: 22) stellt hierbei die Frage, „wer sich der Letztverantwortung zur Erfüllung dieser neu verteilten Aufgaben stellt.“ Durch die neue Verteilung der Aufgaben an ökonomische oder zivilgesellschaftliche Akteur:innen können wie bereits erwähnt Lücken in den Budgets der öffentlich Hand aufgefangen werden (siehe Kapitel 2.1.3). Jedoch wird von WALK (2011: 65) angemerkt, dass ein Missbrauch des zivilgesellschaftlichen Engagements, um leere öffentliche Kassen aufzufangen, das Vertrauen ernsthaft schädigen kann.

HILZ (2019: 281) merkt in Bezug auf partizipative Governance noch an, dass nach „anfänglicher Euphorie“ Beteiligungsformate rückläufig sind und es nur ein „relativ kleiner Kreis an Bürgern“ ist, der sich an den Partizipationsformen aktiv beteiligt.

Die Kritik wie schon die Erwartungen sind bei dem Urban Governance Konzept ähnlich zu den allgemeinen bzw. den zu partizipativer Governance. In Bezug auf Urban Governance merken EINIG et al. (2005: VIII) an dass „Formen der Urban Governance sich vor allem für „oberflächlichere“ Interessenkonflikte“ eignen. Denn bei „harten [...] Zielkonflikten wird der [...] Interventionsstaat hingegen nach wie vor benötigt.“. Auch FÜRST (2004) formuliert einige kritische Punkte, die bei Governance Strukturen auf kleinerer Ebene zu beachten sind. Diese werden nämlich von den lokalen Umständen beeinflusst und können „von einzelnen Akteuren beherrscht werden[...]“ (FÜRST 2004: 57). Auch kritisiert er, welche Akteur:innen überhaupt an den Verfahren und ob sie freiwillig oder durch gezielte Auswahl (falls ja, durch wen?) teilnehmen. Die Machtasymmetrien zwischen den Akteur:innen werden von SCHÄFFER-VEENSTRA (2013) kritisiert. So können einzelne Akteur:innen „durch ihre Ressourcenausstattung die Macht besitzen, auf Entscheidungen in ihrem Sinne und nicht am Gemeinwohl orientiert Einfluss zu nehmen“ (SCHÄFFER-VEENSTRA 2013: 49). Die angesprochenen Netzwerke in der Urban Governance können ebenfalls kritisiert werden. So merkt WÜST (2008: 185) an, dass die Erwartungen, die in die Netzwerke gesetzt werden, sehr fraglich seien. Vor allem beherrschen alte Netzwerke das Geschehen aus eigenem Interesse, während die Bildung von neuen Netzwerken wenig erfolgversprechend scheinen.

Es lässt sich zusammenfassen, dass mit den hier angesprochenen Konzepten von Governance eine Vielzahl verschiedener Erwartungen bzw. Hoffnungen verbunden werden. Ebenso bieten genau diese Erwartungen Raum für eine kritische Auseinandersetzung.

In der Literatur beziehen sich die Erwartungen an den ausgewählten Governance-Strukturen vor allem auf eine verbesserte Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Diese soll Probleme bei Maßnahmen und Planungen besser, bedarfsgerechter, effektiver und mit einer erhöhten demokratischen Legitimität lösen können.

Kritisiert dagegen wird zum einen die Unklarheit der Begrifflichkeiten von Governance, zum anderen Intransparenz bei den Prozessen, Demokratieprobleme, eingeschränkte Handlungsfähigkeiten und Machtasymmetrien zwischen den beteiligten Akteur:innen.

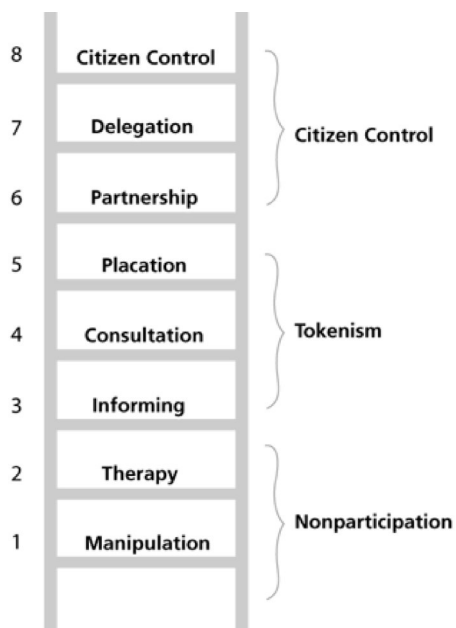
2.2 Bürger:innenbeteiligung und Partizipation in Deutschland & Hamburg

2.2.1 Definition und Entwicklung

Es gibt in der Literatur verschiedene, engere oder weit gefasste Definitionen von Bürger:innenbeteiligung und Partizipation. Häufig wird „gemäß der in der Politikwissenschaft verbreiteten Definition von Max Kaase“ gearbeitet. Der Begriff wird „als Bezeichnung von Handlungen und Verhaltensweisen, die Bürgerinnen und Bürger freiwillig und mit dem Ziel verfolgen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politisch-administrativen Systems zu beeinflussen“ beschrieben (NANZ & FRITSCH 2012: 134).

Die Begriffe Beteiligung und Partizipation werden häufig gleichbedeutend verwendet, auch wenn beispielsweise THEWES et al. (2014: 9) differenzieren: „Beteiligung beschreibt alle Formen die von Entscheidungsträgern initiiert werden („top-down“), wohingegen Partizipation sogenannte „bottom-up“-Methoden bezeichnet, die von der Bevölkerung bzw. den Betroffenen ausgehen.“ (vgl. auch WALK 2008: 91). In dieser Arbeit werden beide Begriffe synonym verwendet, auch wenn die untersuchte Beteiligungsform von Entscheidungsträgern bzw. der Stadtwerkstatt in Hamburg initiiert werden.

Unterschieden werden muss im Folgenden zwischen *formeller* und *informeller* Beteiligung.



Formelle Bürger:innenbeteiligung bedeutet, dass diese gesetzlich verankert und beispielsweise in Bauleit-, Raumordnungs-, Genehmigungsverfahren oder Umweltverträglichkeitsprüfungen vorgeschrieben ist (PAUST 2016: 5). Informelle Beteiligung dagegen beschreibt prinzipiell alle Verfahren, die nicht gesetzlich vorgeschrieben sind (RENNER 2007: 3). In dieser Arbeit werden informelle Beteiligungsverfahren als mögliche Beteiligungsform untersucht.

In der Literatur werden verschiedene Modelle verwendet, um die Intensität der Beteiligung darzustellen. Diese werden häufig in Leiter-, Pyramiden-, oder Stufenform verwendet und basieren

im Grunde auf dem Modell von ARNSTEIN (1969).

Abbildung 2: Ladder of participation

(Arnstein, 1969: 217)

Die Leiter beinhaltet 8 Stufen und wird in drei Kategorien eingeteilt. Diese können als Nicht-Beteiligung, Alibi- (oder Schein-)Beteiligung und Bürgerkontrolle übersetzt werden. Je weiter oben auf der Leiter, je höher ist die Intensität der Beteiligung und die Entscheidungsmacht der Bürger:innen. Das Modell bildete die Grundlage für viele partizipative Forschungsansätze, bei denen die Frage gestellt wird, „wer, wen, zu welchem Zeitpunkt, woran genau beteiligt, oder kurz gesagt, wer die Forschung in welcher Phase des Projektes kontrolliert“ (SCHÖNHUTH & JERRENTROP 2019: 68).

Die für diese Arbeit relevante Geschichte der formellen Bürger:innenbeteiligung fängt in der Nachkriegszeit an, auch wenn die deutschen Bürger:innen bis in die 1960er Jahre sich hauptsächlich über demokratisch-legitimierte Formen wie den Bundestags- oder Landtagswahlen beteiligen konnten (GABRIEL 2020). Ab der Zeit wurde der Wunsch nach mehr Mitbestimmung lauter. Wie in Kapitel 2.1.2 beschrieben, schien ein starker Staat die gesellschaftliche Steuerung zu übernehmen, oder wie SELLE (2007: 63) formuliert: „Politik und Verwaltung agierten in ihren eigenen Welten, weit weg vom „Volk“ den „Menschen draußen im Lande“.

Ab dem Ende der 1960er Jahre, beschleunigt durch die Studentenproteste der 68er, kam durch Willy Brandts Regierungserklärung 1969 mehr Bürger:innenbeteiligung in das politische

Programm (ALEMANN 2011: 203; SELLE 2007: 63). In den 1970er Jahren trat die Beteiligung der Bürger mehr und mehr ins Bewusstsein, auch wenn sich die Möglichkeiten der Partizipation schleppend entwickelten (GABRIEL 2020). Dennoch wurde seit den 1970er Jahren im Baurecht eine Beteiligung an der Bauleitplanung festgelegt, in der den Bürger:innen „Gelegenheit zur Stellungnahme“ gegeben werden musste (KIENAST & ALTROCK 2018: 5).

Erst in den 1990er Jahren nahm die Beteiligungsdebatte Fahrt auf, denn neben den traditionellen Formen traten mehr und mehr innovative Arten der Partizipation auf (NANZ & FRITSCHKE 2012: 10). Ein wichtiger Einfluss kam aus der Bürgerbewegung der ehemaligen DDR für die wiedervereinigte BRD (ALEMANN 2011: 206). Mittlerweile sind Begriffe wie Beteiligung, Teilhabe, Partizipation, Inklusion, Mitwirkung etc. sehr geläufig in der deutschen Stadt- und Regionalplanung (SELLE 2007: 63).

Die informelle Beteiligung wurde vor allem seit den 1980er Jahren immer populärer. Es kamen vermehrt unkonventionelle Methoden wie Zukunftswerkstätten, Planungszellen, runde Tische u.ä. zur Anwendung und Partizipation fand breite Anerkennung (GABRIEL 2020). Auch laut WALK (2008: 92) hat die „Debatte um bürgerschaftliches Engagement [...], seit Ende der 1990er Jahre Hochkonjunktur“.

Einen wichtigen Meilenstein, vernachlässigte Gebiete oder Bevölkerungsgruppen stärker zu beteiligen, bildete das von Bund, Ländern und Kommunen 1999 ins Leben gerufene Programm „Soziale Stadt“. „Das Programm Soziale Stadt richtet sich primär auf die Gebiete, an denen die Wirtschaftsentwicklung entweder vorübergeht oder in denen die Verlierer der Modernisierung weitgehend unter sich bleiben und aus denen wirtschaftsstärkere Haushalte und Unternehmen wegziehen.“ (WALTHER 2002: 27). Mithilfe des Programms sollte die Lebenssituation in benachteiligten Stadtteilen verbessert werden. Der Lösungsansatz war, dass Projekte, Maßnahmen und Eingriffe von innen heraus unterstützt, mobilisiert und beteiligt werden sollten anstatt wie früher durch großangelegten Planungsdruck von außen (WALTHER 2002: 28). Durch das Programm hat der Begriff der Beteiligung laut WALTHER (2002: 28) „eine völlig neue Bedeutung erlangt“. (VOLKMANN 2006: 92).

Die Bürger:innenbeteiligung in Deutschland hat sich vor allem auf regionaler oder kommunaler Ebene etabliert: „Auf der lokalen Ebene hat sich eine bemerkenswerte Bandbreite von [...] Beteiligungsmöglichkeiten entwickelt“ (ALEMANN 2011: 207). Dagegen ist auf Landes- oder Bundesebene eine Beteiligung seltener der Fall, da viele Hürden einer praktischen und effizienten Beteiligung im Weg stehen, sodass ALEMANN (2011: 208) zusammenfasst: „Rechtlich möglich, praktisch bedeutungslos“.

Entgegen dem allgemeinen Trend der Politik- oder Politikerverdrossenheit (GROBE 2018: 1) kommt eine Veränderung des bürgerschaftlichen Engagements laut NANZ & FRITSCHE (2012: 10) der Partizipation in der Stadtentwicklung eher entgegen. Denn: „Dieses ist zunehmend themenbezogener und zeitlich begrenzter, weniger an politische Parteien gebunden und direkter auf persönliche Interessen bezogen“. Nichtsdestotrotz ist die Beteiligung häufig sehr gering, FRIESECKE (2017: 118) spricht von „nie mehr als 1% der Stadtbewohnerschaft“, die sich in Planungsprozessen einbringen.

2.2.2 Bürger:innenbeteiligung in Hamburg

Die Stadt Hamburg hat sich zum Ziel gesetzt „eine lebendige Beteiligungskultur in Hamburg“ zu etablieren und will „in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern treten“ (SPD HAMBURG 2015: 107). Für die Stadt stellt sich für die Bürger:innenbeteiligung bei Planungsprojekten „[...] nicht mehr die Frage des „ob“, sondern vielmehr des „wie“ und „wie viel“ [...]“ (Freie und Hansestadt Hamburg - Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2013: 38).

Im Jahr 1998 verabschiedete der Senat ein Stadtentwicklungskonzept, indem eine „aktivierende Politik im Quartier“ verfolgt wurde. „Primäres Ziel des Hamburger Senats war, eine soziale Selbstregulation in den marginalisierten, benachteiligten Stadtteilen zu erreichen und damit den konfliktträchtigen Prozess sozialer Desintegration aufhalten“ (PETER et al. 2006: 94). Um bedarfsgerechte, den Wohnbedürfnissen vor Ort angepasste Stadtentwicklung zu erreichen, sah der Maßnahmenkatalog der Stadt „die Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen für die Bürger:innenbeteiligung vor“ (VOLKMANN 2006: 94). „Mit neuen Verfahren zur Planungsbeteiligung wurden Eigeninitiative und Selbstorganisation gefördert, Räume und Flächen als Kommunikationsstätten für den quartiersinternen Austausch bereitgestellt und soziale Vernetzungen der Akteur:innen aufgebaut und gefördert (VOLKMANN 2006: 94).

Auf die Frage „was kann Bürger:innenbeteiligung leisten?“ unterteilt die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) drei verschiedene Stufen der Intensität bei der Bürger:innenbeteiligung (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg - Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2013: 8)

1. Information:
 - a. Freier Zugang zu Informationen
 - b. Erhöhte Transparenz und Akzeptanz
2. Mitwirkung:
 - a. Regelfall bei Bauprojekten und Bauleitplanung
 - b. Einbringung von Ideen, Kenntnissen und Interessen
3. Mitentscheidung:
 - a. Im Einzelfall praktiziert

b. Politik gibt Entscheidungskompetenzen ab

Für die Beteiligung von Migrant:innen in Hamburg ist auch das *Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung* (RISE) zu nennen. Die Ziele des RISE lauten: „Verbesserung der Lebensbedingungen durch soziale und materielle Stabilisierung des Fördergebiets; Verbesserung der Entwicklungsperspektiven für die Menschen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wirtschaft und Integration; Stärkung der Mitwirkungs-möglichkeiten und der Eigenaktivität der Bürger/innen so-wie Abbau bzw. Beseitigung städtebaulicher Defizite wie Funktions- und Substanzschwächen bei der technischen und sozialen Infrastruktur, den privaten Gebäudenutzun-gen und im öffentlichen Raum.“ (Freie und Hansestadt Hamburg 2013: 7). In den RISE-Gebieten werden Beteiligungsgremien geschaffen, in denen die verschiedenen Gruppen in den Quartieren ihre Interessen einbringen können. Da viele RISE-Gebiete einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund aufweisen, wird die Integration und Beteiligung von Migrant:innen besonders betont: „Alle Bevölkerungsgruppen des Quartiers, insbesondere auch Menschen mit Migrationshintergrund sowie diejenigen Institutionen, die eine wichtige Aufgabe im Gebiet wahrnehmen (Unternehmen, soziale Einrichtungen, Vereine etc.), sollen von Beginn an einbezogen [...] werden.“ (Freie und Hansestadt Hamburg 2019). Der Hamburger Senat hat außerdem im Jahr 2012 eine neue Plattform ins Leben gerufen, die Stadtwerkstatt, die „eine neue Planungs- und Gesprächskultur in Hamburg“ fördern soll (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2012: 2). Beteiligung und Information sollen bei Projekten in der Stadtentwicklung und Umwelt entwickelt werden. Die Ziele der Stadtwerkstatt sind: Mehr Information, Transparenz, Mitwirkung, Akzeptanz und bessere Resultate bei Projekten. Dabei hat die Stadtwerkstatt selbst fünf Qualitätskriterien für Projekte in der Bürger:innenbeteiligung identifiziert (Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2012):

1. „Frühzeitigkeit“
2. „Vollständigkeit“
3. „Verfahrensgerechtigkeit“
4. „Verfahrensklarheit“
5. „Nachvollziehbarkeit“

Aushängeschild und wichtiger Teil dieser Arbeit ist das Online-Partizipationssystem DIPAS. Das seit 2016 in Kooperation mit dem Science City Lab der Hafencity Universität Hamburg entstandene Online-Tool begleitete Projekte als Instrument informeller Bürger:innenbeteiligung (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2012). Mit dem aus einer Online- und einer Onsite-Komponente bestehenden Beteiligungstool können Bürger:innen von zu Hause, unterwegs oder auf einer Beteiligungsveranstaltung exakt lokalisiertes Feedback

geben und Geodaten wie beispielsweise Karten, Pläne, Luftbilder oder 3D-Modelle abrufen. DIPAS bietet sich für alle Verfahren in der Stadtentwicklung an, die einen Raumbezug aufweisen können (BSW 2021). Dieses System ist ein sehr niedrighschwelliges System für Beteiligung mit niedriger Intensität. Seit 2016 können alle Bezirke, Behörden oder Unternehmen der Stadt Hamburg das Tool nutzen, dabei kam es bis zum Ende des Jahres 2020 in 55 Beteiligungsverfahren zum Einsatz (BSW 2021).

2.2.3 E-Partizipation

2.2.3.1 Definition

Die digitale Partizipation oder verkürzt E-Partizipation, „bezeichnet Formen politischer Teilhabe, bei denen sich Bürger(innen) elektronischer Informations- und Kommunikationstechnologien bedienen [...]“ ((BENGESSER 2011: 2). LEITNER (2018: 14) betont zusätzlich die „elektronische Unterstützung [...] sich an gesellschaftlich relevanten Prozessen zu beteiligen“.

Seit 2017 sind webbasierte Medien verbindlich für die Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung vorgesehen. Das wurde durch jüngste Änderungen in der Bauleitplanung im Baugesetzbuch festgelegt. Bereits im Jahr 2015 gaben „fast die Hälfte aller Landkreise sowie Städte und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohnern an, die Möglichkeiten einer digitalen Bürger:innenbeteiligung zur Gestaltung der kommunalen Politik zu nutzen“ (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017a: 16). Begriffe wie „open Government“ oder „Web 2.0“ zeugen von einem Wandel des Verhältnis von Bürger:innen zum Staat, der es ermöglicht „Regieren und Verwalten mit einer starken Bürgerorientierung neu zu denken“ (GROBE 2018: 1). Dabei zeigt sich, dass „E-Partizipation besonders für staatliche Akteur:innen ein aktuelles, wichtiges Thema ist“ (GROBE 2018: 2). Ein Paradoxon bei der E-Partizipation sind die Teilnehmer:innenzahlen der Bürger:innen. Studien belegen, dass sich 60-70% der Deutschen vorstellen können oder gerne die Möglichkeit hätten, sich online zu beteiligen (Bitkom 2021; SAS Institute 2013). Dabei stieg der Wunsch nach Online-Beteiligung von 44% im Jahr 2013 auf 59% im Jahr 2021 (Bitkom 2021). Diese Zahlen stehen im Kontrast zu den tatsächlich Teilnehmenden. GROBE (2018: 3) verglich diverse Maßnahmen und kam zu dem Schluss, dass die Beteiligungsquote meistens zwischen 0,5-2% lag. Nichtsdestotrotz wird in der zukünftig stärker digitalisierten Gesellschaft und Verwaltung der E-Partizipation ein „Bedeutungszuwachs“ prognostiziert (NANZ & FRITSCHKE 2012: 88).

E-Partizipation hat viele Ausprägungen und Formen, es gibt keine einheitlichen Anwendungsgebiete oder Verfahren. Diese hängt auch mit der Intensität der Beteiligung zusammen. Die für diese Arbeit relevante Form der E-Partizipation ist von niedriger Intensität

geprägt. In Bezug auf die Leiter von Arnstein ist diese im mittleren Bereich der Leiter (information & Consulting). Diese Form der E-Partizipation erlaubt es den Bürger:innen mit sehr geringem Aufwand Kontakt zu der öffentlichen Verwaltung aufzubauen. „Mit nur wenigen Klicks und in wenigen Minuten können Individuen“ zu dem jeweiligen Thema etwas beitragen (SACHS et al. 2018: 42).

2.2.3.1 Chancen und Risiken der E-Partizipation

In erster Linie bietet die E-Partizipation die Chance, die allgemeine Beteiligung zu steigern und somit mehr „BürgerInnen zu mehr Teilhabe [...] bewegt werden“ (Sachs et al., 2018: 61), da durch elektronische Mittel die Wege der Kommunikation einfacher gemacht werden. Somit können Bürger:innen mit geringem Aufwand direkter beteiligt werden (Alemann, 2011: 211). Mithilfe von digitalen Beteiligungstools können oder sollen Gruppen erreicht werden, „die bereits online und das Internet aktiv [...] nutzen, sich aber nur mäßig bis nicht in politische Prozesse einbringen“ (Sachs et al., 2018: 61).

Ein weiterer Punkt ist die Intensivierung der politischen Beteiligung, durch das Internet und die damit verbundene Anonymität. Sie bietet die Möglichkeit, soziale Barrieren auszublenden, da Menschen bei einem speziellen Thema zusammengebracht werden, die vermutlich aufgrund ihrer sozialen Herkunft sonst nicht in einen Dialog treten würden. Der digitale Dialog schafft somit eine gewisse Art Gleichheit in dem Raum. Auch bietet die digitale Partizipation die Möglichkeit zur Teilhabe für Menschen, die in Veranstaltungen vor Ort nicht das Selbstbewusstsein besitzen sich zu äußern (KERSTING 2019: 115; SACHS et al. 2018: 62).

Ein wichtiger Punkt für diese Arbeit ist die mögliche verbesserte Erreichbarkeit von Gruppen, die sich sonst nicht beteiligen würden. Denn digitale Tools können die Teilhabe nicht nur für junge Menschen erleichtern, sondern für alle. „Das Internet ermöglicht eine weitgehend zeit- und ortsungebundene Einbeziehung von BürgerInnen[...]“ (SACHS et al. 2018: 62).

Den letzten Punkt der Chancen der E-Partizipation bilden demokratische Aspekte. Dies ist einerseits die Steigerung der Legitimität, da digitale Technologien die Möglichkeit bieten, Entscheidungsprozesse transparenter und für Bürger verständlicher zu machen. Andererseits ermöglicht das Internet die Demokratisierung von Informationen, „sodass theoretisch jeder Nutzer oder jede Nutzerin Zugang zu den gleichen Informationen hat“ (GROBE 2018: 4; SACHS et al. 2018: 63). Aus Sicht der Kommunen oder Verwaltungen kann die E-Partizipation wie auch die klassische Beteiligung dazu dienen „das Wissen der Bürger abzufragen und dieses Wissen für eine Verbesserung der Planung nutzbar zu machen“ (HENNEMANN & WIEGANDT 2010: 102).

Gleichwohl hängen an der digitalen Partizipation gewisse Risiken oder Hürden, die sich negativ auf den erhofften Nutzen auswirken können. Bürger:innen beteiligen sich möglicherweise mit fehlenden Kenntnissen oder Hintergrundinformationen, die SACHS et al. (2018: 63) als „Feel-Good-Partizipation“ beschreiben, „bei der die Beteiligten sich durch einen Klick beteiligen, aber von einer genaueren Analyse der Zusammenhänge oder kontinuierlicher Beteiligung absehen“.

Auch die Schöpfung von neuen oder die Vertiefung von existierenden Ungleichheiten sind ein Risiko bei der digitalen Partizipation. Diese Diskussion wird unter dem Begriff „digital divide“ geführt (SCHLOZMAN et al. 2010). Bis heute haben fast alle Bürger:innen in Deutschland oder in Hamburg Zugang zum Internet, laut DÖWELING (2019: 63) verfügen zwar „99,9 Prozent aller Haushalte über eine Verbindung“ und 97,5% über eine drahtlose Verbindung. Wobei Haushalte nicht gleichbedeutend mit Personen sind und diese Verbindung wird nicht automatisch im alltäglichen Gebrauch genutzt. Die Bürger:innen, die sich besser über Informationen der Beteiligungsmöglichkeiten informieren können, sind im Vorteil gegenüber denen, die „nicht oder nur sehr eingeschränkt auf das Netz zugreifen können“ (SACHS et al. 2018: 64). Die mögliche Chance der E-Partizipation die Beteiligung auf sonst eher beteiligungsferne Gruppen und Jüngere auszuweiten, entkräftet GROBE (2018: 4): „Teilnehmer sind eher nicht Teil der jüngeren Generation. Auch scheinen sie eher politisch interessiert als politikverdrossen und stammen eher aus den gut gebildeten gesellschaftlichen Schichten. Anspruch und Realität gehen [...] stark auseinander“. Dagegen betonen NANZ & FRITSCH (2012: 90), dass „ältere Menschen oder auch Migrantinnen und Migranten oftmals mehr Hemmungen“ haben „an Online-Verfahren teilzunehmen“.

Beteiligungsbarrieren wie beispielsweise die notwendige Registrierung können maßgeblich für die Akzeptanz eines Angebots verantwortlich sein. Je nach Intensitätslevel der Beteiligung kann aber eine Registrierung auch sinnvoll sein, beispielsweise bei einer längerfristigen Beteiligung und/oder der Kommunikation danach. Wenn es ein frühes Stadium der Beteiligung ist, wie häufig bei DIPAS angewandt, kann auf solche Hürden verzichtet werden (SACHS et al. 2018: 64). Transparenz und Vertrauen in die Beteiligungsmöglichkeiten sind zwei weitere Aspekte. Dazu gehören einerseits die Informationen auch für Personen bereitzustellen, die sich nicht beteiligen, aber auch eine gute Benutzerfreundlichkeit, geringe Anfälligkeit und keine veralteten Technologien der Beteiligungstools (GROBE 2018: 5).

Die letzten Punkte bilden wie auch bei den Chancen demokratische Ansätze. Wichtig bei der E-Partizipation ist die Differenzierung zwischen informeller und rechtskräftiger politischer Beteiligung. Nicht jede Beteiligung der Bürger:innen schafft demokratische Legitimität. Auch

kann die Möglichkeit durch digitale Technologien viele und unverbindliche Beteiligungsmöglichkeit durchzuführen, „kurzfristige und populistische Maßnahmen bevorzugen [...]“ (SACHS et al. 2018: 66).

2.2.4 Teilnehmer:innen der Beteiligung

Auf die Frage in der Bürger:innenbeteiligung, welche Gruppen oder Milieus sich tendenziell eher beteiligen und welche nicht, gibt es in der Literatur ähnliche Sichtweisen. Eher beteiligen sich die „gebildeten und artikulierten Mittelklassen“ (NOLTE 2011: 12). Dabei spielt auch die Ansprache eine Rolle, denn diese wird „meist von Menschen wahrgenommen, die es gewohnt sind oder gelernt haben, sich in diesen Formen zu äußern [...]“ (ROBINSON 2011: 63). Weitere Merkmale von beteiligungsstarken Personen oder Gruppen sind, dass sie häufig mittleren Alters, eher männlich und im Land geboren sind (FRIESECKE 2017: 119).

In Bezug auf die Gruppen, die sich eher nicht beteiligen spricht WALK (2008: 90) davon, „dass in vielen Beteiligungsmodellen marginalisierte Gruppen [...] nur sehr selten ihre Interessen einbringen“. Zu den marginalisierten Gruppen zählen beispielsweise die „Arbeiter- und Unterschichten, die formal weniger gebildeten, oft auch Migrantinnen und Migranten“ (NOLTE 2011: 12). Weitere beteiligungsschwache oder -ferne Gruppen sind eher jüngere, sozial benachteiligte, Geflüchtete, Alleinerziehende oder Arbeitssuchende (BEIßWENGER 2003: 203; PAUST 2016: 26).

Die Gründe oder Ursachen für mangelnde Beteiligung dieser Gruppen sind vielfältig. Eine höhere oder stärkere Beteiligung „steigt mit der Verfügbarkeit über Bildung, Einkommen und Kompetenzen“ (BÖHNKE 2011: 20). FRIESECKE (2017: 119) fügt noch hinzu, dass wenn „eines oder mehrere dieser Charakteristika“, nämlich „Bildung, Interesse, Zutrauen, Sprache, Vertrauen und positives Politikverständnis“ nicht stark ausgeprägt sind, „ist die Wahrscheinlichkeit sehr gering, dass sich der oder die Betroffene noch beteiligt“.

Da die eben genannten Gruppen häufig trotzdem sehr heterogen sind, werden in dieser Arbeit die Sinus-Milieus beschrieben. Die Milieus werden vom Sinus-Institut seit den 1980er Jahren entwickelt und fassen Menschen mit „charakteristischen Wertemustern, Grundeinstellungen, Lebensorientierungen und Ähnlichkeiten im Alltagsleben“ zusammen (vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. 2018: 12). In Deutschland ist die Bevölkerung in folgende Milieus verteilt:

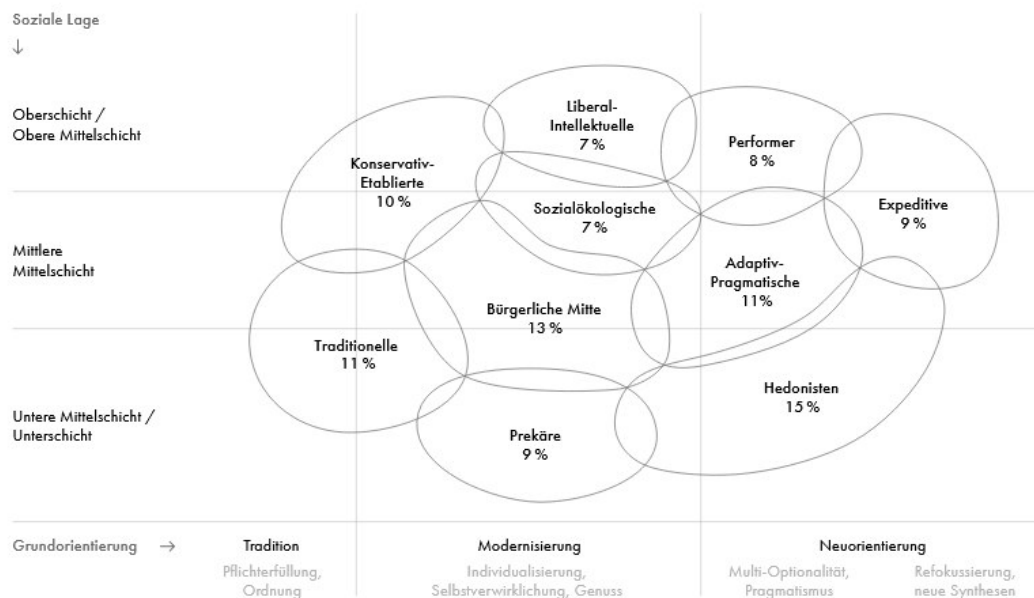


Abbildung 3: Sinus Milieus in Deutschland 2021 (Sinus Institut 2021)

In Bezug auf die Milieus lässt sich besser beurteilen welche Bevölkerungsgruppen sich beteiligen oder eher dazu bereit sind. Unterschiedliche Milieus brauchen unterschiedliche Herangehensweisen, um erreicht oder beteiligt zu werden (Bertelsmann Stiftung 2018: 12). Das Sinus Institut und der Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung (VHW) stellten Fragen 2015 zum Interesse an Planungsverfahren und der Wichtigkeit in die Entwicklung des Wohnviertels miteinbezogen zu werden. Dabei stellte sich heraus, dass vor allem Prekäre und Traditionelle in beiden Fragen stark unterdurchschnittlich vertreten sind. Die bürgerlichen Mitte zeigt weniger Interesse an Planungsverfahren, während die Hedonisten es weniger wichtig finden, in Entscheidungen über die Entwicklung des Viertels miteinbezogen zu werden (PAUST 2016: 25).

Bei den Chancen der E-Partizipation wird erwähnt, dass digitale Tools eine Lösung dafür sein können, Gruppen zu beteiligen, die sich analog oder vor Ort tendenziell eher nicht beteiligen würden. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung stellte 2017 jedoch fest :„Die Unsichtbaren bleiben unsichtbar. Wie die Offline-Beteiligung ist auch die Online-Beteiligung selektiv. Menschen mit geringen Bildungsabschlüssen, geringen Einkommen oder mit Migrationshintergrund beteiligen sich seltener an Verfahren der Stadtentwicklung – unabhängig, ob sie von Verwaltungen oder von Initiativen der Zivilgesellschaft angestoßen werden. Dies ändert sich auch durch die Nutzung von Online-Instrumenten im Grundsatz nicht.“ (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017a: 59).

Da die Migrant:innen oder bestimmte migrantischen Milieus in der Literatur zu beteiligungsfernen Gruppen gehören, wird im folgenden Kapitel auf die heterogene Gruppe der Migrant:innen näher eingegangen.

2.3 Migration und Partizipation

2.3.1 Grundlagen

In der Migrationsforschung werden verschiedene Formen, Status, Generationen und Motive verwendet, um Migration zu beschreiben. KÖNIG unterscheidet in „Flucht-, Familien-, Arbeits- und Bildungsmigration (2019: 32). Migration wird ausgelöst durch eine Mischung aus sogenannten Push- und Pull- oder endogenen bzw exogenen Faktoren (D'AMATO 2005: 10). Unterschieden wird außerdem noch zwischen der ersten, zweiten und dritten Generation, die auf dem Geburtsort basiert. Während die erste Generation in einem anderen Land geboren ist, ist die zweite Generation bereits in einem anderen Land geboren. Diese ist bereits im aufnehmenden Land geboren und hat mindestens ein elterlichen Teil aus einem anderen Land. Die dritte Generation sind somit die Enkel der ersten.

Laut dem statistischen Bundesamt lautet die Definition des Migrationshintergrunds: „ Eine Person hat einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt“ (KÖNIG 2019: 4).

Auch wenn hier immer von „den Migrant:innen“ oder „Menschen mit Migrationshintergrund“ gesprochen wird, lässt sich eine so große, heterogene Gruppe schwer zusammenfassen. Das einzige Merkmal, was diese Gruppe eint, ist dass sie selbst, die Eltern, ein Elternteil oder die Großeltern nicht in Deutschland geboren sind (HEMETEK 2018: 18).

Wie schon in Kapitel 2.2.4 lässt sich die große Gruppe von Migrant:innen besser in Milieus betrachten. Der Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (VHW) entwickelte zunächst 2008 und aktualisierte 2018 explizit „die Milieuforschung auf den Bevölkerungsteil mit Zuwanderungsgeschichte“ (vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. 2018: 8). Dadurch bildeten sich Gruppen mit vergleichbaren Einstellungen oder Wertevorstellungen heraus, die diese Gruppen besser beschreiben als übliche Parameter wie Staatsbürgerschaft, ethnische Herkunft oder religiöse Zugehörigkeit. Es wurden 10 verschiedene Milieus identifiziert, die sich von den Milieus der Gesamtbevölkerung unterscheiden. (Abb.):

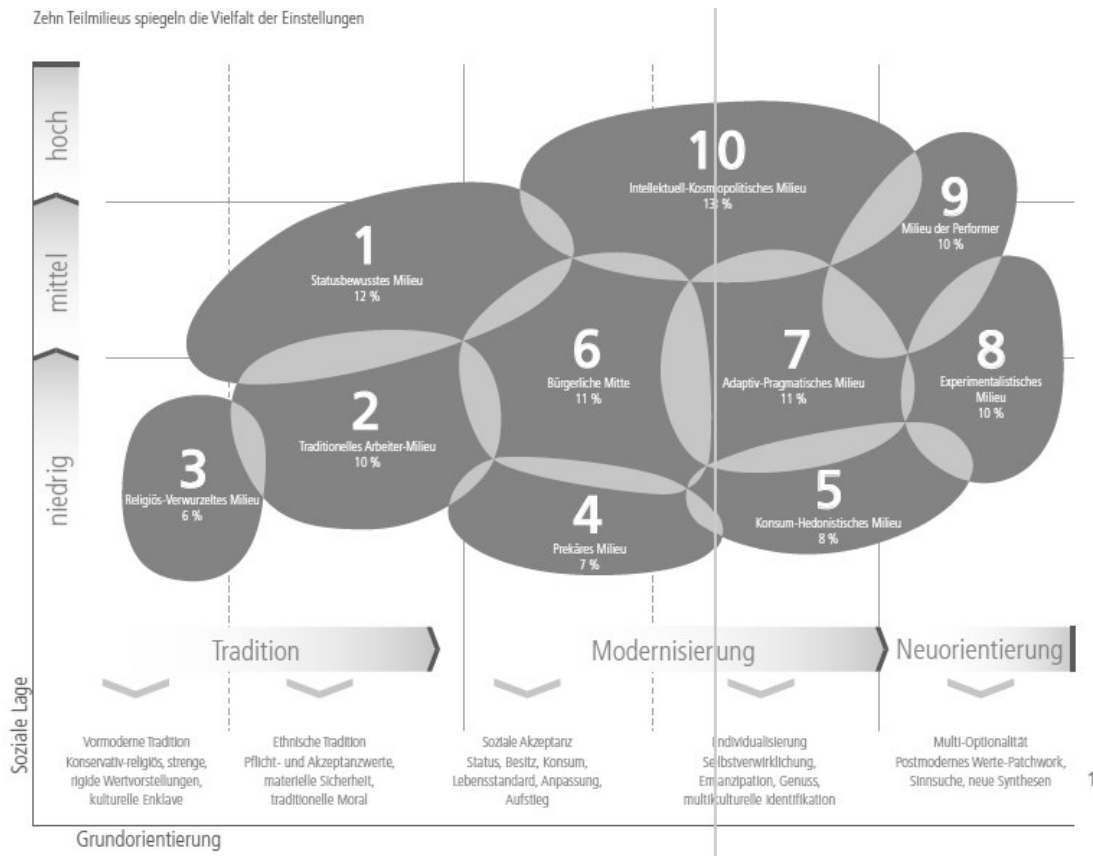


Abbildung 4: Die 10 Teilmilieus der Migrant:innen (vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., 2018: 56–57)

Wenn von Migration und Partizipation in der Literatur die Rede ist, geht es meistens um die politische Partizipation. Bei der politischen Partizipation, wie zum Beispiel Wahlen, sind die Rechte der Migrant:innen, sich überhaupt zu beteiligen ein wichtiger Aspekt. Da es sich in diesem untersuchten Themenfeld um informelle, digitale Partizipationsmöglichkeiten handelt, spielt der rechtliche Status der Migrant:innen eine untergeordnete bzw. keine Rolle. Bei diesen Verfahren kann sich theoretisch jeder, unabhängig von der Staatsbürgerschaft o.ä. Hürden, die beispielsweise bei Wahlen auftreten, beteiligen, weshalb von einer weiteren Definition des rechtlichen Status von Migrant:innen abgesehen wird.

2.3.2 Historie

In diesem Kapitel sollen die wichtigsten und für diese Arbeit relevanten Punkte der Migration in Deutschland und Europa kurz dargestellt werden.

Die für diese Arbeit relevante Migrationsgeschichte beginnt mit dem Ende des 2. Weltkriegs in Europa. Denn: „Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg gilt in Deutschland als die Zeit der Zuwanderung.“ (WENNING 1994: 110).

Schätzungsweise zwischen 10 und 15 Millionen Vertriebene aus den ehemaligen östlichen Gebieten des „deutschen Reichs“ kamen nach dem Krieg in die Gebiete der späteren BRD und DDR (vgl. FAULENBACH 2005; KÖNIG 2019; WENNING 1994). Trotz großer Ablehnung in der

ansässigen Bevölkerung gegenüber den Vertriebenen, gilt die Integration schnell und wirksam vollendet. Dies kann unter anderem mit der gemeinsamen Sprache, aber auch mit dem „schnellen und restriktionsfreien Zugang zum Arbeitsmarkt“ erklärt werden (KÖNIG 2019: 41). Der wohl wichtigste Abschnitt der jüngeren deutschen und europäischen Migrationsgeschichte ist das ab den 1950er Jahren einsetzende Wirtschaftswachstum. Durch die verbesserte ökonomische Situation von Nord- und Westeuropäischen Staaten schloss die BRD diverse „Anwerbeabkommen“ mit vor allem südeuropäischen Staaten³ um den inländischen Bedarf an Arbeitskräften decken zu können (GEIBLER 2014b). Laut KÖNIG (2019: 43) und Angenendt (2014, S.23) strebten diese Migrant:innen „keinen längerfristigen oder dauerhaften Aufenthalt an“, vielmehr war die „Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation und ihres sozialen Status im Herkunftsland“ das Ziel.

Auch wenn Hamburg „nicht zu den Hauptzielregionen der per Anwerbevertrag [...] eingereisten Arbeiter“ gehörte, die eher in die industriell geprägten Regionen wie das Ruhrgebiet & Rheinland, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern erreichten, gelangten dennoch viele so genannte Gastarbeiter:innen in die Hansestadt. Relativ gesehen kamen zwischen 1960 und 1970 am meisten Arbeitsmigrant:innen aus der Türkei, Jugoslawien aber auch aus anderen Ländern (RÜTTER 2015: 170). Viele ließen sich in Hafennähe nieder. Das Portugiesenviertel in Hamburg ist noch heute Zeugnis der Einwanderung aus Südeuropa (FREUND 2010: 131).

In den 1970er Jahren endeten die Anwerbeabkommen und in vielen Aufnahmeländern in Europa herrschte die Annahme, dass die Arbeitsmigrant:innen in ihre Herkunftsländer zurückkehren würden, GEIBLER (2014b) und WOELLERT et al. (2009: 3) gehen allerdings davon aus, dass ungefähr ein Viertel der Migrant:innen sich dauerhaft angesiedelt haben. Daraufhin gab es ambivalente Tendenzen, in denen einerseits erste staatliche Konzepte zur Integration geschaffen wurden, aber die Rückkehr in die Heimatländer aktiv unterstützt wurde (D'AMATO 2005: 87; KÖNIG 2019: 44). Zeitgleich stieg die ausländische Wohnbevölkerung durch den verstärkten Familiennachzug und die hohen Geburtenraten an (GEIBLER 2014a).

Nachdem ab den 1980er Jahren auch in den südeuropäischen Ländern das Wirtschaftswachstum stieg, kehrten viele der sogenannten Gastarbeiter:innen zurück. (BRINKMANN & USLUCAN 2013: 16).

Einen weiteren wichtigen Punkt der deutschen oder europäischen Migrationsgeschichte bildet der Fall des Eisernen Vorhangs. Aus Osteuropa und den ehemaligen Sowjetrepubliken kamen

³ 1955 Italien, 1960 Griechenland und Spanien, 1961 Türkei, 1963 Marokko, 1964 Portugal, 1965 Tunesien und 1968 Jugoslawien RÜTTER (2015: 170).

vor allem deutschstämmige Minderheiten (z.B. Russlanddeutsche), während die befürchtete große Migrationswelle aus diesen Staaten ausblieb (KÖNIG 2019: 46; SCHNEIDER 2007).

Im Kontext der Europäischen Union beginnt eine neue Periode der Migration in Europa. Vor allem das Schengen-Abkommen hat bis heute weitreichende Auswirkungen. Der Abschaffung der Grenzkontrollen innerhalb der EU stehen enorm verschärfte Kontrollen an den Außengrenzen gegenüber (HERBERT & SCHÖNHAGEN 2020: 32; KÖNIG 2019: 47). Seit der Jahrtausendwende, in Deutschland vor allem mit den Wahlen von 1998, ist die Migration eines der bedeutendsten und kontroversesten politischen Themen in Europa geworden (GEIßLER 2014a: 40, 2014b; KÖNIG 2019: 47).

Als in den Jahren 2004 und 2007 die Europäische Union erweitert wird, sind insgesamt 100 Millionen Bürger:innen aus Osteuropa, dem Baltikum, sowie Malta und Zypern Mitglieder:innen der EU. Jedoch erhalten diese Bürger:innen nicht unmittelbar alle Rechte der bisherigen EU-Staaten. Die „alten“ EU-Staaten können aufgrund der „nicht vergleichbaren Situation auf den nationalen Arbeitsmärkten“ (König, 2019: 48) in der siebenjährigen Übergangsfrist entscheiden, wann sie ihre nationalen Märkte für die neuen EU-Bürger:innen „öffnen“. Während beispielsweise das Vereinigte Königreich, Schweden oder Irland bereits im Jahr 2004 die Freizügigkeit gewährten, nutzten Deutschland und Österreich die Frist aus (KÖNIG 2019: 28/49).

Der letzte Aspekt des historischen Rückblicks ist die zwischen 2014 und 2016 als „Flüchtlingskrise“ betitelte Phase, in der circa 1.4 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland kamen (CABALLERO & DIEHL 2020: 7). HERBERT & SCHÖNHAGEN (2020: 28) beschreiben die „Flüchtlingsfrage [...] in Deutschland, der EU und darüber hinaus zu einem der am heftigsten umkämpften Streitpunkte.“.

Rückblickend lässt sich festhalten, dass sich Deutschland zunächst von einem Gastarbeiter:innen- zu einem „Zuwanderungsland wider Willen“ (Geißler, 2014: 53) entwickelte.

Wie die Zugewanderten und ihre Nachkommen partizipiert werden oder auch nicht, wird im folgenden Kapitel beschrieben.

2.3.3 Migration und Partizipation

„Politische Partizipation ist essenziell für gesellschaftliche Teilhabe. Menschen mit Migrationshintergrund sind bisher jedoch unterdurchschnittlich beteiligt.“ (Bundesregierung 2019: 278).

In vielen Publikationen ist davon die Rede, dass sich Migrant:innen weniger beteiligen als die autochthone Bevölkerung (Siehe Kapitel 2.2.4, (BEIßWENGER 2003: 203–204; CABALLERO &

DIEHL 2020: 51; KAST 2008: 1; KÖNIG 2019: 84; WALK 2008: 90–92). Mangelnde Beteiligung lässt sich größtenteils auf sozio-ökonomische Faktoren zurückzuführen. HEMETEK (2018: 19) fasst zusammen: „Daten[...] zeigen, dass Menschen mit Migrationshintergrund gegenüber Menschen ohne Migrationshintergrund in der Bildungsbeteiligung, gemessen in Bildungsabschlüssen, deutlich benachteiligt sind, zudem häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen sind und häufiger unqualifizierte Beschäftigungen ausführen“.

Migrant:innen sind jedoch häufig in der Stadtentwicklung von Maßnahmen betroffen und qualifizieren sich damit als sogenannte „holder“ (s. Kapitel 2.1.3). Beispielsweise als Anwohner:innen, durch Rechte, Beteiligungen oder Besitztümer. Auch können migrantischen Organisationen spezielles Wissen zu den Prozessen beitragen.

Vielmehr sollte jedoch darauf geschaut werden, welche Milieus sich eher beteiligen und welche weniger. Laut dem VHW sind dies „im Prekären Milieu, bei Konsum-Hedonisten oder den Religiös-Verwurzelten nur sehr wenige“, ebenso das „Traditionelle Arbeitermilieu“ und „in geringerem Maße [...] die [...] bürgerlichen Milieus (vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., 2018: 45). Denn wie die eben genannte Studie beweist, zeigen 59 bzw. 60% der Befragten Migrant:innen generelles Interesse an der Entwicklung der Nachbarschaft oder des Wohnumfeldes (vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. 2018: 45). Auch ROTH (2012: 7) betont: „wie vielfältig, kreativ und nachhaltig das Engagement auch bei jenen Bevölkerungsgruppen sein kann, wenn es entsprechend gewünscht, zugelassen, gefördert und anerkannt wird.“ Dabei ist mehr Partizipation zu erwarten, wenn es um konkrete, tatsächliche Veränderungsmöglichkeiten und echte „Entscheidungsbefugnisse geht“. Ein weiterer wichtiger Punkt den (ROTH 2012: 7) anspricht, ist die „Vernachlässigung der Vielfalt in den Milieus der Einheimischen und Zugewanderten“. Er kritisiert, dass „viele Projekte lediglich ausgewählte bildungs- und aufstiegsorientierte Gruppen“ erreichen. Ursache dafür seien die „Strategien, die milieu-blind auf Engagement und Beteiligung setzen“.

Ob digitale Beteiligung dabei helfen kann, beteiligungsfernere Gruppen der Migrant:innen soll demnach untersucht werden. Welche Barrieren und Anreize Migrant:innen bei Beteiligung generell beeinflussen, wird im folgenden Kapitel erläutert.

2.3.3.1 Barrieren und Anreize für Migrant:innen in der Partizipation

Zunächst werden die Barrieren der Migrant:innen bezüglich Beteiligung aus der Literatur diskutiert. Welche Faktoren bei der Bevölkerung generell eine Rolle spielen, sich nicht zu beteiligen, wurde in Kapitel 2.2.4 bereits angedeutet. Die Verfügbarkeit von Bildung, Kompetenzen und Einkommen gilt auch für Migrant:innen. Bei diesen kommen weitere Gründe dazu. KÖNIG (2019: 84): fasst zusammen: „[...] fehlende Partizipationsrechte, die geringe

institutionelle Mobilisierung, mangelnde Sprachkenntnisse, eine niedrigere sozio-ökonomische Stellung, die mediale Darstellung und die Aufenthaltsdauer[...].“

In der Studie des VHW zu den migrantischen Milieus wurden u.a. Motive und Hinderungsgründe zur Bürger:innenbeteiligung thematisiert. Hierbei sticht heraus, dass 42% der befragten Menschen mit Migrationshintergrund aussagten, dass sich niemand für ihre „Themen und Anliegen ernsthaft interessiere“, während 37% nicht einsehen, warum sie sich überhaupt beteiligen sollen (vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. 2018: 45). In der Studie scheinen fehlendes Wissen (24%), Sprachprobleme (20%) oder „sich nicht willkommen [zu] fühlen“ weniger problematisch zu sein. Auch wenn hier „nur“ 20% der Befragten angaben, dass die Sprache ein Problem sei, so identifizierte das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017b: 21), dass gerade bei gängigen Beteiligungsangeboten wie „sprachlastiger [...] Gremienarbeit“ geringe Sprachkenntnisse eine Hürde sind.

Welche Anreize kann man schaffen, damit Migrant:innen sich mehr beteiligen? Ein Aspekt sind Veranstaltungen und Aktivitäten oder andere Anlässe, durch die Themen angesprochen werden können und „langfristiges Engagement entstehen kann“ (KAST 2008: 7).

Auch sollte auf kulturelle, religiöse und ethnische Besonderheiten der Menschen mit Migrationshintergrund Rücksicht genommen werden. KAST (2008: 8) schlägt beispielsweise vor, „keine Abendveranstaltungen während des islamischen Fastenmonats [...] abzuhalten“, oder auch Männer und Frauen für bestimmte Themen getrennt anzusprechen.

Über die Sprache können viele Anreize gesetzt werden. Auch wenn das Erlernen der deutschen Sprache wichtig ist, so kann bei mangelhaften Deutschkenntnissen die Kommunikation über die jeweilige Muttersprache erfolgen. Komplexe Themen in der Stadtentwicklung lassen sich manchmal schwer vermitteln. Übersetzungen dagegen „oder Einladungen in den jeweiligen Muttersprachen geben das Gefühl: Ihr seid willkommen, genau Euch wollen wir dabeihaben!“ (KAST 2008: 8). Ebenfalls „wenig sprachlastige Formen“ (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017b: 24) und generell eine einfachere Sprache werden hierbei empfohlen.

In Bezug auf die Ansprache oder Erreichbarkeit der Zuwanderer oder Migrant:innen empfiehlt das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2017b) aufsuchende Formen der Kommunikation. „Aufsuchend bedeutet in dem Zusammenhang, an die Orte zu gehen, an denen sich die Menschen aufhalten, die erreicht werden sollen [...]. So gelingt es an die Lebenswelten der Bewohner anzuknüpfen und ihre Themen und Bedürfnisse aufzugreifen.“ (ebd:24). Dabei ist der persönliche Kontakt am besten, um den Menschen mit Migrationshintergrund zu vermitteln, „dass sie unabhängig vom kulturellen Hintergrund und Bildungsstand willkommen

sind“ (ebd:25). Auch kann hierbei Vertrauen aufgebaut werden, um langfristige Beteiligung zu sichern (ebd:25, Bundesregierung 2019: 115).

In der gleichen Publikation werden eher analoge Medien für die Information empfohlen, wie Flyer, Plakate, Aushänge, Infostände, während die regelmäßige Nutzung sozialer Medien weniger thematisiert wird (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017b: 25). Die Bertelsmann Stiftung (2018: 23) stellt ebenfalls fest, dass „Migranten [...] oftmals nur durch aufsuchende Beteiligung und persönliche Ansprache zu erreichen“ sind.

2.3.4 Netzwerke und Migrant:innen-Organisationen

Netzwerke der Migrant:innen spielen eine große Rolle und können wichtige Akteur:innen der Verbindung zum Aufnahmeland im Bereich der Partizipation werden. „[...]Partizipation wird häufig durch soziale Netzwerke beeinflusst, gefördert und ausgelöst“ (KÖNIG 2019: 139). Im Kapitel 2.14 zu Urban Governance wird erklärt, wie sich solche Netzwerke und Organisationen bilden.

Ethnische Netzwerke sind häufig die erste Anlaufstelle für eingewanderte Personen, denn diese Leute weisen einen „ähnlichen Hintergrund und ähnliche Migrations- und Integrationserfahrungen[...]“ auf (LIETZ 2013: 355). Entscheidend für die Bedeutung oder Bindung der Migrant:innen der Netzwerke ist die voraussichtliche Länge des Aufenthalts im Land. So „übt die Eingebundenheit in Netzwerke“ für Migrant:innen, die sich „dauerhaft im Aufnahmeland ansiedeln möchten“ eine deutlich größere Bedeutung aus, als für Migrant:innen die einen kürzeren Aufenthalt anstreben (KÖNIG 2019: 136).

Kritisiert wird bei Netzwerken, dass sich Parallelgesellschaften bilden können, jedoch überwiegen doch die Potentiale, die Netzwerken oder Organisationen zur Integration und Teilhabe beitragen können (LIETZ 2013: 356; ROTH 2012: 5). Für NAUMANN (2012: 9) „haben Migrant:innen-Organisationen (MO) eine zentrale Bedeutung für eine nachhaltige Stadtentwicklung“ .[...] außerdem sind sie „tragende Säulen einer alltagsweltlichen Partizipationsstruktur“. KÖNIG (2019: 139) beschreibt, dass die Netzwerke der Migrant:innen eher von Bestand sind, wenn sie lokale „Netzwerke im Stadtteil“ sind im Vergleich zu überregionalen Netzwerken.

Auch BUCKEL (2011: 259) sieht die „migrantischen Communities“ als „wichtige Ressource“ für Migrant:innen, sowohl bei Ankunft, als auch schon als Anlaufstelle, „wenn die MigrantInnen sich noch in ihrem Herkunftsland befinden“.

Von Migrant:innen-Organisationen kann sowohl für die Mehrheitsgesellschaft als auch die Migrant:innen viel profitieren. Sie tragen laut ROTH (2012: 4) „[...] Interessenausgleich mit der Mehrheitsgesellschaft bei.“ Auch „stärken und aktivieren“ sie ihre Mitglieder

hinsichtlich „Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement etc“. (ROTH 2012: 4). Durch die Mitgliedschaft oder Teilhabe in Organisationen, Vereinen (ROTH 2012: 4), „lernen Migranten die politische Kultur des Aufnahmelandes kennen und können Kontakte zur autochthonen Gesellschaft und zu den Institutionen des Aufnahmelandes knüpfen“ (KÖNIG 2019: 139). Auch steigt die mögliche Partizipation in Organisationen des Aufnahmelandes, wenn die Migrant:innen bereits in eigenen, migrantischen Netzwerken oder Organisationen aktiv sind (KÖNIG 2019: 139).

Bei diesem Thema ist die Meinung in der Literatur oft ähnlich. Die Bedeutung von migrantischen Organisationen, Netzwerken oder Communities für die Partizipation der Migrant:innen ist einer der wichtigsten Faktoren um die Migrant:innen zu erreichen oder zu beteiligen (vgl. auch WINDISCH & RIESTER 2012).

2.4 Zusammenführung

In diesem Kapitel sollen die drei bisherigen Kapitel kurz zusammengefasst und zusammengeführt werden, um einen Übergang zum methodischen und empirischen Teil zugewährleisten.

Zunächst wurde versucht den Begriff Governance zu erläutern und einen Begriffskern darzustellen. Das darauffolgende Kapitel beschreibt den Wandel von Government zu Governance und die sich ändernde Rolle des Staates. Näher eingegangen wird auf die Konzepte der partizipativen und Urban Governance. Das Konzept der partizipativen Governance ist für diese Arbeit wichtig, da in dem Konzept der Fokus auf einer stärkeren Beteiligung der Zivilgesellschaft liegt. Bei dem Konzept zu Urban Governance wird die Bedeutung von Netzwerken und Organisationen hervorgehoben, was ebenfalls für die Arbeit relevant ist. Daraufhin wurden in der Literatur verbreitete Erwartungen und Kritik an den vorgestellten Konzepten formuliert.

Kapitel 2.2 gibt einen Überblick über die Definition der Begriffe Bürger:innenbeteiligung und E-Partizipation, sowie die Entwicklung der Bürger:innenbeteiligung in Deutschland und Hamburg. Abschließend wird dargestellt, welche Gruppen und Milieus sich tendenziell an Angeboten der (E-) Partizipation beteiligen und welche nicht.

In Kapitel 2.3 werden zunächst die Begrifflichkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund definiert und ihre Heterogenität betont. Die für diese Arbeit relevante Entwicklung der Migration nach Deutschland und Hamburg wird anhand der wichtigsten Punkte der jüngeren Geschichte behandelt. In welchem Maße Migrant:innen sich beteiligen und welche Hürden und Anreize in Literatur für Migrant:innen thematisiert werden, zeigt Kapitel 2.3.3. Zum Schluss

wird die Bedeutung der Netzwerke und Migrant:innenorganisationen für die Beteiligung und Erreichbarkeit herausgearbeitet.

Wie sich herausgestellt hat, ist die Ausgangssituation der partizipativen Governance die verstärkte Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und Bevölkerungsgruppen in politische Prozesse. Für demokratische Legitimität von Entscheidungen ist die Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen relevant und notwendig. Menschen mit Migrationsgeschichte gehören unweigerlich dazu und somit in Entscheidungen partizipiert. Wenn eine breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen nicht gelingt, kann das zu einer höheren Ablehnung von Maßnahmen und Projekten in der Stadtentwicklung führen, aber auch das Vertrauen in die Demokratie und das Zusammenleben in der Stadt schwächen.

Dies lässt sich am besten auf einer kleineren Ebene wie einem Stadtraum erforschen. Denn auch wenn sich Migrant:innen tendenziell weniger beteiligen als die Mehrheitsgesellschaft, so ist das Interesse an Veränderungen in ihrem direkten Wohnumfeld groß. Menschen mit Migrationsgeschichte gehören in Bezug auf Partizipation zu so genannten schwer erreichbaren Gruppen. Bei der Erreichbarkeit der migrantischen Gruppen und Milieus spielen migrantischen Netzwerke und Organisationen eine herausragende Rolle. Den Fokus auf die lokale, städtische Ebene und die Netzwerke spiegeln sich im Urban Governance Ansatz wider.

Die Barrieren und Anreize der Beteiligung von Migrant:innen werden von wissenschaftlicher und staatlicher Seite bereits thematisiert (Kap.2.3.3.1). Bei der Erreichbarkeit und Beteiligung von Migrant:innen mit digitalen Tools gibt es hingegen noch Forschungsbedarf. Deshalb wurde die Frage gestellt, welche Barrieren und Anreize Migrant:innen bei digitalen Beteiligungsmöglichkeiten haben und ob diese eine Lösung sein können, Migrant:innen in Zukunft verstärkt zu beteiligen.

3 Methodisches Vorgehen

3.1 Wahl der Forschungsmethode

In dieser Arbeit soll ein multimethodischer Ansatz den Zugang zum Forschungsfeld erlauben. Diese Herangehensweise eröffnet die Möglichkeit, den Forschungsinhalt „aus verschiedenen Perspektiven methodisch und methodologisch fundiert zu untersuchen.“ (GRECU & VÖLCKER 2017: 229). Zentraler Baustein von Mixed Methods ist die Mischung aus qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden, die gleichberechtigt erhoben und ausgewertet werden (GRECU & VÖLCKER 2017; KELLE 2014: 160; WINKEL et al. 2017: 95). Auch wenn der Begriff Mixed Methods ein eher jüngerer Begriff ist, ist die Herangehensweise der Triangulation schon länger bekannt, unter dem „man das Einnehmen unterschiedlicher Perspektiven auf denselben

Forschungsgegenstand“ versteht (HUSSY et al. 2013: 188). Mixed Methods kann dabei die Vorteile der beiden Methoden kombinieren, sowie die möglichen Nachteile der jeweiligen Methode verringern (GRECU & VÖLCKER 2017: 230). So können sich die beiden Methoden laut KELLE (2014: 162) ergänzen, „dass „blinde Flecken“, Erklärungslücken, die die qualitativen oder quantitativen Forschungsergebnisse jeweils offenlassen, durch die Resultate der anderen Methode ausgeglichen werden.“. Dass es „oft sinnvoll ist, qualitative und quantitative Daten [...] (z.B. Leitfaden-Interview sowie standardisierte Fragebogenerhebung) zu nutzen“ wird auch von DÖRING & BORTZ (2016: 72) angemerkt.

Bei Anwendung der Mixed-Methods-Forschung müssen spezielle Gütekriterien angewendet werden. Dabei erfolgen zwei Schritte. Zunächst muss die Mixed-Methods-Designqualität sicherstellen, dass die qualitativen und quantitativen Teilstudien zu einem Design verknüpft werden. Zudem muss begründet werden, warum das Mixed-Methods-Konzept überhaupt sinnvoll für die Forschung ist und welches Modell verwendet wird. Der zweite Schritt ist die Mixed-Methods-Interpretationsqualität. Hierbei wird in der Auswertungsphase herausgearbeitet, inwieweit die qualitativen und quantitativen Ergebnisse aufeinander bezogen sind und zu einem sinnvollen Gesamtergebnis zusammenwirken (DÖRING & BORTZ 2016: 114–115).

Bei diesem Mixed-Methods-Ansatz wird das sogenannte „Vorstudienmodell“ verwendet, bei dem die beiden Teilstudien direkt aufeinander bezogen werden (DÖRING & BORTZ 2016: 184). Die qualitative Studie dient hierbei als Vorstudie dazu Thesen und Aussagen der Interviewpartner:innen in der quantitativen Studie mithilfe eines standardisierten Fragebogens in einer großen Stichprobe zu überprüfen. Außerdem können die Ergebnisse des qualitativen Teils dazu beitragen, den Fragebogencharakter der quantitativen Studie zu schärfen.

Es wird zunächst die Vorgehensweise der qualitativen Methode, danach die der quantitativen Methode Schritt für Schritt erläutert.

Es wurde sich für das Vorgehen mit dem Mixed Method Ansatz entschieden, da es vor dem Hintergrund der Forschungsfrage und den sogenannten Vorstudienmodell die besten Aussichten auf eine Beantwortung bietet.

3.2 Expert:inneninterviews

Als qualitative Methode des Mixed Methods Ansatzes wurden leitfadengestützte, problemzentrierte Expert:inneninterviews geführt. Werden konkrete Aussagen von Expert:innen über einen Forschungsgegenstand als Ziel erwartet, so ist laut MAYER (2013: 37) „ein Leitfadeninterview der [...] Weg.“. Das Leitfadeninterview stellt einerseits sicher, dass durch den Leitfaden alle für den Forschungsgegenstand wichtigen Aspekte angesprochen

werden, andererseits sorgt der Leitfaden für eine gewisse Vergleichbarkeit der verschiedenen Interviews (Hussy et al., 2013: 224).

Für MATTISSEK et al. (2013: 167) wird das „problemzentrierte Interview [...] zu den Leitfadeninterviews gerechnet“. Das problemzentrierte Interview lässt der interviewten Person Raum für ein offenes Gespräch, der Interviewende lenkt das Interview jedoch immer wieder auf ein Thema oder die Problemstellung zurück (WINKEL et al. 2017: 20). Die Kombination aus problemzentrierten und leitfaden-gestützten Interview ermöglicht eine Interviewführung zu der zugehörigen Problemstellung, wobei während des Interviews die wesentlichen Punkte angesprochen werden können.

3.2.1 Vorbereitung und Konzeption des Leitfadens

Die Auswahl der Interviewpartner:innen erfolgte nach einer Recherche, „welche Personen vor dem Hintergrund einer bestimmten Fragestellung als kompetente/relevante Personen angesehen werden“ (MATTISSEK et al. 2013: 188). Da das Forschungsthema aus verschiedenen Aspekten gebildet wird, wurden Expert:innen aus den jeweiligen Feldern für die Arbeit gewonnen. Dazu gehören Personen aus den Bereichen der digitalen Beteiligung, Migrant:innen-Organisationen, Beteiligungsexpert:innen aus migrantisch geprägten Stadtteilen aus Hamburg, Communityworker und Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung. Aufgrund der Anonymität werden die Namen der Expert:innen nicht genannt.

Vorab wurde für die Interviews ein Leitfaden erstellt. Die Leitfäden behandeln die wichtigsten Fragen und unterscheiden sich nur geringfügig, zum Beispiel wenn Expert:innen in einem Gebiet besonderes Wissen aufweisen können, welches vertiefend abgefragt wird. Außerdem erschließen sich im Gesprächsverlauf weiterführende Fragen, die den Gesamtverlauf des jeweiligen Interviews verändern. Die Fragen an die Expert:innen wurden auf Grundlage der Kapitel über Governance, Beteiligung und Migration und vor dem Hintergrund der Forschungsfrage herausgearbeitet.

Zunächst wurde den Expert:innen eine Einschätzung abverlangt, ob Migrant:innen zu den sogenannten, in Kapitel 2.2.4 erläuterten, schwer erreichbaren Gruppen zählen und weshalb Migrant:innen in die Planung und Entwicklung miteinbezogen werden sollten.

Im nächsten Teil wurden die Barrieren und Anreize der Migrant:innen in der Beteiligung thematisiert. Dabei wurden teilweise konkrete Hürden aus der Literatur, wenn nötig, direkt angesprochen. Im direkten Bezug zu den Barrieren wurden auch die Anreize behandelt, die gesetzt werden sollten, um Migrant:innen zu beteiligen oder zu erreichen.

Im folgenden Schritt sollten die Expert:innen ihre Perspektive darlegen, ob digitale Beteiligungswerkzeuge dazu beitragen können, Migrant:innen vermehrt zu beteiligen, und auch wie konkret solche Tools aussehen könnten. Wenn Expert:innen schon Erfahrung in der Beteiligungsarbeit gesammelt haben, wurden hier zudem die Erfahrungswerte mit digitaler Beteiligung und Migrant:innen abgefragt.

Welche Rolle Organisationen, Netzwerke und Multiplikatoren für die Erreichbarkeit und Beteiligung der Migrant:innen spielen ist ein weiteres Thema im Leitfaden. Wenn die interviewte Person in solch einer Organisation tätig ist oder als Multiplikator fungieren kann, wurden hier vertiefende Fragen gestellt, wie die Verbreitung von Angeboten funktioniert.

Im letzten Schritt wurden die Expert:innen befragt, was Sie für Kriterien bei einer digitalen Umfrage für Migrant:innen empfehlen.

Anhang 1 zeigt beispielhaft einen Leitfaden von einer Mitarbeiterin des Bezirksamts.

3.2.2 Durchführung und Transkription der Interviews

Die Interviews wurden online über Zoom durchgeführt und aufgenommen. Die Aufnahme erfolgte nur wenn die befragten Expert:innen dem ausdrücklich zugestimmt haben. Die Teilnahme an den Interviews war freiwillig.

Die Transkription und Codierung erfolgte mit der Software MAXQDA. „Ziel einer Transkription ist, ein Interview für wissenschaftliche Analysen auf dem Papier dauerhaft verfügbar zu machen“ (MATTISSEK et al. 2013: 192). Hierbei wurde die Variante der „Transkription in normales Schriftdeutsch“ ausgewählt. Es werden Dialekte in Hochdeutsch gewandelt, grammatikalische Fehler korrigiert und der Sprachstil überarbeitet (MATTISSEK et al. 2013: 193).

Für die Auswertung der Transkripte wird ein Kodierungsinterpretatives Verfahren angewendet. MATTISSEK et al. (2013: 201) unterscheiden hierbei zwischen den Techniken des „offenen Kodierens und die des thematischen oder theoretischen Kodierens“. MAYRING & FENZL (2014: 638) dagegen sprechen von der induktiven und deduktiven Kategorienanwendung. Für diese Arbeit wird die Variante des thematischen bzw. deduktiven Kodierens genutzt. Diese Art eignet sich laut MATTISSEK et al. (2013: 202), „am besten für Leitfadeninterviews, bei denen die Themen des Gesprächs ohnehin zu einem großen Teil vorgegeben sind, wodurch die Interviews auch eher vergleichbar sind [...]“.

Zunächst erfolgte in einem Probedurchlauf eines Transkriptes die theorie- bzw. grundlagengeleitete Festlegung der Kategorien. Mithilfe der Kategorien wurde ein Kodierleitfaden erstellt, der in Anhang 2 mithilfe des MAXQDA-Codebuchs einzusehen ist. Dort finden sich zu jeder Kategorie die Definition und ein Ankerbeispiel. Kodierregeln werden

nur angewendet, wenn Abgrenzungsprobleme zu anderen Kategorien bestehen, um klare Zuordnungen zu gewährleisten.

Wenn in dieser Arbeit ein Expert:inneninterview zitiert wird, so folgt der Name des Interviews in der chronologischen Reihenfolge, wie sie durchgeführt wurden, das Jahr und die Position im Transkript.

- Beispiel: Interview 4: 2021: Position 37/I4:2021:37

3.3 Quantitative Umfrage

3.3.1 Vorbereitung und Durchführung

Als Methode der quantitativen Herangehensweise wurde die Umfrageforschung gewählt. Die Methode der Umfrage „sammelt standardisierte Informationen zu einem spezifischen Fragegegenstand [...], indem eine repräsentative Stichprobe der jeweiligen Population befragt [...] wird“ (HUSSY et al. 2013: 157; WELKER 2014: 157). Damit wird versucht ein Meinungsbild einer Stichprobe zu ermitteln. Den Expert:innen wurde sowohl zu inhaltlichen als auch zu formalen Aspekten der Befragung eine Einschätzung abgefragt. Die formalen bzw. technischen Hinweise der Befragten (K.4.14) fließen in die Konzeption mit ein.

Diese Umfrage wurde als Online-Umfrage konzipiert und durchgeführt. Aufgrund der großen Anzahl möglicher Teilnehmer:innen ist eine standardisierte Online-Befragung die am besten geeignete Methode des quantitativen Teils. Unter dem Begriff Online-Befragung oder Online-Umfrage in der Regel wird jedwede Art der „internetbasierten Befragung von Personen“ (WELKER 2014: 152) bezeichnet.

Onlinefragebögen sollten vorab auf ihre usability überprüft werden. DÖRING & BORTZ (2016: 415) machen diesbezüglich einige Vorschläge wie die Nutzung eines Fortschrittsbalkens zur Orientierung oder die maximale Dauer von 10-15 Minuten. Dies hängt auch davon ab, ob jede Frage nacheinander präsentiert wird oder ganze Fragegruppen mit mehreren Inhalten auf einer Seite stehen. Umso länger ein Fragebogen dauert, je höher die Antwortverweigerung, Abbruchquote und sinkende Datenqualität (DÖRING & BORTZ 2016: 414–416; MATTISSEK et al. 2013: 91)

Der größte Kritikpunkt an digitalen Umfragen ist die mangelnde Repräsentativität. Denn auf diesem Weg können nur Menschen teilnehmen, die einen Internetzugang aufweisen. Auch ist die Rücklaufquote häufig geringer als bei mündlichen Befragungen. Dies liegt einerseits daran dass die mündliche Kommunikation entfällt und keine Rückfragen gestellt werden können, des Weiteren reduziert ein „thematisch uninteressant wirkender, schlecht lesbarer, überlanger oder umständlich bedienbarer Online-Fragebogen [...] den Rücklauf“ (DÖRING & BORTZ 2016: 415). Verlosungen oder Aufwandsentschädigungen können die Teilnehmer:innenzahlen

erhöhen, sind aber in dieser Umfrage nicht möglich. Auch lässt sich im Nachhinein nicht prüfen, ob die Umfrage sorgfältig oder mit mehreren Personen ausgefüllt wurde (MATTISSEK et al. 2013: 91).

Als Software wurde mithilfe der Lizenz der Universität Köln „limesurvey“ verwendet.

Mehrsprachigkeit ist ein großes Thema bei der Beteiligung von Migrant:innen. Deshalb sollte die Umfrage in möglichst vielen Sprachen verfügbar sein. Die Auswahl der Sprachen richtet sich nach den Bezugsregionen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Hamburg vom 31.12.2010 (Statistikamt Nord 2021). Demnach bieten sich neben deutsch und englisch noch arabisch, farsi, französisch, italienisch, polnisch, portugiesisch, türkisch, russisch und spanisch an. Mithilfe einer Übersetzungssoftware, sowie Hilfe von Muttersprachler:innen konnte in fast alle dieser Sprachen übersetzt werden. Bis auf Farsi, wo sich keine Übersetzung realisieren ließ.

3.3.2 Verbreitung und Zielgruppe

Bei der Auswahl der Befragungsteilnehmer:innen wurden verschiedene Wege gewählt, um auf die Befragung aufmerksam zu machen. Die Verbreitung folgt dem Schema der „Stichprobenverfahren für spezielle Populationen“ nach DÖRING & BORTZ (2016: 308).

Laut dem statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein haben 36,7 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund in Hamburg. Das sind theoretisch 700.000 potenzielle Teilnehmer:innen der Befragung (Statistikamt Nord 2021). Dabei muss noch differenziert werden, dass nicht alle Zugang zum Internet haben, laut Statista sind zwischen 18-25% der Menschen mit Migrationsgeschichte sogenannte Offliner (Statista 2021). Hinzukommen Kinder und beispielsweise rezent Geflüchtete, die ebenfalls nicht in erster Linie zur Zielgruppe gehören. Die genaue Grundgesamtheit lässt sich somit nicht identifizieren. Bei einem Konfidenzniveau von 95% und einer Fehlerspanne von 5% liegt die notwendige Stichprobengröße bei einer sehr großen Grundgesamtheit (>100.000) bei ungefähr 385 (HÄDER & HÄDER 2014: 289). Bei einer schwer erreichbaren Zielgruppe und vor dem Hintergrund einer Online-Befragung lässt sich eine Fehlerspanne von 10% ebenfalls akzeptieren. Damit läge die notwendige Stichprobengröße bei ca. 100, was damit als Ziel der Untersuchung gilt.

Für die Verbreitung der Umfrage hat sich einerseits der Kooperationspartner, die Stadtwerkstatt, dazu bereit erklärt diese zu verbreiten. Es haben fast alle Interviewpartner:innen angegeben bei der Verbreitung zu helfen und diese generell bzw in ihren Communities zu bewerben.

Außerdem wurde eine Liste erstellt mit Organisationen in Hamburg, die entweder Migrant:innen-Organisationen sind oder einen klaren Bezug zu Migrant:innen oder migrantischen Themen bzw. Orten haben. Diese Liste der kontaktierten Organisationen ist im

Anhang zu finden (Anhang 3). Somit wurden ca 70 Organisationen und Multiplikatoren kontaktiert. Bei Organisationen, die einen klaren sprachlichen Zusammenhang aufweisen (bspw. Türkische Gemeinde in Hamburg e.V. oder deutsch-italienische Gesellschaft e.V.) wurde im Anschreiben direkt auf die Umfrage in der jeweiligen Sprache verwiesen. Da bereits die Zielgruppe in der Literatur als schwer erreichbar charakterisiert wird, spielen die Organisationen und Mutliplikatoren eine wichtige Rolle zur „Rekrutierung und Zusammenstellung der Stichprobe“ (DÖRING & BORTZ 2016: 308).

3.3.3 Konzeption des Fragebogens

Aufgrund der Erkenntnisse aus den Interviews und der Theorie wurde somit ein Fragebogen für die quantitative Umfrage entwickelt. Die Hinweise der Interviewpartner:innen bezüglich der Umfrage sind in Kapitel 4.1 zusammengetragen. Diese fließen in die inhaltliche Konzeption des Fragebogens mit ein.

Im Einleitungstext wird kurz erklärt um welches Thema es sich handelt. Zusätzlich wird auf die Anonymität, die beteiligten Institutionen (Universität Köln und Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg), sowie auf die verfügbaren Sprachen hingewiesen.

Da sich die Umfrage ausschließlich an Migrant:innen und Menschen mit Migrationsgeschichte richtet, wurde zu Beginn eine Frage gestellt, die dieses Kriterium abfragt. Falls „Q0: Sind Sie, Teile ihrer Eltern oder Großeltern nach Deutschland eingewandert oder hierher geflüchtet?“ mit „nein“ beantwortet wurde, wird die Umfrage automatisch beendet, da die Person automatisch nicht mehr zur Zielgruppe gehört. Somit wird ausgeschlossen, dass Menschen ohne Migrationshintergrund an der Umfrage teilnehmen, auch wenn Falschaussagen hier nicht überprüfbar sind.

Zunächst wird abgefragt, ob die Teilnehmenden schon an Beteiligungsangeboten teilgenommen haben, bei denen es um Themen der Stadtentwicklung ging. Falls diese Frage mit „Ja“ beantwortet wurde, öffnete sich die Teilfrage, auf welchem Wege der/die Teilnehmende auf das Angebot aufmerksam wurde (bspw. Per E-Mail, Plakat in der Stadt etc.). Falls diese Frage mit „nein“ beantwortet wurde, wurde abgefragt: „Warum nicht?“. Hier konnten mehrfach Antworten ausgewählt werden, die offen legen sollen, warum der- oder diejenige noch keine Beteiligungsangeboten wahrgenommen hat (bspw. „Ich habe Probleme mit der Sprache“, „Ich kann dazu nichts beitragen“ oder „Ich weiß nicht was dabei auf mich zukommt“).

In der nächsten Fragengruppe wird in Matrix-Form behandelt, ob die Teilnehmenden überhaupt Interesse an Beteiligung (im Stadtteil und in der ganzen Stadt) haben, ob Beteiligung der Bürger:innen wichtig ist oder eher Fachleute sich um die Stadtentwicklung kümmern sollten,

ob die Teilnehmenden sich tendenziell eher von zuhause oder vor Ort beteiligen würden, ob Potential für mehr Beteiligung bei den Teilnehmenden vorhanden ist und es mehr, speziell für Migrant:innen ausgerichtete Angebote der Beteiligung geben sollte. Hier sollen sich die Teilnehmenden von „trifft zu“ über „trifft eher zu“, „weder noch“, „trifft eher nicht zu“ bis „trifft nicht zu“ selbst einschätzen.

Weiterhin werden die Anreize zu digitaler Beteiligung thematisiert. Einerseits wird gefragt, ob die Teilnehmenden eine Beteiligung per App bzw. Smartphone oder per Laptop präferieren würden. Andererseits wurde die Ansprache der Angebote thematisiert und ob die Teilnehmenden sich eher online beteiligen würden, wenn beispielsweise die Angebote in der jeweiligen Sprache vorhanden wären oder die Texte in einfacher, klar verständlicher Sprache formuliert würden.

Die Medien der Erreichbarkeit ist die nächste Fragengruppe. Hier sollen die Teilnehmenden angeben, auf welchem Weg sie am besten über die Beteiligungsmöglichkeiten informieren kann. Diese Frage deckt sich in Teilen mit Frage Q111, jedoch muss nicht zwangsläufig der präferierte Weg der Erreichbarkeit der gleiche sein, mit dem bisher das oder ein Beteiligungsangebot wahrgenommen wurde.

Ob die mögliche Verbreitung der Beteiligungsangebote über soziale Netzwerke oder soziale Medien Potentiale hat, wird gefragt welche dieser Medien die Teilnehmenden mindestens einmal pro Woche nutzen.

Die nächste Frage behandelt den regelmäßigen Besuch von sozialen Einrichtungen in der Umgebung wie Vereine, Religiöse Einrichtungen, Nachbarschaftstreff etc. Hierbei soll herausgefunden werden, ob und in welchem Maße die Teilnehmenden solche Einrichtungen aufsuchen, um gegebenenfalls diese Einrichtungen im Falle eines Beteiligungsangebots zu kontaktieren. Solche Einrichtungen können als Multiplikatoren fungieren und ihre Besucher:innen oder Mitglieder:innen informieren.

Abschließend werden sozio-demographische Angaben abgefragt. Dazu gehören Geschlecht, Spanne des Geburtsjahrs, seit wann der oder die Teilnehmer:in in Deutschland wohnt, die Muttersprache und auf welchem Gerät die Umfrage durchgeführt wurde. Bei der Muttersprache lässt sich herauslesen, ob diese Person in Deutschland wohlmöglich geboren ist und mit Deutsch als Muttersprache bereits aufgewachsen ist.

Abschließend wird auf die Kontaktmöglichkeiten hingewiesen und sich für die Teilnahme bedankt.

3.3.4 Pre-Test

In Zusammenarbeit mit der Stadtwerkstatt wurde der Fragebogen von mehreren Mitarbeiter:innen hinsichtlich Aufbau, Fragen, Fragentypen, Antwortmöglichkeiten getestet. Die Testphase lief vom 6-17.9.2021. Zunächst wurden die Fragenblöcke und Antwortmöglichkeiten unabhängig von der Software geprüft. Nach diversen Rücksprachen, Korrekturen, Anmerkungen und Kommentaren wurde die Umfrage in der Software Limesurvey auch nach technischen Punkten getestet. Am 20.09.2021 wurde die Umfrage auf öffentlich und aktiv geschaltet. Die Bearbeitungszeit wurde auf ca. 10 Minuten festgelegt. Sie wurde zunächst für 3 Wochen angesetzt.

Die Umfrage befindet sich in Screenshots im Anhang. Es finden sich in der Online-Umfrage 8 Fragengruppen mit insgesamt 15 Fragen.

3.3.5 Gütekriterien

Bei einer quantitativen Untersuchung gibt es Gütekriterien, die die Qualität der Untersuchung sicherstellen. Es gibt drei Gütekriterien: „*Objektivität* der Messung, deren *Reliabilität* und *Validität* der gewonnen Daten“ (HÄDER 2015: 103; KREBS & MENOLD 2014).

Objektivität ist gegeben, „wenn verschiedene Personen bei einer Untersuchung dieselben Ergebnisse erzielen“ (HÄDER 2015: 104). KREBS & MENOLD (2014: 426–427) unterteilen die Objektivität in Interpretations-, Durchführungs- und Auswertungsobjektivität. Aufgrund der subjektiven Interpretation der Ergebnisse kann es Interpretationsobjektivität in diesem Zusammenhang nicht geben. Die Durchführungsobjektivität ist in der Regel durch die Standardisierung der Fragebögen gegeben. Die Auswertungsobjektivität ist mit einer sorgfältigen Dokumentation des methodischen Vorgehens sichergestellt.

Unter *Reliabilität* wird die Zuverlässigkeit der Messergebnisse, bzw. das „Maß für die Reproduzierbarkeit der Messergebnisse“ verstanden (HÄDER 2015: 104). Das bedeutet, dass bei wiederholender Messungen der Studie zu den gleichen Ergebnissen oder Werten führen. Aufgrund der einmaligen, standardisierten und klar verständlichen Fragen und Antworten wird die Reliabilität in dieser Arbeit nicht mit den klassischen Test-Verfahren (Paralleltest, Retest) überprüft. Da zudem der Fragebogen unter anderen auf Grundlage der Interviews erstellt und mit Mitarbeitern der Stadtwerkstatt hinreichend geprüft wurde, ist mit einer zuverlässigen Erhebung zu rechnen.

Die *Validität* ist das dritte Gütekriterium. Sie wird auch als „inhaltliche Funktionstüchtigkeit oder als Gültigkeit bezeichnet“ (HÄDER 2015: 109). Mit der Validität lässt sich zeigen, ob das Messinstrument oder die Methode für die Untersuchung geeignet ist und wirklich das „misst,

das gemessen werden soll“ (KREBS & MENOLD 2014: 430). Ob das gemessen wurde, was gemessen werden soll, wird in der Betrachtung der Ergebnisse der Befragung näher betrachtet.

3.3.6 Auswertung der Umfrage

Die Umfrage wurde aus Limesurvey als Excel und SPSS Datei exportiert. Die Analyse der Daten fand größtenteils mit SPSS statt. Die Datenbereinigung, Berechnung der Häufigkeiten und Analyse mit Kreuztabellen, sowie Chi²-tests wurden mit SPSS durchgeführt. Die Darstellung und Visualisierung dagegen wurden mit Excel bearbeitet.

4 Ergebnisdarstellung & Analyse

Im ersten Teil werden die Interviews analysiert. Im zweiten Teil erfolgt die Darstellung der Ergebnisse aus der Umfrage. Diese beiden Teile werden in einem abschließenden Kapitel zusammengeführt.

4.1 Interviews

Die Aussagen der Interviewpartner:innen erfolgt in der Reihenfolge des zweiten Kapitels. Zunächst werden die Aussagen zu den Punkten der partizipativen bzw. Urban Governance gegenübergestellt und verglichen.

4.1.1 Governance

Als erstes werden Aussagen zu den 3 Analyse-Ebenen von Schmidt (Kapitel 2.1.5) zu partizipativer Governance diskutiert. Die erste Ebene ist die Erweiterung demokratischer Mitbestimmung bzw. die Erhöhung der demokratischen Legitimität durch eine breite Beteiligung. Hierbei kommt in den Interviews vor allem zur Sprache, dass der Anspruch und die Notwendigkeit an eine umfassende Beteiligung besteht (I1:2021:7, I6:2021:8). Für die Stadt, das Quartier und die Gesellschaft allgemein werden alle Stimmen benötigt, jeder muss mitgenommen und einbezogen werden (I1:2021:7, I4:2012:49, I6:2021:8). Die Beteiligung von Migrant:innen wird als alternativlos und als „existenzielles Grundprinzip“ (I7:2021:22) bezeichnet.

Von einer Expertin wird kritisch angemerkt, dass die Beteiligung von Migrant:innen zwar gewollt ist, „wenn die Meinung gerade abgerufen werden soll, aber wenn es um Entscheidungen geht, ist das nicht unbedingt gewünscht“ (I5:2021:20). Außerdem kritisiert sie, dass die Entscheidungen, die allen zugutekommen sollen „meistens der Mehrheitsgesellschaft“ zugutekommen (I5:2021:20). Nichtsdestotrotz sind die Expert:innen generell einer Meinung, was die Erweiterung demokratischer Mitbestimmung auf migrantische Bürger:innen angeht.

Die zweite Ebene ist die politische Problemlösungsfähigkeit. Dass die Beteiligung von Migrant:innen zur Lösung von Problemen beitragen kann, wird von mehreren Expert:innen betont. Es gilt, die Positionen der Migrant:innen zu erfahren, um herauszufinden, wo es hakt und was getan werden kann. Denn die Maßnahmen werden in der Regel für die Menschen vor Ort gemacht, deren Alltag betroffen ist. Migrant:innen „können sehr viel bewegen, gesellschaftlich, aber auch im sozialen Bereich (I7:2021:6). Auch wird von einem Experten betont, dass die Projekte und Maßnahmen, die in der Stadt(teil)entwicklung durchgeführt werden, langfristig und nachhaltig erfolgreich sind, wenn diese von der „Bevölkerung vor Ort unterstützt werden“ (I8:2021:6). Die Expert:innen sind sich grundsätzlich einig, dass durch die verstärkte Einbindung der Migrant:innen vor Ort die Probleme zunächst mal besser erkannt werden können. Daraufhin lässt sich eine bedarfsgerechtere Planung durchführen und die Problemlösungsfähigkeit steigt(I2:2021:49).

Die dritte Ebene ist Beteiligung als Mittel der gesellschaftlichen Integration, welche beim Thema der Migration besonders wichtig ist. Laut den Expert:innen kann Beteiligung als Mittel der gesellschaftlichen Integration fungieren. Denn nicht nur die Stadt, die die Beteiligung initiiert kann daraus Vorteile ziehen, auch die Migrant:innen können davon profitieren, wenn sie ihr eigenes Lebensumfeld mitgestalten können (I8:2021:6). Eine andere Expertin betont die Rolle von multikulturellen Einrichtungen, wo mit Aktivitäten und kleinen Formaten, die Leute „in den Alltagsproblemen unterstützt“ werden und dadurch Beteiligung ermöglicht wird(I6:2021:22). Des Weiteren werden die Chancen erwähnt, die Migrant:innen bei Beteiligungsangeboten erhalten, um Kontakte zu knüpfen und ihre Deutschkenntnisse zu verbessern (I3:2021:24, I5:2021:20). Eine Expertin kritisiert die mangelnde Integration der Migrant:innen bei Einrichtungen wie Stadtteilgremien, wo Migrant:innen es schwer haben an die Plätze in den Gremien zu kommen (I:5:2021:20).

In Bezug auf Kapitel 2.1.4 und 2.3.4.1 sind die Aussagen zu den Migrant:innennetzwerken bzw. Migrant:innenorganisationen hervorzuheben. Für viele Expert:innen spielen die Netzwerke und Organisationen eine wichtige Rolle für die Erreichbarkeit und die Beteiligung von Migrant:innen. Die Organisationen und Einrichtungen sind für viele Migrant:innen die „nächste Vertrauensstür“ (I7:2021:20) und die „Vertrauenslage schon mal eine bessere“ (I4:2021:9), wenn Informationen über die Organisationen kommen, als von einer Behörde oder ähnlichem. Gerade für Menschen muslimischen Glaubens bilden dabei die Gemeinden eine wichtige Adresse betont ein Experte: „Dass wir als Muslime als Gemeinden viel mehr erreichen, also diese Menschen mit Migrationshintergrund erreichen, als wenn jetzt der Gesundheitsminister

was von sich gibt“ (I7:2021:20). Aber nicht nur über religiöse Einrichtungen bilden die Migrant:innen Netzwerke. Es bilden sich Migrant:innenselbstorganisationen in jedem Bereich der Gesellschaft. Zum Beispiel im ökonomischen Bereich, wo sich „migrantisch geprägte Einzelhandelsstrukturen“ in Billstedt gebildet haben (I6:2021:30). Ein weiterer Experte spricht aus Erfahrung, dass bei herkömmlicher bzw. analoger Beteiligung bereits im Vorfeld teilweise Netzwerkanalysen gemacht werden, um zu identifizieren, „über welche zivilgesellschaftlichen Einrichtungen man welche Gruppen besser erreicht“ (I2:2012:14).

4.1.2 Partizipation von Migrant:innen

Für das zweite Kapitel sind mehrere Kategorien von Bedeutung. Diese werden in Überkategorien zusammengefasst. Die Überkategorien sind folgende: Hürden und Barrieren der Beteiligung Wege der Erreichbarkeit, Digitale Beteiligung von Migrant:innen, und Anreize, sowie lokale Gegebenheiten und das DIPAS.

Zu den Hürden und Barrieren von Migrant:innen in der Beteiligung gibt es eine Menge verschiedener Ursachen und Aussagen von den Expert:innen. Wenn nach den Hürden gefragt wurde, haben einige Expert:innen zunächst versucht, Ursachen für die geringe Beteiligung von Migrant:innen zu finden. Hierbei finden sich eine Menge Gründe, die in der folgenden Auflistung dargestellt werden (I1-I8):

- Fehlende Kenntnisse zum Lesen von Plänen, Karten etc.
- Zeitmangel/Andere Probleme, die wichtiger sind
- Fehlende Kenntnisse sich angemessen zu artikulieren
- Aktuelle Beirats- und Versammlungsstrukturen
- Gesundheitsprobleme
- „Ist mir egal-Mentalität“
- Anderer Kommunikationsstandard in den Herkunftsländern
- Zu hohe Erwartungshaltung von Migrant:innen sich zu engagieren
- Fehlende Informationen

Bei den Ursachen wird allerdings auch von mehreren Expert:innen betont, dass viele dieser Ursachen nicht nur Probleme von Migrant:innen sind, sondern auch die von Teilen der Mehrheitsgesellschaft.

Die Sprachbarriere wird von allen Expert:innen thematisiert. Grundsätzlich sind sich alle Expert:innen einig, dass die Sprache häufig und generell eine Hürde darstellt, damit sich Migrant:innen mehr beteiligen. Zwei Expert:innen berichteten jedoch davon, dass

unterschiedliche Erfahrungen gemacht wurden (I1:2021:31, I8:2021:10). Eine sagte, bei einer mehrsprachigen Umfrage sind die Teilnehmenden „richtig sauer“ geworden und merkten an: „was soll denn das, wir leben hier, wir können das auf Deutsch machen“ (I1:2021:31). Mehrere Expert:innen differenzieren zwischen den verschiedenen Generationen und den Deutschkenntnissen. Für die Menschen mit Migrationshintergrund, die in zweiter, dritter oder sogar schon vierter Generation in Deutschland leben, ist deutsch die Muttersprache. Deshalb sind Sprachbarrieren vor allem bei älteren Generationen, sowie bei rezent nach Deutschland gekommenen Migrant:innen eine Barriere. Eine Expertin fasst treffend zusammen: „Also Migranten, die erreicht werden und deutsch können, sind nicht das Problem. Sondern wir sprechen von denen, die nicht erreicht werden und da ist das meistens das Problem, dass sie eben vielleicht der Sprache nicht gewachsen sind oder dem nicht nachfolgen können.“ (I5:2021:18). Auch wird angemerkt, dass Migrant:innen zwar deutsch verstehen, die Informationen jedoch in einer schwierigen deutschen Sprache verfasst werden. Die nur grundlegenden Deutschkenntnisse würden nicht ausreichen, die Informationen zu der Beteiligung zu verstehen und zu nutzen. Hierbei sollte laut mehrerer Expert:innen klar gemacht werden, was Bürger:innenbeteiligung überhaupt ist und wie und mit welcher Sprache Migrant:innen eingeladen werden. Diese Punkte werden bei den Anreizen dargestellt.

Eine weitere Hürde sind die Ansprache bzw. die Art und Weise der Informationen, die angeboten werden. Während manche Expert:innen behaupten, Migrant:innen fühlen sich insgesamt beim Thema Partizipation und im speziellen der Stadtentwicklung nicht gemeint und angesprochen (I2:2021:8, I4:2012:5), behaupten andere, Migrant:innen fühlen sich sehr wohl angesprochen (I7:2021:16, I3:2021:24). Ein Aspekt bezüglich der Ansprache ist die Planungshöhe des jeweiligen Verfahrens. Das Projekt läuft auf einer bestimmten Ebene, die für Migrant:innen zu abstrakt sein kann. Außerdem: Die Informationen zur Beteiligung oder die Beteiligung für ein Projekt „sickert [...] nicht bis zum Rest der Bevölkerung, also den Migrantinnen und Migranten durch.“ (I7:2021:16).

Zwei Expert:innen werten den Zugang zu digitalen Geräten als Hürde für digitale Beteiligung. Ein Experte spricht dabei sogar von „Hauptproblem Nummer 1: Ich habe gar nicht die technologische Infrastruktur, um sowas wahrzunehmen“ (I2:2021:10). Auf der anderen Seite sagen zwei andere Expert:innen, dass mittlerweile eigentlich jeder ein Handy in der Tasche habe und solche Dinge auch am ehesten mit dem Smartphone bearbeitet werden (I8.2021:24, I7:2021:24). Eine andere Meinung dazu ist, dass Migrant:innen zwar regelmäßig digitale Geräte nutzen, um beispielsweise per Skype mit Angehörigen in Kontakt zu bleiben, darüber hinaus aber Sachen wie Umfragen was anderes sei und nicht so gut funktioniert. (I1:2021:9)

Die Hürde der politischen Anerkennung der Migrant:innen ist ein sehr weit gefasster Begriff, den ein Experte explizit und oft anspricht, zudem viele Aussagen von anderen Expert:innen passen. Dabei geht es um die Anerkennung von Migrant:innen in beispielsweise Beiratsstrukturen, Bezirksversammlungen, Beteiligungsgremien und Probleme mit der Bürokratie. Häufig sind die eben genannten Organisationen keine Orte, an denen Migrant:innen „sich angemessen artikulieren können und mit ihren Anliegen ernst genommen werden“ (I2:2021:8). Es wird kritisiert, dass in diesen Gremien und Strukturen häufig dominiert werden von denselben „aktiven, meist mehrheitsgesellschaftlichen“ (I5:2021:20) oder „einer älteren Generation mit klassische deutschen Lebensläufen“ (I6:2021:26). Diese müssen den Zugang weiter öffnen. Auch geht es dann wieder um Zugehörigkeits- und Akzeptanzgefühle, die im Absatz zu der Ansprache bereits erwähnt wurden.

Bei der Erreichbarkeit der Migrant:innen wurden mehrere Kategorien verwendet, um die verschiedenen Wege oder Medien darzustellen. Nur eine Expertin spricht davon, dass das Telefon noch eine Rolle spielt, ansonsten kommt das Medium nicht zur Sprache (I5:2021:16). Bei Flyern und Plakaten ergibt sich ein gemischtes Bild. Für Experte 1 (I1:2021:15) sind „Flyer, Plakate etc. [...] überhaupt nicht das geeignete Medium. Für Experte 7 (I7:2021:20) dagegen kann mit Flyern ein Effekt eintreten: „Man sieht irgendeinen Flyer und schmeißt den weg.[...]sieht man das noch mal, weiß man das. Es ist ein Wiederholungsprozess.“. Auch die lokale Zeitung spielt nur bei einer Expertin noch eine Rolle: „Im Wochenblatt, das darf man glaub ich auch nicht unterschätzen, wird Werbung lokal geschaltet“(I6:2021:14).

Für die Hälfte der Interviewten spielt der persönliche Kontakt und die direkte Ansprache eine ganz gewichtige Rolle bei der Erreichbarkeit der Migrant:innen, wie Expertin 1 (I1:2021:9): „wenn wir versuchen Migrantinnen und Migranten gezielt anzusprechen, dass das unbedingt über persönliche Ansprache notwendig ist“ oder Expertin 4 (I4:2021:13) betonen: „Also ich glaube persönlicher Kontakt ist immer sehr sehr gut“. Auch fallen hierbei häufiger Wörter wie direkte, gezielte Ansprache und der persönliche Kontakt vor Ort (I1, I3, I4, I6, 2021).

Veranstaltungen vor Ort, wenn es um Stadtteilentwicklungen geht, sehen auch einige Expert:innen als gute Möglichkeit Migrant:innen zu erreichen, wie Expertin 6 beispielhaft beurteilt: „Aber da ist einmal der Punkt über Kulturprojekte die Leute ranzuholen. Und das funktioniert eigentlich ganz gut.“ (I6:2021:24). Auch wird betont, dass man vorhandene Einrichtungen, Aktivitäten oder regelmäßige Veranstaltungen vor Ort nutzen kann, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen: „Und wenn man sie an den Elternschulen direkt anspricht und dort eine Veranstaltung/eine Diskussionsrunde oder ein Café o.ä. organisiert, kann man

alles gut besprechen wie Themen über Stadtteilentwicklung (I1:2021:9). Für eine weitere Expertin ist es allerdings wichtig, hier zu differenzieren, wen man mit solchen Veranstaltungen anspricht: „Da denkt man dann einfach man macht ein Elterncafé und dann kommen sie alle. Nein. Also Afrikaner trinken keinen Kaffee. Kaffee ist nicht das Ding für bestimmte Gruppen.“ (I5:2021:32).

In Bezug auf digitale Medien bei der Erreichbarkeit von Migrant:innen ergibt sich ein gespaltenes Bild. Es werden Newsletter-Verteiler genutzt von Seiten der Stadt. Auch wenn ein Experte diesbezüglich berichtet, dass es das „System E-Mail“ in seiner Heimat nicht gab (I3:2021:10). Von daher bleibt es zumindest in bestimmten Communities fragwürdig, ob damit die Menschen erreicht werden. Einig sind sich die meisten Interviewten, dass das Smartphone eine große Rolle spielt und mehr spielen wird. „Wir glauben die Erreichbarkeit ist über das Handy am besten, Smartphones haben eben doch die meisten“ (I4:2021:21), „Es gibt kleine Organisationen, die kann man nur über WhatsApp erreichen“ (I3:2021:10). Es wird auch differenziert zwischen den Generationen der Migrant:innen, Jüngere seien demnach deutlich besser über das Smartphone zu erreichen als ältere (I7:2021:10, I3:2021:22). Auch soziale Netzwerke wie Facebook oder Instagram werden genannt, um die Erreichbarkeit zu erhöhen. Ein wichtigen Punkt bei der Erreichbarkeit spielen die Multiplikatoren, migrantische Einrichtungen und Migrant:innenorganisationen. Auf die Frage, welche Rolle diese Multiplikatoren spielen, antworteten fast alle Expert:innen mit eindeutigen Aussagen wie: „ja ganz ganz wichtig „(I8:2021:20) oder „Eine sehr,sehr große Rolle“ (I7:2021:22). Vertrauenspersonen, Ansprechpartner aus Moscheen oder Vereinigungen vorab aufzusuchen ist laut den Expert:innen ein, wenn nicht sogar der, erfolgversprechendste Weg die Migrant:innen zu erreichen. Wenn diese Personen die Angebote der Beteiligung in die Communities hineintragen und vermitteln, bestehen gute Chancen, dass mehr Migrant:innen die Angebote wahrnehmen.

Auf die Frage, ob digitale Tools sich überhaupt eignen, Migrantinnen und Migranten zu erreichen und zu beteiligen sind die Interviewten unterschiedlicher Meinung. Während zwei Expert:innen der These nicht zustimmen (I6:2021:14) bzw. „digitale Beteiligung“ als „schwierig“ (I1:2021:9) bezeichnen, beurteilen drei Expert:innen die mögliche Nutzung von digitalen Tools positiver. Sie wird als „zeitgemäß“ und „grundsätzlich“ (I8:2021:16) bzw. „pauschal“ mit „Ja“ beantwortet (I5:2021:14). Digitale Beteiligung sei bei Migrant:innen eine Chance, da jeder ein Smartphone in der Tasche hat, vor allem bestehen Potentiale bei Jugendlichen. Wenn Migrant:innen die digitale Kenntnisse fehlen, sich zu beteiligen, können eventuell Migrant:innenorganisationen mit dem vorhandenen Wissen eine „hervorragende

Brückenfunktion sein, für diejenigen, die noch kein Gerät haben oder nicht wissen, wie man damit umgeht“ (I2:2021:22). Auch kann die digitale Beteiligung eine Chance für Migrant:innen sein, die sich nicht trauen oder nicht wissen, wie sich korrekt artikuliert wird: „Und dann kann man Interessierte dazu aufrufen ihre Meinung dazuzugeben, aber nicht notwendigerweise in der Form, dass sie dort auftauchen müssen und dann jedem zeigen müssen, dass sie die deutsche Sprache nicht beherrschen. Sondern in deiner Form, meistens digital oder vorformulierte Möglichkeiten. Manchmal weiß man ja gar nicht wie man sich ausdrücken oder sich beteiligen soll. (I5:2021:20). Vor allem für Frauen kann die digitale Beteiligung laut Experte 2 Möglichkeiten bieten, sich frei zu äußern: „[...] dass sie sich tatsächlich eher im geschützten Raum bereit sind sich zu artikulieren. Und so gesehen kann natürlich eine Internet-beteiligung ein geschützter Raum sein.“ (I2:2021:12).

Welche Anreize müssen für Migrant:innen gesetzt werden, damit Sie sich mehr beteiligen? Dafür wurden die Kategorien Ansprache, Sprachliche Anreize und Differenzierung erstellt. In Bezug auf die Ansprache, also mit welchen Mitteln oder Strategien die Menschen in migrantisch geprägten Vierteln angesprochen werden, um sich zu beteiligen gibt es laut den Interviewten ein paar Ansätze. Es ist die Rede von niedrighwelligen Angeboten und Einladungen, die Bilder freisetzen. Es wird auch angemerkt, dass Migrant:innen häufig nicht wissen, „was stadentwicklungsmäßig überhaupt passieren soll“(I5:2021:20). Es müsse klarer gemacht werden, was passiert und was Bürger:innenbeteiligung ist und bedeutet. Auch die beiden Hürden bereits angesprochene abstrakte Planungsebene ist bei der Ansprache wichtig. Es müssen „[...] die Menschen in ihrer direkten Lebensumwelt und Lebenswelt“ abholen (I2:2021:26). Denn „die Erfahrung zeigt, je konkreter und je unmittelbarer der einzige betroffen ist, desto eher ist er bereit sich zu engagieren“ (I8:2021:8). Also je größer das Planungsgebiet oder die Maßnahme ist, desto schwieriger sei es, die Leute zu beteiligen.

Mehrsprachige Anreize sollen die angesprochenen sprachlichen Hürden reduzieren oder sogar ganz verhindern. Mehrsprachige Informationen zu Beteiligung seien „Mit Sicherheit [...]förderlich“ (I2:2021:12) und vor allem für Veranstaltungen sind „mehrsprachige Einladungen [...] grundsätzlich gut“ (I8:2021:12). Häufig fehlen allerdings die Kapazitäten, denn jede Übersetzung ist ein Mehraufwand für die Behörden in personeller oder finanzieller Hinsicht (I8:2021:12). Auch, dass jede:r Migrant:in das in der eigenen Herkunfts- oder Muttersprache haben soll, bzw. die er oder sie am besten versteht, wird als unrealistisch eingeordnet (I3:2021:14, I5:2021:18). In Bezug auf die sprachlichen Anreize wird nicht nur die Mehrsprachigkeit angesprochen, sondern auch mehr einfache Sprache gefordert. Eine Expertin

spricht aus eigener Erfahrung in der Familie: „[...] meine Mutter, die zwar auch deutsch kann und versteht, aber wenn sie es richtig verstehen soll oder möchte, vielen Themen nicht so folgen kann. Weil wir meistens Informationen auch nicht auf einer einfachen Sprache ausdrücken, sondern immer Standard-/Ordnungsgemäßen-/Behördensprache.“ (I5:2021:18). Man sollte außerdem „immer bedenken, deutsch ist nicht Erstsprache“ (I4:2021:7) und Informationen in einfachen, kurzen Sätzen formulieren.

Die dritte Kategorie bei den Anreizen ist der Begriff Differenzierung. Hierbei geht es darum, dass die Migrant:innen in ihrer Heterogenität differenziert werden müssen. Es muss vorab analysiert werden, wer überhaupt von der Maßnahme oder der möglichen Beteiligung betroffen sein könnte und welche dementsprechenden Anreize oder Angebote gesetzt werden müssen. Es werden drei verschiedene Differenzierungen von den Interviewten genannt. Es handle sich nämlich um „ein wahnsinniges Spektrum“ (I6:2021:22). Erstens: die verschiedenen Generationen. Es sei häufig eine „Rückkopplung der Generationenfrage“ (I6:2021:6), bei der stark differenziert werden muss, wer angesprochen werden soll.

Zweitens die unterschiedlichen ethnischen oder linguistischen Gruppen, da „Jede Community eigene Hürden mit sich bringt [...]“ (I5:2021:12). Dabei hat jede Gruppe oder Community unterschiedliche Lebenswelten: „Die Roma und Sinti haben z.B. eine ganz klare Art zu agieren, genau so wie die afrikanische, türkische, polnische oder russische auch. Man muss das ein bisschen verstehen“ (I5:2021:32).

Drittens die Dauer der Anwesenheit in Deutschland. Rezent Geflüchtete haben andere Ansprüche oder Probleme als Menschen, die vor mehreren Jahrzehnten nach Deutschland kamen. Demnach müssen auch die Anreize oder Ansprachen differenziert werden: „Zum Beispiel Migranten aus Ghana, die seit 40 Jahren hier sind und wo die dritte Generation hier langsam in den Gymnasien sitzt. Das sind Leute, die anders anzusprechen sind als Leute die 2 oder 3 Jahre hier sind. Das muss man alles beachten.“ (I4:2021:7)

Die Differenzierung der verschiedenen Gruppen und Generationen der Migrant:innen wird von den Expert:innen fast einheitlich als wichtigsten Punkt bei der Beteiligung von Migrant:innen genannt. Vorher muss geschaut werden, wer erreicht werden soll und dementsprechend eine bedarfs- und Zielgruppengerechte Ansprache und Informationskampagne gewählt werden.

Zwei weitere Kategorien, die zur Beteiligung gehören sind einerseits digitale Partizipationssystem (DIPAS) und lokale Gegebenheiten. Den Expert:innen, die DIPAS bereits kennen, bewerteten die Möglichkeiten sehr positiv: „[...]für mich ist das ein ideales

Medium[...]“(I2:2021:19). Vor allem die Kombination mit dem Touchtable wird hervorgehoben: „Ich kenne aber auch den schönen Tisch, den Kartentisch, den man sozusagen quasi davorstehend direkt steuern kann und wo man auch Dinge hinterlassen kann.“ (I2:2021:18).

Die Kategorie der lokalen Gegebenheiten wird angewendet, wenn Expert:innen von expliziten Problemen oder Erfahrungen aus ihrem Stadtteil oder Tätigkeitsbereich berichten. Zufällig sind drei Expert:innen im weitesten Sinne in Billstedt-Horn tätig. Billstedt und Horn sind Stadtteile mit hohen migrantischen Anteilen, 2015/2016 mit 50% Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Bei den unter-18-Jährigen sind es sogar über 70% (Statistikamt Nord 2021: 6). Im RISE-Entwicklungsraum Billstedt-Horn ist laut zwei Expert:innen die Beteiligung der Menschen und Migrant:innen „eine besondere Herausforderung“ (I8:2021:8), weil einerseits der Entwicklungsraum sehr groß und die Maßnahmen häufig abstrakt sind, andererseits weil „schon sehr viele überhaupt gar nicht interessiert sind, was um sie herum passiert.“ (I1:2021:21). Das hat zur Folge, dass in Beiratsstrukturen (I6:2021:6), sowie „in den letzten Jahren [...] überwiegend Mitarbeiter aus den Stadtteileinrichtungen selber und nicht die „normalen“ Bewohnerinnen und Bewohner“ bei der aktuellen Stadtteilentwicklung sich beteiligt haben (I1:2021:21).

4.1.3 Migrant:innen

Für das Kapitel 3 über Migration werden die Aussagen in den Kategorien zu den Migrant:innen als schwer erreichbare Gruppe, migrantischen Milieus bzw den Zielgruppen bei den Migrant:innen und behandelt.

Zunächst wurde jeder interviewten Person die Frage gestellt, ob Migrant:innen zu den sogenannten schwer erreichbaren Gruppen zählen würden (Siehe kapitel 2.2.4). Die meisten (5 von 8) Interviewten stimmen der Frage grundsätzlich bis entschieden zu („Ich würde dem absolut zustimmen“ (I4:2021:3), „Ja. Auf jeden Fall.“ (I1:2021:5). Zwei Befragte gaben an, dass dies eine komplexe Frage sei, die „nicht einfach so mit „ja“ und „nein“ zu beantworten“ ist (I5:2021:8). Nur ein Experte beantwortete die Frage mit einem klaren nein (I3:2021:3). Auffällig hierbei ist, dass die drei Expert:innen, die auf die Frage „nein“ oder „jein“ (I7:2021:4) erwiderten, selbst einen Migrationshintergrund aufweisen. Dies zeugt von einem anderen Bild, dass die Menschen mit Migrationshintergrund von ihren Communities haben, als die Menschen ohne Migrationshintergrund in diesen Interviews. Ein Experte erläutert: „[...] dass es nicht leicht ist und immer wieder herausfordernd migrantische Bevölkerung zu gewinnen sich zu engagieren [...]“ (I8:2021:4). Nichtsdestotrotz wird der Beteiligungswille mittlerweile als „sehr groß“ bezeichnet, was sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte geändert hat (I7:2021:4). In

der Studie des VHW zu Meinungen, Migranten, Milieus gaben wie erwähnt 60% der Befragten an, dass es wichtig sei in die Entwicklung des eigenen Wohnumfeldes miteinbezogen zu werden (vhw:2018:44), dies bestätigte eine Expertin in dem Zusammenhang: „Meine Erfahrung ist, [...] dass die schon Interesse haben an dem Wohnumfeld indem sie leben und auch was sich dort entwickelt“ (I1:2021:21).

In Bezug auf die migrantischen Milieus, die laut dem VHW die große Gruppe der Migrant:innen differenziert und detailliert beschreiben, gibt es Überschneidungen zur der Kategorie der Differenzierungen bei den Anreizen. Es geht bei den Milieus der Migrant:innen ebenfalls darum, welche Gruppen oder Milieus bereits erreicht werden können und welche in Zukunft erreichbar sind: „und wir reden ja von dem Teil, die nicht erreicht werden und nicht die die erreicht werden. Also Migranten, die erreicht werden und deutsch können, sind nicht das Problem (I5:2021:18). Es ist bei bestimmten Milieus schwieriger sie zu erreichen (I6:2021:6), das sind vor allem die älteren, religiösen, das ältere Arbeitermilieu, sowie das prekäre und konsum-hedonistische Milieu (I2:2021:8, siehe auch Kapitel 2.3.1). Also auch hier gilt es vorab zu identifizieren, welche Gruppen und Milieus vor Ort wohnen und wie sie zu erreichen sind.

4.1.4 Umfrage

Es wurden alle Expert:innen befragt, welche Ansätze für den quantitativen Teil der Arbeit hilfreich sein können.

Beim Thema Mehrsprachigkeit der Umfrage sind sich die Expert:innen größtenteils einig, dass das hilfreich sein kann und schlugen bereits Sprachen vor, die sich anbieten würden:

„Die türkischen Communities sind ja doch recht groß. Vielleicht noch englisch...“ (I6:2021:36)

„Ich glaube, es ist schon gut, wenn man konkrete Fragestellungen entwickelt, die dann schon auch mehrsprachig sind.“(I1:2021:31)

„Mehrsprachig auf jeden Fall.[...] Also arabisch, persisch, englisch, französisch, ich glaube portugiesisch [...]“ (I3:2021:26)

„Es könnte auf jeden Fall helfen.“ (I5:2021:32)

Des Weiteren wird angemerkt, dass in dem Zusammenhang eine kürzere Umfrage sinnvoll erscheint:

„Es ist grundsätzlich so, dass je länger so ein Fragebogen ist, desto schneller ist man genervt und schaltet ab.“ (I2:2021:16)

„Ja wie gesagt, nicht lang, nicht kompliziert“(I3:2021:26).

Eine Expertin merkt an, dass bei bestimmten Zielgruppen, die Umfrage in Papierform mehr Resonanz finden würde als digital: „Das müssten sie wahrscheinlich sogar in Papierform rausschießen.“ (I6:2021:36). Ein anderer empfiehlt jedoch, es digital zu machen, denn „Flyer oder ähnliches, die landen schnell im Mülleimer. [...] Man bearbeitet das eher auf dem Smartphone, Laptop, iPad“ (I7:2021:24).

Weitere nennenswerte Hinweise sind direkte und konkrete Fragestellungen, einfaches Deutsch, klarzumachen, worum es geht, eine gute Ansprache finden, wenn möglich sogar Fotos oder Abbildungen (I1-I8:2021).

4.1.5 Hypothesen aus den Interviews

In diesem Abschnitt sollen kurz die Hypothesen von den Expert:innen vor dem Hintergrund der Forschungsfrage vorgestellt werden, die mithilfe des standardisierten Fragebogens überprüft werden. Die Hypothesen werden in 3 Blöcke eingeteilt. Allgemein, die Barrieren und die Anreize der Migrant:innen in der Beteiligung in der Stadtentwicklung.

1. Allgemein:

- H1.1 Das Interesse und Bereitschaft an Beteiligung in der Stadtentwicklung von Seiten der befragten Migrant:innen ist hoch.
- H1.2 Ältere Migrant:innen sind schwerer zu erreichen und zeigen weniger Bereitschaft oder Interesse sich zu beteiligen

2. Mit welchen Hürden werden Migrant:innen bei Beteiligung konfrontiert, bzw. Welche Gründe es für die Nicht-Beteiligung gibt:

- H2.1: Kommunikation von Beteiligungsangeboten in Hamburg stellt für die Befragten Migrant:innen eine große Barriere dar
- H2.2: Die verwendete deutsche Sprache stellt für die Befragten eine Barriere zur Beteiligung dar

3. Welche Anreize müssen bei den Migrant:innen gesetzt werden, bzw. welche machen Sinn und welche nicht

- H3.1: Analoge Wege und Medien sind besser geeignet, Migrant:innen anzusprechen und zu erreichen als digitale
- H3.2: Mehrsprachige Informationen können sinnvoll sein und sollten eingesetzt werden
- H3.3: Die Nutzung von Apps für bzw. Smartphonegerechte Beteiligung kann die Beteiligung generell erhöhen.

Diese werden in der Zusammenführung der qualitativen und quantitativen Methodik im Kapitel 4.3 überprüft und analysiert.

4.2 Standardisierte Umfrage

4.2.1 Stichprobe und Datenbereinigung

Nach einem Erhebungszeitraum von ca. 3 Wochen und verschiedenen Verbreitungswegen haben am Ende 84 Teilnehmer:innen an der Umfrage teilgenommen.

Es haben insgesamt 117 Personen die Umfrage gesehen, davon haben 33 Personen die Umfrage abgebrochen bzw. nicht bis zum Ende durchgeführt. Diese Datensätze werden aus der Untersuchung ausgeschlossen. Des Weiteren haben 18 Personen die Eingangsfrage mit „nein“ beantwortet, was die Qualifikation zur Umfrage ausschließt. Demnach sind 66 Datensätze aus der Umfrage vollständig nutzbar für die Auswertung.

Im Kapitel 3.3.2 wurde als Ziel der Stichprobe die Zahl 97 herausgegeben, welche zwar an Gesamtteilnehmer:innen erreicht werden konnte, an finalen Datensätzen jedoch nicht.

4.2.2 Sozio-demographische Angaben

In diesem Kapitel werden die sozio-demographischen Angaben der Stichprobe beschrieben, die am Ende der Umfrage abgefragt wurden.

Von den Teilnehmenden sind ca. 26% männliche, ca. 38% weibliche und ca. 36% gaben keine Antwort zu dem Geschlecht.

Geschlechterverteilung

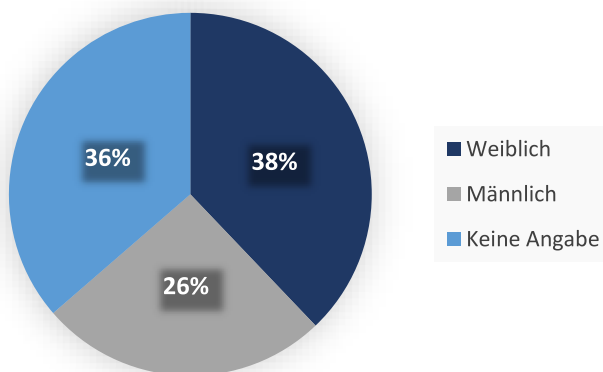


Abbildung 5: Geschlechterverteilung der Befragten , Eigene Darstellung, Excel, SPSS, N=66

Die angegebenen Altersspannen sind alle ähnlich oft vertreten, nur auffällig ist die große Teilnehmer:innenzahl von jüngeren Befragten. So sind ca. 30% zwischen 1995-2005 geboren.

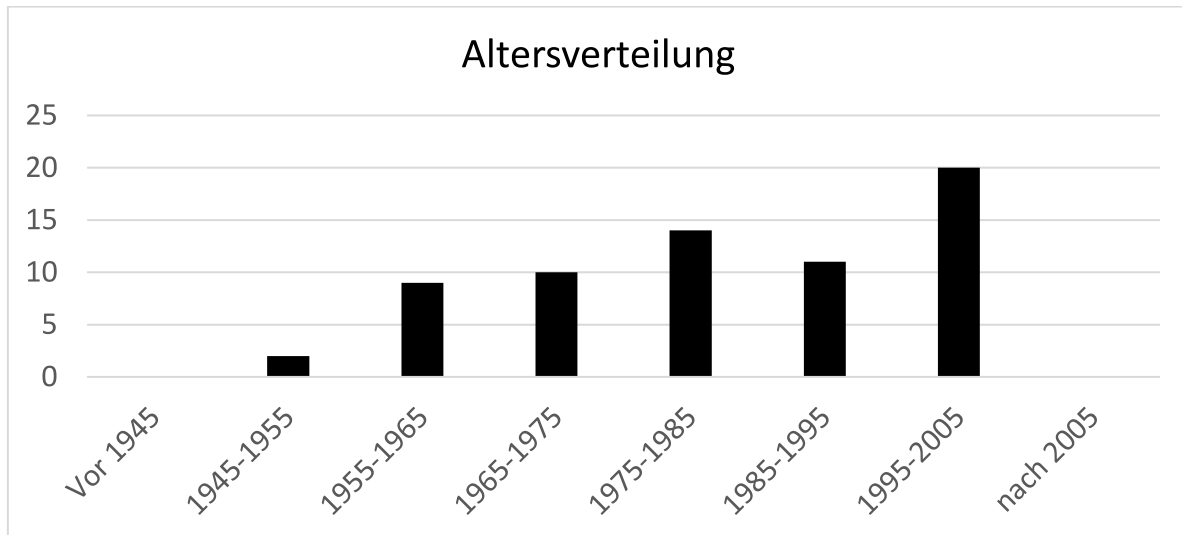


Abbildung 6: Altersverteilung der Befragten , Eigene Darstellung, Excel, n=66

Auf die Frage, seit wann die Befragten in Deutschland leben, konnte eine Zahl eingegeben werden. Hier wurden Spannen gefasst und die meisten Befragten leben schon seit dem Zeitraum zwischen 1995-2005 in Deutschland.

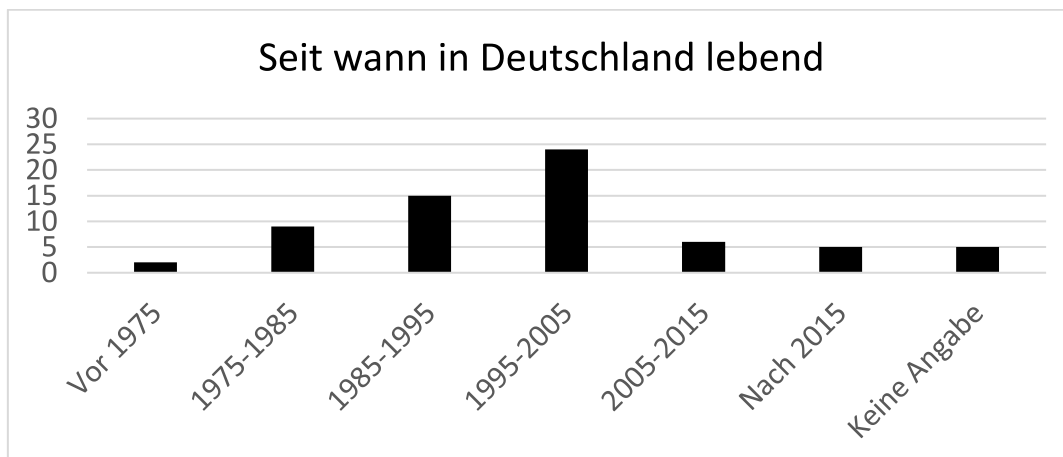


Abbildung 7: Seit wann die Befragten in Deutschland leben , Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=66

Auch in Bezug auf die Muttersprache konnte eine Sprache frei eingegeben werden. Die Muttersprache gibt Antworten darauf, welche Communities durch die Verbreitungswege vielleicht besser erreicht werden konnte. Die am meisten genannten Sprachen sind deutsch beziehungsweise deutsch und eine weitere Sprache, sowie Türkisch und Italienisch . Weitere nennenswerte Sprachen sind in der folgenden Abbildung zu sehen.

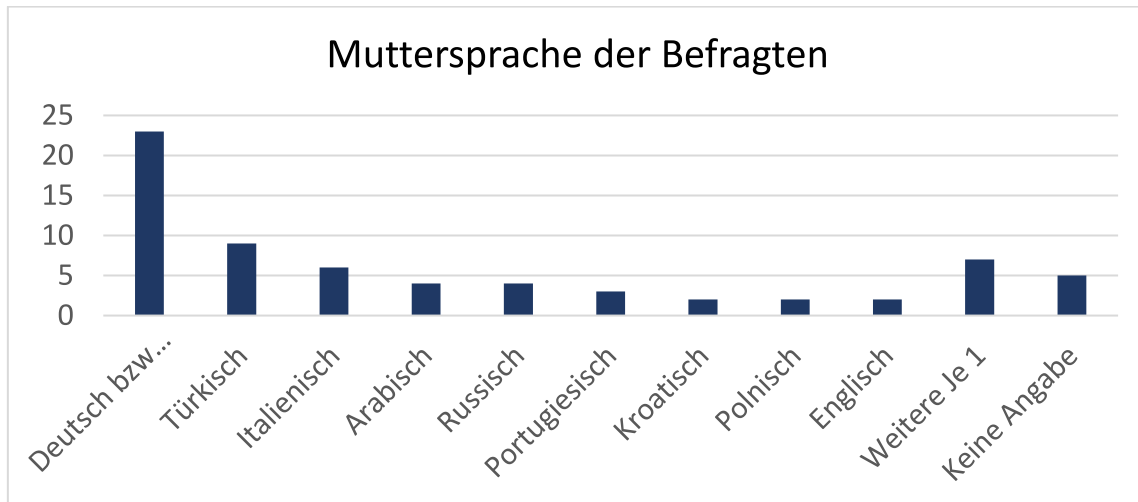


Abbildung 8: Muttersprache der Befragten , Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=66

Von den Teilnehmenden haben ca. 56% die Umfrage mit einem Smartphone, ca. 42% auf einem Laptop und 2% auf einem Tablet durchgeführt.

Auf welchem Gerät die Umfrage durchgeführt wurde

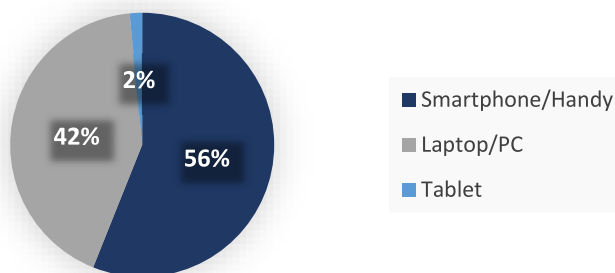


Abbildung 9: Gerät, mit dem die Umfrage durchgeführt wurde , Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=66

4.2.3 Ergebnisse der Inhaltlichen Fragen

In dem Datensatz ließ sich erkennen, in welcher Sprache die Teilnehmenden die Umfrage durchgeführt haben. Ungefähr 80% der Teilnehmenden haben die Umfrage auf Deutsch durchgeführt.

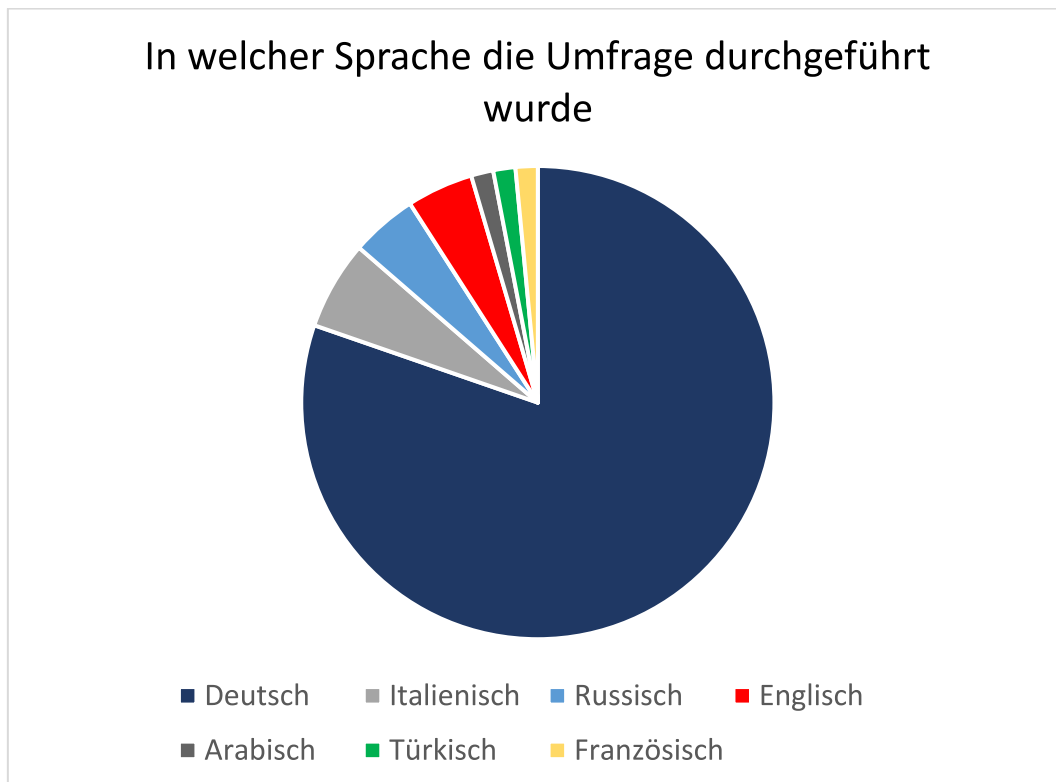


Abbildung 10: Verteilung in welcher Sprache die Umfrage durchgeführt wurde

, Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=66

Von den Befragten gaben ca. 26% an, dass sie schon Beteiligungsangebote wahrgenommen haben, während ca. 74% diese Frage verneinten.

Teilnahme an Beteiligungsangeboten

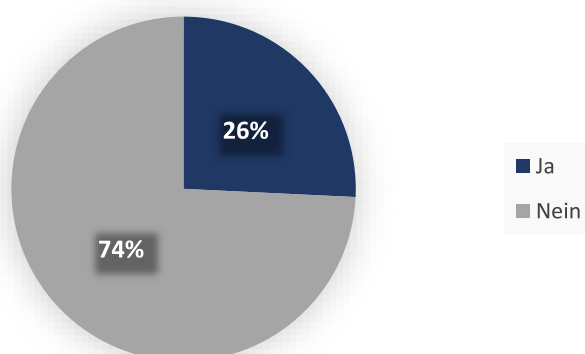


Abbildung 11: Teilnahme der Befragten an Beteiligungsangeboten in Hamburg, Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=66

Bei den Teilnehmenden, die bereits Beteiligungsangebote wahrgenommen haben, verteilen sich die Antworten auf die Frage, wie sie von den Angeboten erfahren haben wie folgt. Hierbei waren Mehrfachantworten möglich. Es waren zwar nur wenige Teilnehmer:innen, die bereits an Beteiligungsangeboten teilgenommen haben, die meisten jedoch haben ein Plakat mit

Informationen zu der Beteiligung wahrgenommen. Bei der freien Textmöglichkeit gaben zudem Teilnehmende an, über die Arbeit (2) und über die Universität (1) informiert worden zu sein.

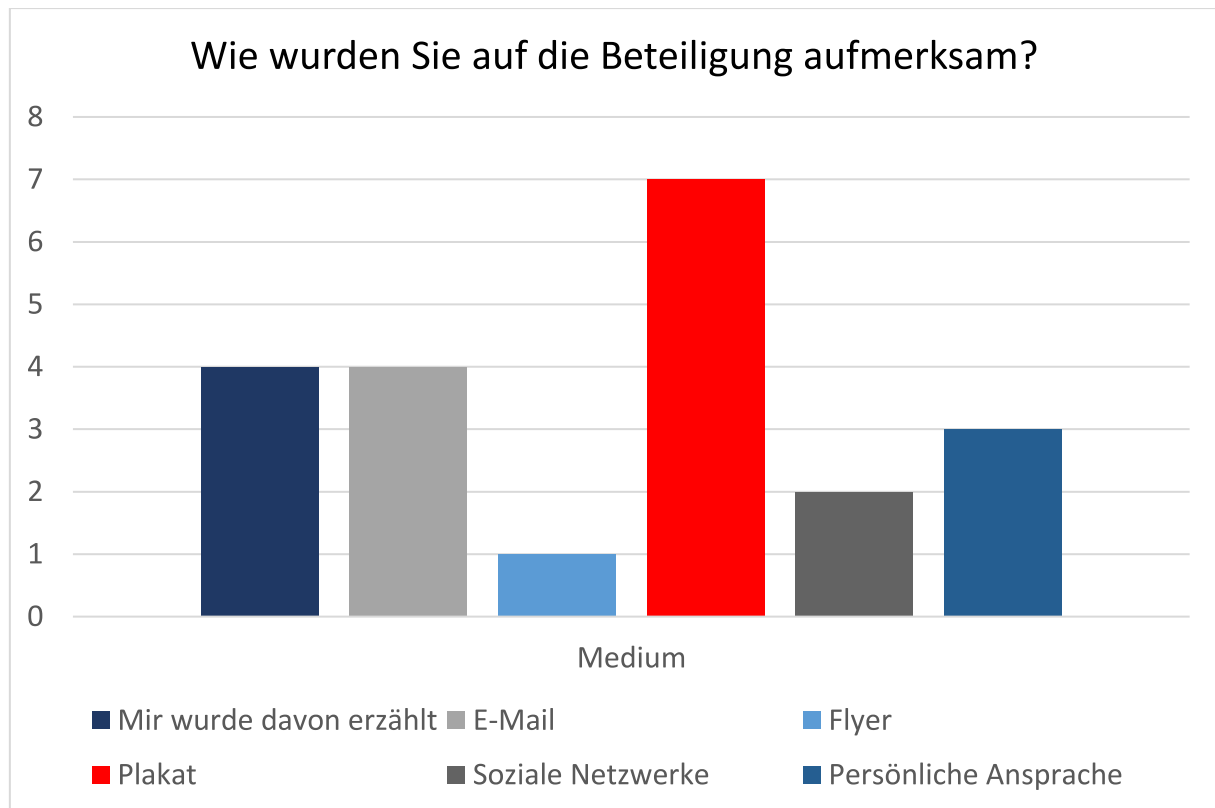


Abbildung 12: Wie wurde auf die Beteiligung aufmerksam, Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=16

Bei den Teilnehmenden, die noch nicht Beteiligungsangebote wahrgenommen haben, verteilen sich die Antworten auf die Frage, warum sie das noch nicht getan haben, wie folgt. Hierbei waren Mehrfachantworten möglich. Ein Großteil der Befragten gab an, nicht zu wissen, dass man sich beteiligen könne. Bei der freien Texteingabe wurde zudem ähnliches angegeben, dass es keine Informationen über Angebote gebe oder nicht wusste, dass es sowas überhaupt gibt. Des Weiteren wurde angegeben, dass die Befragten nicht wissen, was dabei auf sie zukommt und dass sie generell keine Zeit dafür hätten. Auffällig ist zusätzlich, dass die geringste Ursache für Nicht-Beteiligung die Sprachprobleme seien.

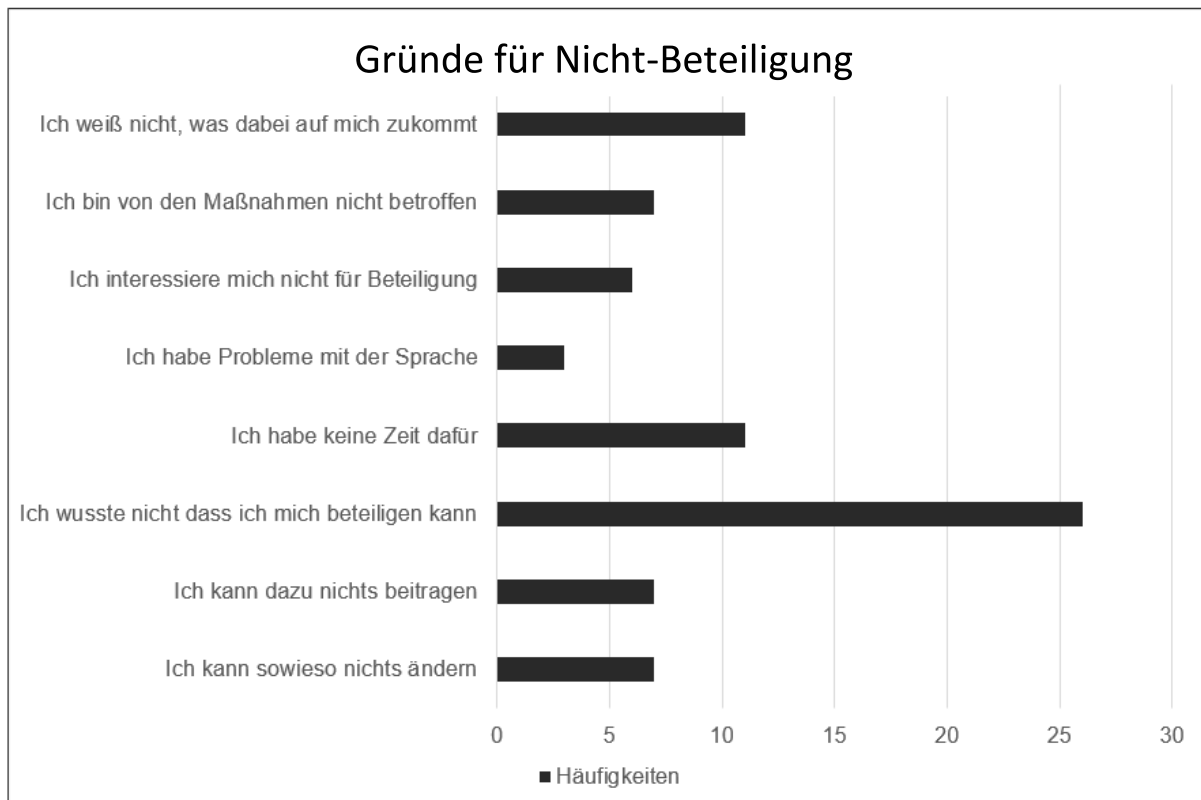


Abbildung 13: Gründe der Befragten Personen, warum sie nicht an Beteiligungs-angeboten teilgenommen haben

„Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=44 In der Matrixfrage, bei der sich die Teilnehmenden zu gewissen Aussagen selbst einschätzen sollen, sind die Einschätzungen in der Abbildung 13 verteilt. Es sind generell zu den Themen der Beteiligung sehr hohe Zustimmungswerte vorhanden. Die befragten Personen finden es gut, wenn Bürger:innen Einfluss auf die Stadtentwicklung haben und werden gerne in die Entwicklung ihrer Nachbarschaft miteinbezogen. Viele finden, dass es zu wenig Beteiligungsangebote gibt, die speziell für Migrant:innen sind. Die meisten würden sich außerdem mehr beteiligen als sie es zurzeit tun und die Beteiligung mit dem Smartphone oder dem Laptop erscheint etwas attraktiver als analoge Veranstaltungen vor Ort.

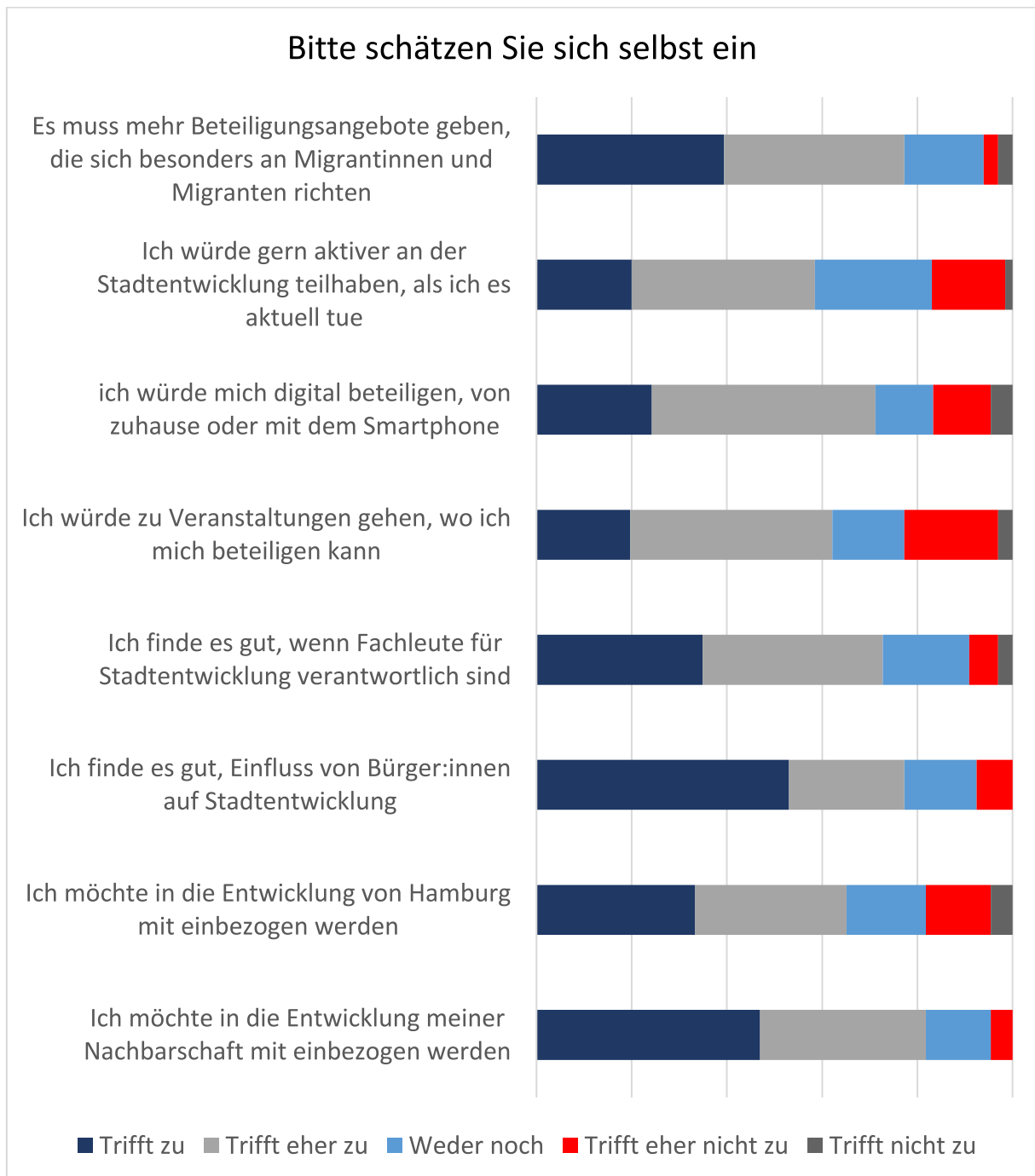


Abbildung 14: Einschätzung der Befragten zu spezifischen Aussagen der Beteiligung , Eigene Darstellung, Excel SPSS, n=66

Auf die Frage, mit welchen Voraussetzungen die Befragten sich eher digital beteiligen würden, sieht die Verteilung folgendermaßen aus. Hierbei waren Mehrfachantworten möglich, maximal jedoch drei. Hier lassen sich 2 Grafiken bilden, da die Antworten in den 2 Blöcken sich jeweils miteinander vergleichen lassen. Zum einen, welche Anreize vielleicht gesetzt werden müssen, damit sich die Befragten digital beteiligen. Zum anderen, ob die Teilnehmenden eine Beteiligung vom Computer/Laptop aus oder mit dem Smartphone präferieren.

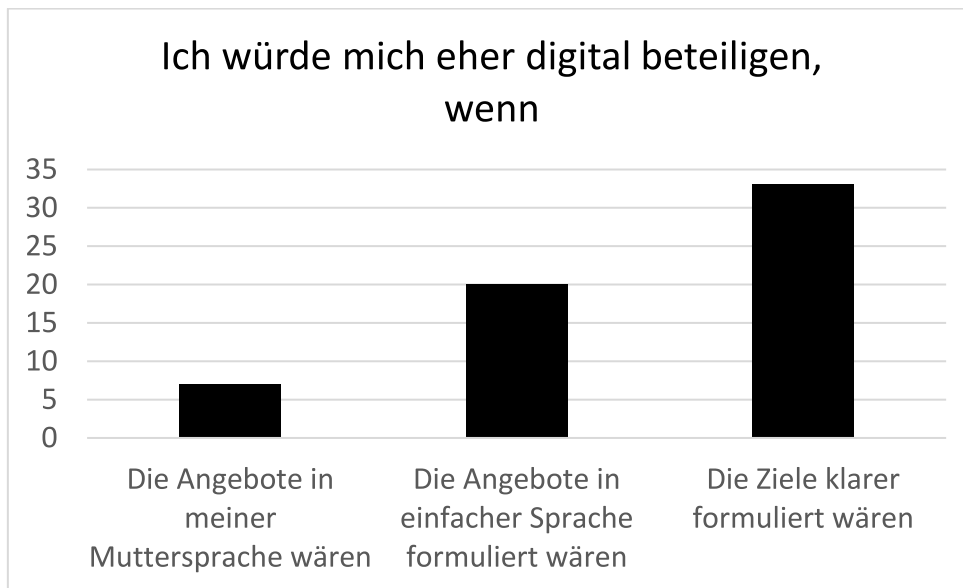


Abbildung 15: Digitale Beteiligung unter möglichen Voraussetzungen , Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=47

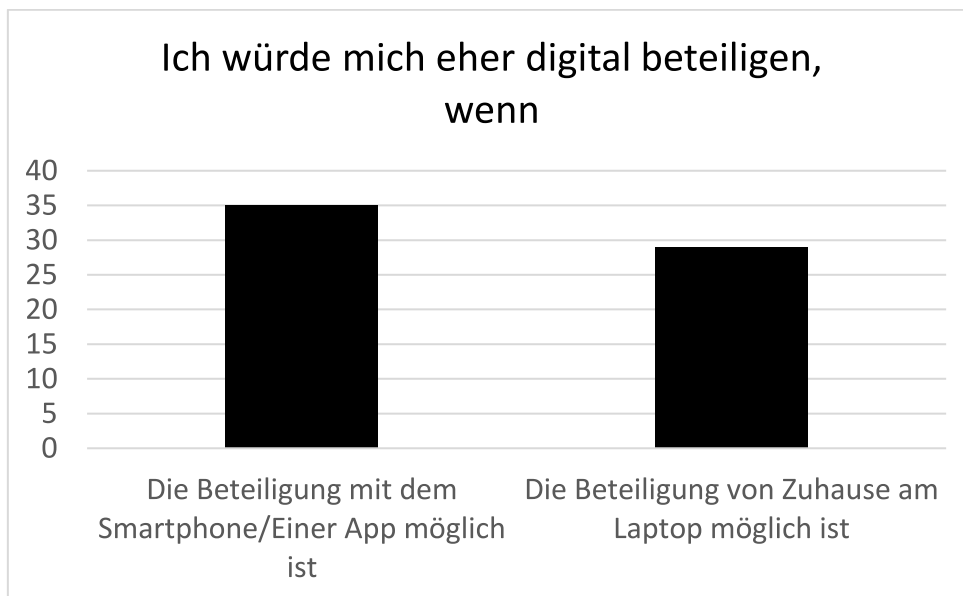


Abbildung 16: Digitale Beteiligung mit welchem Gerät , Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=51

Auf welchem Weg die Teilnehmenden am ehesten kontaktiert werden können, wenn es um Beteiligung geht, zeigt die folgende Abbildung. Hier waren Mehrfachantworten möglich. Am meisten gaben Personen die persönliche Ansprache, sowie den Kontakt per E-Mail an. Nur die Zeitung fällt als Medium der Erreichbarkeit im Vergleich zu allen anderen etwas ab.

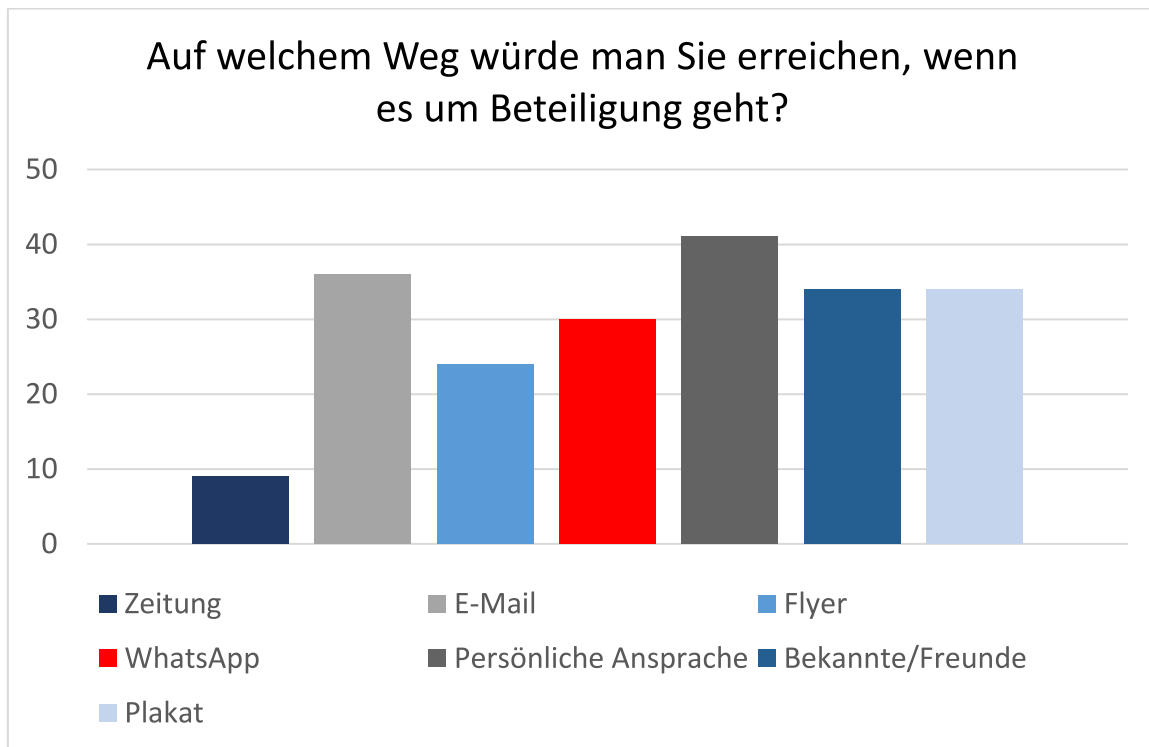


Abbildung 17: Wege der Erreichbarkeit der Befragten , Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=66

Welche sozialen Medien die Befragten am meisten oder regelmäßig nutzen, wird in der nächsten Abbildung dargestellt. WhatsApp wird von fast allen Teilnehmer:innen der Befragung regelmäßig genutzt, ansonsten nutzen mehrere Facebook & Instagram.

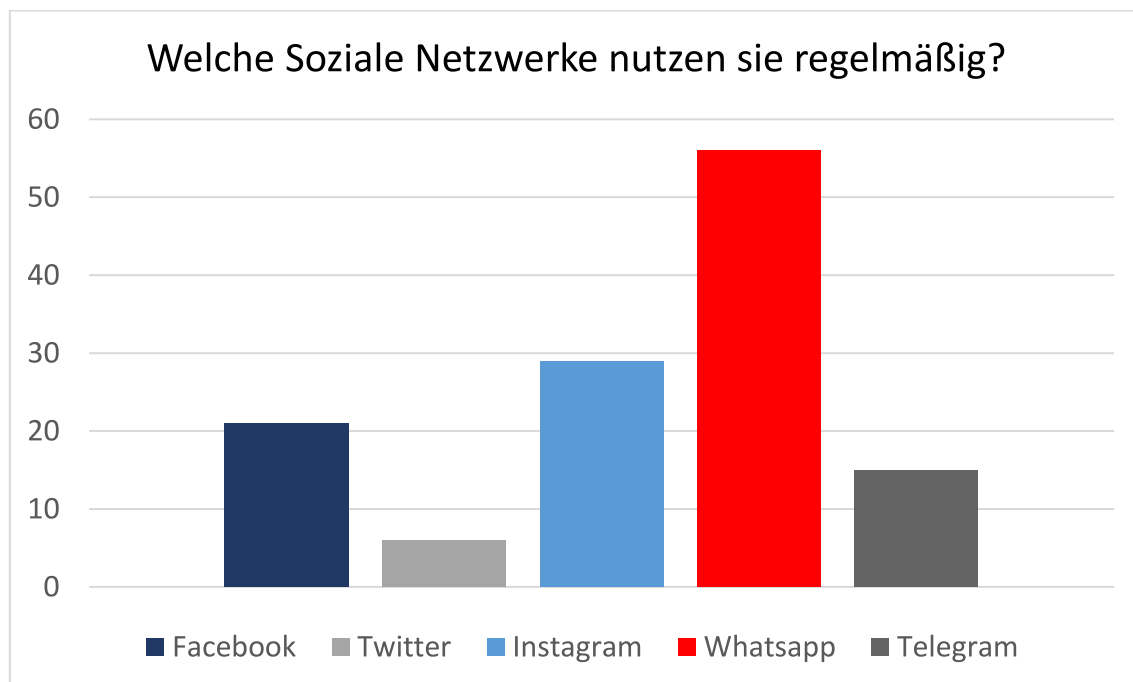


Abbildung 18: Regelmäßige Nutzung von sozialen Netzwerken der Befragten , Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=61

Bei der freien Texteingabe kamen vereinzelte Angaben mit „keine“(3), Signal (2), Snapchat (2), sowie Threema (1) und Tiktok (1).

Ob die Teilnehmenden regelmäßig Einrichtungen ihrem Stadtteil besuchen ist sehr ausgeglichen. 45% besuchen regelmäßig solche Einrichtungen, während das 55% verneinten.

Besuch von Einrichtungen

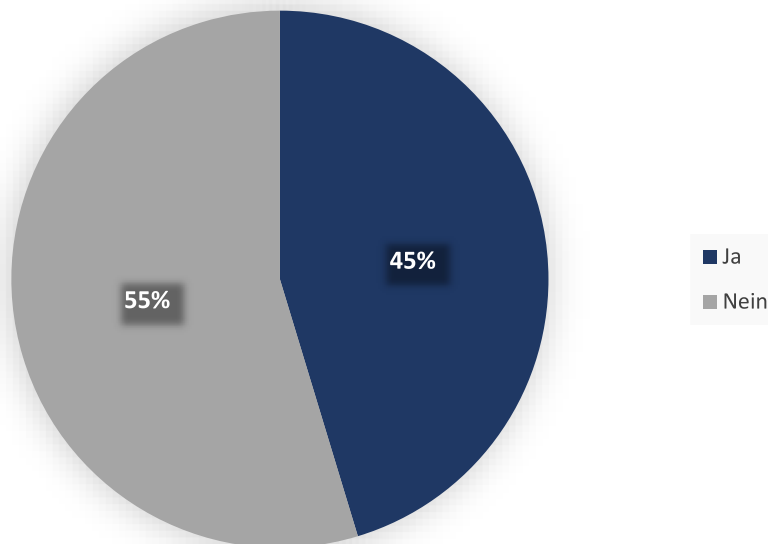


Abbildung 19: Besuch von Einrichtungen im näheren Umfeld , Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=66

Bei den angegebenen Einrichtungen oder Organisationen gaben die Befragten folgende Einrichtungen vermehrt an: Religiöse Einrichtungen (12), Sportvereine (9) und weitere wie Seniorentreffs, Jugendvereine oder interkulturelle Zentren.

4.3 Ergebniszusammenführung

In diesem Kapitel werden die in Kapitel 4.1.5 auf Grundlage der Interviews und der theoretischen Kapitel aufgestellten Hypothesen überprüft. Diese werden in den drei Blöcken aus dem Kapitel 4.1.5 behandelt.

Hypothese 1.1: Das Interesse und Bereitschaft an Beteiligung in der Stadtentwicklung von Seiten der befragten Migrant:innen ist hoch.

Die Expert:innen in den Interviews gaben größtenteils an, Migrant:innen seien tendenziell schwer zu erreichen, während das Interesse und der Beteiligungswille generell vorhanden seien. In der Umfrage können mehrere Parameter zu der Hypothese herangezogen werden. In der Matrix-Abfrage lassen drei Angaben der Befragten eine Einschätzung zu der Bereitschaft oder dem Interesse an Beteiligung zu. So gaben 81% der Teilnehmenden an, dass es zutrifft oder

eher zutrifft, in die Entwicklungen der Nachbarschaft miteinbezogen zu werden. Ebenfalls 77% finden es tendenziell gut, wenn Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Stadtentwicklung haben. Auch sagen knapp über die Hälfte der Befragten (57%), dass sie aktiver an der Stadtentwicklung teilhaben würden, als sie es aktuell tun.

Einschätzung	Häufigkeit (absolut)	Häufigkeit (Prozent)
Ich möchte in die Entwicklungen meiner Nachbarschaft miteinbezogen werden (trifft zu, trifft eher zu)	54	Ca. 81%
Ich finde es gut, wenn Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Stadtentwicklung haben (trifft zu, trifft eher zu)	51	Ca. 77%
Ich würde gern aktiver an der Stadtentwicklung teilhaben, als ich es aktuell tue	38	Ca. 57%

Tabelle 3: Parameter aus der Umfrage die auf die Bereitschaft oder das Interesse an Beteiligung abzielen, Eigene Darstellung, SPSS

Des Weiteren gaben nur 6 Personen an, sie würden sich nicht für Beteiligung interessieren (siehe Abbildung 12 in 4.2.3). Diese sind allerdings auch in Anbetracht einer gewissen sozialen Erwünschtheit mit Vorsicht zu betrachten.

Somit können die Aussagen der interviewten Expert:innen in Bezug auf den Beteiligungswillen und/oder das Interesse an Beteiligung bzw. dem Entwicklung des Wohnumfelds tendenziell bestätigt werden.

Hypothese 1.2 Ältere Migrant:innen sind schwerer zu erreichen und zeigen weniger Bereitschaft oder Interesse sich zu beteiligen

Zu der Hypothese der Altersverteilung bei der Beteiligung zählen die Expert:innen eher die ältere Bevölkerung zu den schwer erreichbaren Gruppen. Aus der Umfrage lassen sich mehrere Parameter mit dem Geburtsjahr der Teilnehmenden vergleichen.

Zum einen fällt auf, dass die Personen, die bereits an Beteiligungsangeboten oder -veranstaltungen teilgenommen haben, zu ca. 75% vor 1985 geboren sind, während über die Hälfte derer, die noch nie solche Angebote wahrgenommen haben, nach 1985 geboren sind. Dies zeigt, dass eher ältere Personen an Beteiligungsangeboten bisher teilgenommen haben.

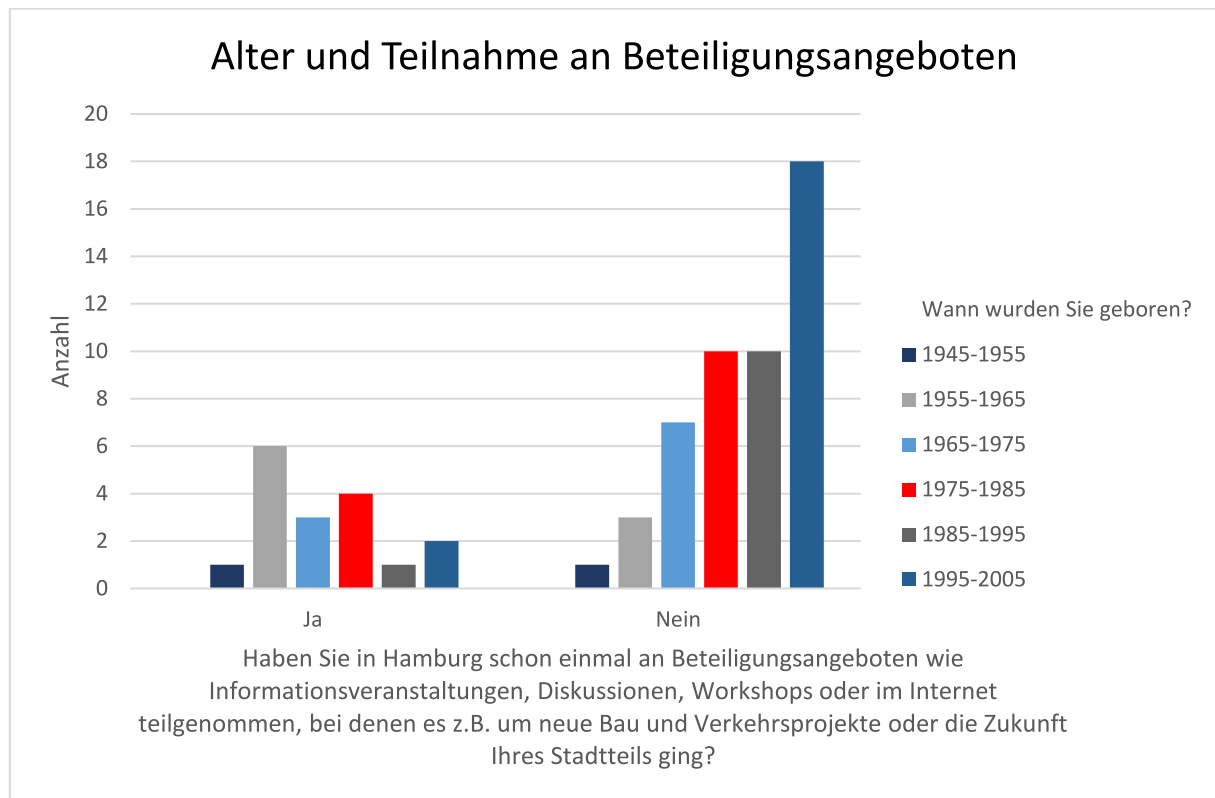


Abbildung 20: Das Alter der Befragten und die Teilnahme an bisherigen Angeboten zur Bürger:innenbeteiligung, Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=66

Es ist auffällig zu beobachten, welche Altersgruppen angegeben haben, dass sie nicht wussten, dass Beteiligung möglich ist. Die Personen, die vor dem Jahr 1975 geboren sind, gaben tendenziell nicht an, dass sie nicht wussten, dass man sich beteiligen kann. Während gerade die Personen aus späteren Jahrgängen eher angaben, dass sie nicht wussten, dass man sich beteiligen kann (Anhang 2 SPSS 1). Das deutet daraufhin, dass die Angebote die jüngeren Migrant:innen bisher nicht erreicht haben.

Die älteren Teilnehmer:innen tendieren auch dazu, eher Einrichtungen oder Organisationen in ihrem Stadtteil, wie Nachbarschaftstreffen, Kultur- oder Sportvereine, religiöse Einrichtungen oder ähnliches zu besuchen (Anhang 2 SPSS 2). Wie in der Literatur aufgezeigt, erleichtert der regelmäßige Besuch in Vereinen oder Organisationen den Zugang zu Beteiligungsveranstaltungen- oder formaten.

Nicht verwunderlich sind die Angaben der unterschiedlichen Altersgruppen in Bezug auf digitale oder analoge Beteiligung. So geben die älteren Jahrgänge eher an, dass sie zu Veranstaltungen vor Ort gehen würden, während die jüngeren Jahrgänge (ab 1985) angaben, dass es bei ihnen zutrifft oder eher zutrifft, sich digital oder mit dem Smartphone zu beteiligen (Anhang 2 SPSS 3 und 4).

Die Hypothese, dass ältere Menschen schwerer zu erreichen sind oder weniger Interesse an Beteiligung aufweisen, lässt sich mit den Daten dieser Teilnehmer:innen nicht bestätigen.

Hypothese 2.1: Kommunikation von Beteiligungsangeboten in Hamburg stellt für die Befragten Migrant:innen eine große Barriere dar

Hierzu gibt es vielfältige Aussagen der befragten Expert:innen. Unter diese Hypothese fallen mehrere Barrieren, die die Migrant:innen beeinflussen und im Überbegriff der Kommunikation behandelt bzw. überprüft werden können.

Es wird von mehreren Expert:innen angemerkt, dass Migrant:innen sich nicht angesprochen oder mitgemeint fühlen, wenn es um Beteiligung geht. Auch die oft abstrakten Planungsmaßnahmen mit Luftbildern und Karten seien nicht einfach zu verstehen.

Dafür gibt es in der Umfrage mehrere Parameter, die ein paar Rückschlüsse in Bezug auf die Kommunikation von Beteiligungsangeboten zulassen. Als Gründe für Nicht-Beteiligung gaben mit großem Abstand am meisten befragte Personen an, dass sie nicht wussten, dass man sich überhaupt in der Stadtentwicklung beteiligen könne. Mehrere Personen gaben an, sie können nicht einschätzen, was bei Beteiligung in der Stadtentwicklung überhaupt auf sie zukommt. Die Gründe „ich kann sowieso nichts ändern“, „ich kann dazu nichts beitragen“ und „ich bin von den Maßnahmen nicht betroffen“ sind ebenfalls zu nennen. Es wird bei den Angaben, warum die Teilnehmenden noch nicht an Beteiligungsangeboten in Hamburg teilgenommen haben deutlich, dass bei den eben genannten die Kommunikation der Angebote oder Informationen Hürden darstellen (Abbildung 12).

Auf die Frage, unter welchen Voraussetzungen die Befragten sich eher digital beteiligen würden, lassen sich wie Abbildung 14 zeigt, drei Angaben vergleichen. Die Befragten gaben vor allem an, sie würden sich eher beteiligen, wenn die Ziele der jeweiligen Maßnahme klarer formuliert werden.

In der Matrixeinschätzung gaben zudem ca. 77% der Teilnehmenden an, dass es zutrifft oder eher zutrifft, dass es mehr Beteiligungsangebote geben sollte, die sich speziell an Migrant:innen richten. Nur ca. 4% gaben an, dass das nicht oder eher nicht zutrifft. Das deutet daraufhin, dass die befragten Migrant:innen sich von den bisherigen Angeboten nicht angesprochen fühlen.

Das bestätigt in gewisser Weise die formulierten Aussagen aus den Expert:inneninterviews. Die teilnehmenden Migrant:innen wissen nichts von den Angeboten bzw. wissen diese Angebote nicht einzuordnen. Es muss klarer formuliert werden, was auf die betroffenen Personen zukommt, was bei Beteiligungsveranstaltungen genau passiert. Es muss ebenfalls deutlich gemacht werden, dass alle betroffenen oder interessierten Personen willkommen sind sich zu beteiligen und niemand davon ausgeschlossen wird.

Die Hypothese, dass für befragten Migrant:innen die Kommunikationswege und -stile eine große Barriere darstellen, kann somit tendenziell bestätigt werden.

Hypothese 2.2: Die verwendete deutsche Sprache stellt für die Befragten eine Barriere zur Beteiligung dar.

Wie bei der vorherigen Hypothese schon angemerkt, fallen viele Barrieren bei der digitalen Beteiligung unter die Kategorie Kommunikation. Ein Aspekt, der eine eigene Hypothese bedarf, sind die Probleme mit der verwendeten Sprache. Einige Expert:innen merken an, dass die gewählte Sprache bei Beteiligungsangeboten häufig zu kompliziert sei und für viele Migrant:innen mit nicht perfekten Deutschkenntnissen schwer verständlich. Andere betonen, es fehle Teilen der migrantischen Communities an Kenntnissen sich angemessen zu artikulieren, was ebenfalls auf das verwendete Niveau der deutschen Sprache in der Beteiligung rückschließen lässt. Häufig wird angemerkt, dass dies auch eine Generationenfrage sei, wobei eher ältere Personen ein Problem mit der Sprachwahl haben als Jüngere.

Ein Drittel der Befragten gaben an, sie würden sich eher digital beteiligen, wenn die Angebote in einfacher Sprache formuliert wären. Wie zu Hypothese 2.1 angemerkt, gaben 50% der Befragten an, sie würden sich eher beteiligen, wenn die Ziele klarer formuliert wären. Hier waren zwar Mehrfachnennungen möglich, jedoch deutet es darauf hin, dass die Teilnehmenden mit der verwendeten Sprache der bisherigen Beteiligungsangebote ihre Schwierigkeiten haben (Abbildung 14).

Um weiterhin zu überprüfen, ob ein Zusammenhang zwischen dem Alter und der Angabe „ich würde mich online oder digital eher beteiligen, wenn die Texte in einfacherer Sprache sind“ besteht, wurde ein Chi²-Test mittels SPSS durchgeführt (für die Verteilung siehe Anhang 2 SPSS 6). Die beiden Hypothesen lauten wie folgt:

- H1: Zwischen dem Alter der Teilnehmer:innen und der Angabe „ich würde mich online oder digital eher beteiligen, wenn die Texte in einfacherer Sprache sind“ besteht ein Zusammenhang.
- H0: Zwischen dem Alter der Teilnehmer:innen und der Angabe „ich würde mich online oder digital eher beteiligen, wenn die Texte in einfacherer Sprache sind“ besteht kein Zusammenhang.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)
Pearson-Chi-Quadrat	7,257 ^a	5	,202
Likelihood-Quotient	7,405	5	,192
Anzahl der gültigen Fälle	66		

a. 6 Zellen (50,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5.
Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,61.

Abbildung 21: Chi²-Test zwischen Alter der Teilnehmenden und der Angabe nach mehr digitaler Beteiligung unter Voraussetzung von einfacherer Sprache, SPSS

Der P-Wert ist demnach größer als das Signifikanzniveau von $\alpha=0,05$. Damit lässt sich nicht der Schluss ziehen, dass die beiden Variablen einen Zusammenhang aufweisen. Die Nullhypothese wird somit beibehalten.

Damit lässt sich die Hypothese nicht eindeutig ablehnen oder bestätigen. Zusammengenommen häufen sich jedoch die Angaben zur verwendeten Form und dem Niveau der Sprache, die verwendet wird, sodass Rückschlüsse auf die Barriere möglich sind.

Hypothese 3.1: Um auf Beteiligung aufmerksam zu machen, sollten die Angebote und Informationen zu Beteiligung in verschiedenen Sprachen angeboten werden

Die Expert:innen sind sich grundsätzlich einig, dass mehrsprachige Angebote hilfreich sein können, um Menschen mit Migrationshintergrund zu mehr Beteiligung zu bringen. In der Umfrage können hier zwei Parameter betrachtet werden. Zum einen gaben nur ca. 5% der Teilnehmenden an, die bisher noch keine Beteiligungsangebote wahrgenommen haben, dass sie dabei Probleme mit der Sprache hätten. Ebenfalls gaben nur ca. 10% der Teilnehmenden an, sie würden sich eher digital beteiligen, wenn die Angebote in ihrer Muttersprache vorlägen. Die Umfrage wurde zudem zu 80% auf Deutsch durchgeführt. Nennenswerte andere Sprachen sind Italienisch, Russisch und Englisch (siehe Abbildung 10). Auch wenn mehrere Expert:innen angaben, dass mehrsprachige Angebote eine Hilfe sein können, so äußerten vor allem Mitarbeiter:innen der Stadtverwaltung o.ä. Bedenken zu dem Ressourcenaufwand, der damit verbunden wäre, jedes Angebot in diverse Sprachen zu übersetzen. In Anbetracht der Angaben der Befragten bezüglich der Mehrsprachigkeit und den Aussagen zu dem großen Aufwand der Übersetzungen von den Expert:innen besteht nicht unbedingt die Notwendigkeit alle Angebote in viele Sprachen zu übersetzen. Jedoch können auch einzelne Sätze auf Plakaten oder Eingangsworte auf anderen Sprachen ein einladendes Signal an bestimmte Bevölkerungsgruppen in migrantisch geprägten Vierteln darstellen. So gilt es zu identifizieren,

ob eine bestimmte Sprache bei einer bestimmten Maßnahme Sinn ergeben kann, wenn die betroffenen Akteur:innen eine große mögliche Zielgruppe darstellen. Pauschalisierende mehrsprachige Angebote stellen somit voraussichtlich keine nachhaltige Lösung dar.

Diese Hypothese, dass die Angebote in mehreren Sprachen angeboten werden sollen, kann somit tendenziell abgelehnt werden.

Hypothese 3.2: Analoge und klassische Beteiligung ist sinnvoller, um Migrant:innen zu erreichen und zu beteiligen als mit digitalen Mitteln.

Die mögliche Nutzung von digitalen Tools bei der Beteiligung von Migrant:innen führte in den Interviews zu unterschiedlichen Meinungen. Einige empfanden dies als nicht sehr aussichtsreich, wiederum andere behaupteten, sie sei zeitgemäß und gerade über das Smartphone hilfreich. In der Umfrage lässt sich ebenfalls ein differenziertes Bild erkennen.

Zunächst gaben die wenigen Personen, die bereits an Beteiligungsangeboten teilgenommen haben, am häufigsten das Plakat als das Medium an, mit dem sie davon erfahren haben (Abbildung 11). Zwar haben auch einige Befragte davon per E-Mail oder über soziale Netzwerke davon erfahren, aufgrund der generell niedrigen Anzahl an Personen, die bereits Angebote wahrgenommen haben, sind diese nicht aussagekräftig genug.

Zudem gaben die meisten Personen an, dass sie am ehesten über die persönliche Ansprache erreichbar sind, wenn es um Beteiligung geht. Trotzdem sind die Nennungen bei der Erreichbarkeit über die Medien „E-Mail“ und „WhatsApp“ auch zahlreich vorhanden (Abbildung 16). Auch die klassischen Medien „Flyer“ und „Plakat“ spielen bei der Erreichbarkeit für Beteiligungsangebote weiterhin eine wichtige Rolle. Nur die Zeitung als Medium fällt bei den Wegen der Erreichbarkeit ab. Dies lässt keinen eindeutigen Rückschluss auf „den besten“ Weg zu, vielmehr würde sich eine Kombination aus digitalen und analogen Kommunikationswegen anbieten.

In der Matrixabfrage konnten die Teilnehmenden angeben was eher zutrifft: Ob sie sich digital beteiligen oder eher zu Beteiligungsveranstaltungen gehen würden.

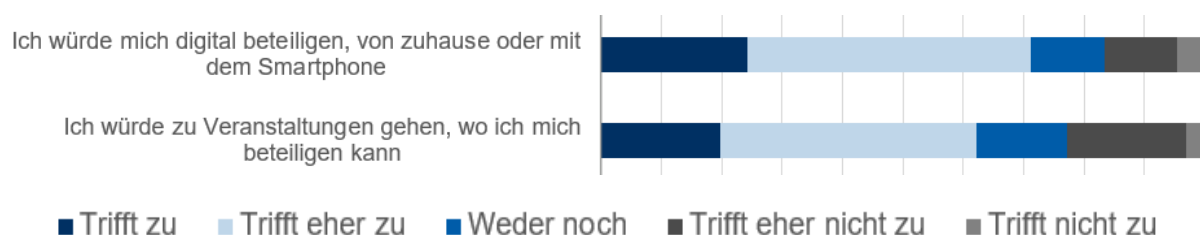


Abbildung 22: Ausgewählte Einschätzungen in der Matrix bezüglich der digitalen bzw analogen Beteiligung

, Eigene Darstellung, Excel, SPSS, n=66

Hierbei gaben tendenziell etwas mehr Teilnehmende an, dass bei ihnen die digitale Beteiligung von zuhause oder mit Smartphone zutrifft bzw. eher zutrifft (ca. 71%). Bei rund 62% trifft es zu oder trifft es eher zu, dass sie zu Veranstaltungen gehen würden, wo man sich beteiligen kann. Es lässt sich hier eine leichte Tendenz in Richtung digitaler Beteiligung erkennen.

Zudem konnten die Befragten angeben, unter welchen Voraussetzungen sie sich eher digital beteiligen würden. Auch dort gaben etwas mehr der Befragten (53%) unter Berücksichtigung der Mehrfachauswahl an, sie würden sich eher digital beteiligen, wenn die Beteiligung mit dem Smartphone oder einer App möglich wäre. Etwas weniger als die Hälfte (43%) dagegen gab an, sie würde sich tendenziell eher mit dem Laptop beteiligen (Abbildung 22).

Es lässt sich also ein differenziertes Bild zeichnen. Die persönliche Ansprache ist der beste Weg, um auf die Beteiligung aufmerksam zu machen, trotzdem ist die Bereitschaft sich digital zu beteiligen hoch und etwas höher als zu analogen Veranstaltungen zu gehen. Wie in H1.2 angedeutet, bieten sich digitale Beteiligungsmethoden vor allem bei der jüngeren Generation an.

Die Hypothese, dass analoge Beteiligung bei den Befragten sinnvoller ist als digitale, kann somit nicht eindeutig abgelehnt oder bestätigt werden.

Hypothese H3.3: Die Nutzung von Apps für bzw. smartphonerechte Beteiligung kann die Beteiligung generell erhöhen.

Wenn die Expert:innen über eine mögliche digitale Beteiligung von Migrant:innen sprechen, wird zumeist auf das Smartphone verwiesen. In einer Beteiligung, die unterwegs oder in eine App möglich ist, sehen einige Expert:innen am ehesten die Chance, um Migrant:innen zu erreichen oder die Beteiligung attraktiver zu machen.

In der Umfrage lassen die Angaben der Teilnehmenden keine eindeutigen Schlüsse zu. Zum einen lässt sich festhalten, dass von den 49 Personen, die bisher noch nicht in Hamburg Beteiligungsangebote wahrgenommen haben, haben immerhin knapp die Hälfte auch angegeben, sie würden sich eher digital beteiligen, wenn die Beteiligung mit dem Smartphone/per App möglich wäre (Abbildung 15). Allerdings hat die andere Hälfte diese Antwort nicht gewählt.

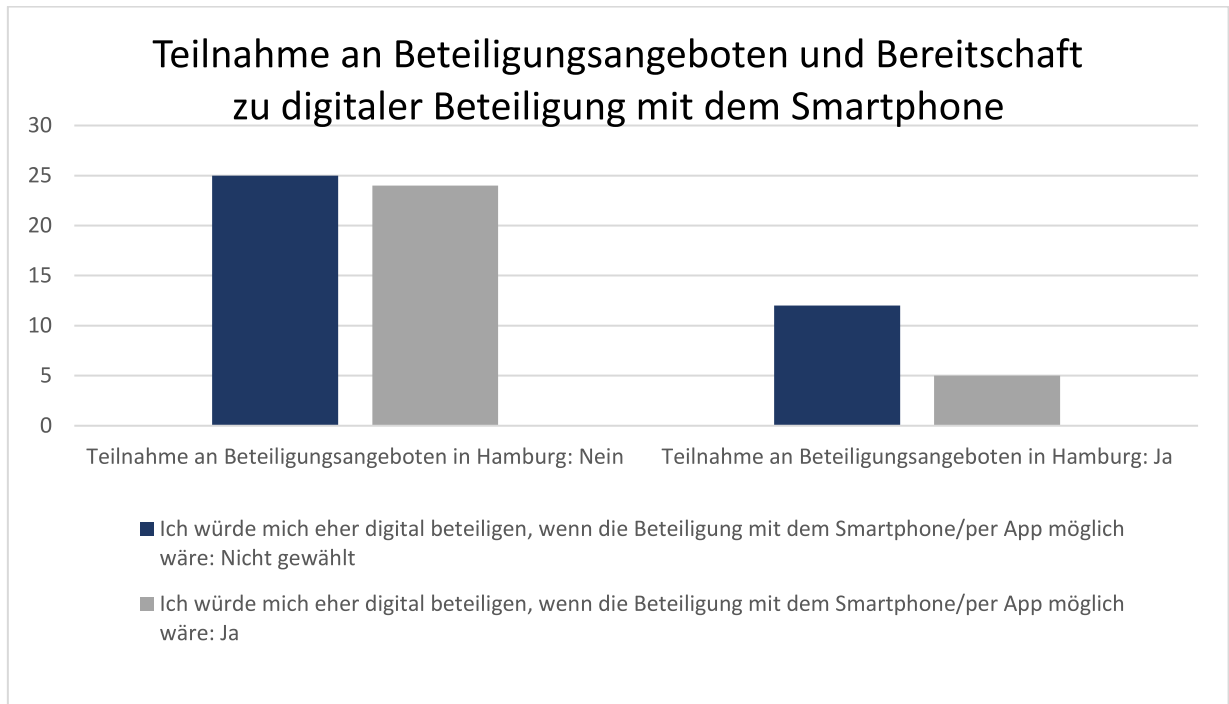


Abbildung 23: Bisherige Teilnahme an Beteiligungsangeboten in Hamburg und mögliche digitale Beteiligung unter Verwendung von Smartphones/einer App, Eigene Darstellung, SPSS, n=66

Zum anderen lässt sich noch vergleichen, ob die Teilnehmenden, die angegeben haben, dass sie sich gerne mehr beteiligen würden, als sie es derzeit tun auch angegeben haben, sie würden sich eher digital beteiligen, wenn die Beteiligung mit dem Smartphone/einer App möglich wäre. Auch hierbei halten sich die Befragten ungefähr die Waage. So geben ungefähr gleich viele Befragte an, dass sie sich gerne mehr beteiligen würden als sie es derzeit tun und sich eher beteiligen würden, wenn die Angebote mit dem Smartphone/per App möglich wären.

Einschätzung der Befragten, ob sie aktiver an der Stadtentwicklung teilhaben würden und ob sie sich eher digital beteiligen würden, wenn die Beteiligung mit dem Smartphone möglich wäre

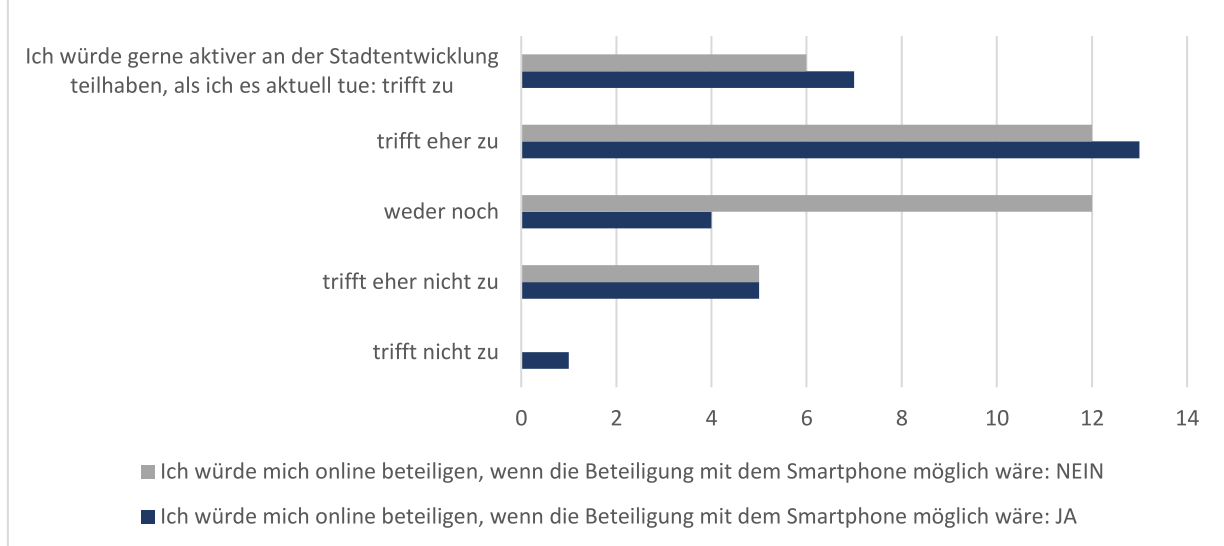


Abbildung 24: Vergleich von der Einschätzung sich aktiver beteiligen zu wollen und der möglichen digitalen Beteiligung mit dem Smartphone/per App , Eigene Darstellung, SPSS, n=66

Um den Zusammenhang der Variablen zu testen, wird ein Chi²-Test mittels SPSS durchgeführt. Dafür werden die beiden Hypothesen H1 und H0 aufgestellt. Zu der Verteilung der erwarteten Häufigkeiten siehe im Anhang 2 unter SPSS 5.

- H1: Es besteht ein Zusammenhang zwischen einer möglichen digitalen Beteiligung mit dem Smartphone und der Einordnung „gern aktiver an der Stadtentwicklung teilhaben, als ich es aktuell tue“.
- H0: Es besteht kein Zusammenhang zwischen einer möglichen digitalen Beteiligung mit dem Smartphone und der Einordnung „gern aktiver an der Stadtentwicklung teilhaben, als ich es aktuell tue“.

Chi-Quadrat-Tests

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)
Pearson-Chi-Quadrat	5,224 ^a	5	,389
Likelihood-Quotient	6,103	5	,296
Anzahl der gültigen Fälle	66		

a. 5 Zellen (41,7%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist ,44.

Abbildung 25: Chi²-Test der zwei eben genannten Variablen , SPSS

Der P-Wert ist größer als das Signifikanzniveau von $\alpha=0,05$. Damit lässt sich nicht schlussfolgern, dass die beiden Variablen einen Zusammenhang aufweisen. Die Nullhypothese wird somit beibehalten. Bei allen Chi²-tests mit den vorliegenden Daten weisen die p-Werte außerordentlich hohe Signifikanzen auf. Die Nullhypothesen werden allesamt beibehalten. Damit sind die Daten tendenziell nicht valide und lassen keine statistisch belegbaren Aussagen zu.

Die Hypothese, dass die Nutzung von Apps oder mit Smartphonegerechte Beteiligungstools die Beteiligung generell erhöhen kann, lässt sich nicht eindeutig bestätigen. Tendenziell ist bei den befragten Migrant:innen jedoch die mögliche Beteiligung mit dem Smartphone ein häufig genannter Anreiz.

4.4 Einordnung der Ergebniszusammenführung

Die Überprüfung der Hypothesen aus den Interviews und die Kreuztabellen sollen in diesem Kapitel in einen Zusammenhang über die Barrieren und Anreize von Migrant:innen in Bezug auf digitale Beteiligung gebracht werden und somit eine Beantwortung der Forschungsfrage gewährleisten.

In der Forschungsfrage wird nach den Barrieren und Anreizen gefragt, die die Migrant:innen in Hamburg bei Online-Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung beeinflussen. Auf den ersten Blick und auch häufig in der Literatur werden die Hürden und die möglichen Anreize voneinander getrennt benannt. In der Analyse der Ergebnisse der standardisierten Befragung vor dem Hintergrund wird allerdings deutlich, dass sich die meisten Barrieren und Anreize nur ganzheitlich betrachten bzw. gegenübergestellt werden können. Häufig kann eine Barriere auf der einen Seite direkt in einen Anreiz gewandelt werden.

Zunächst wurde festgestellt, dass bei den befragten Migrant:innen das Interesse und die Bereitschaft zur Beteiligung sehr hoch ist. Es lassen sich keine grundlegenden Unterschiede in den verschiedenen Alterskategorien erkennen, das Interesse ist sowohl bei den älteren als auch bei den jüngeren Jahrgängen hoch. Es überrascht nicht, dass die jüngeren Teilnehmer:innen eher dazu tendieren, sich in Zukunft digital und vor allem über das Smartphone zu beteiligen.

Es fällt auf, dass bei den Hürden oder Barrieren der Migrant:innen fast alle Angaben sich auf die Kommunikation oder Art der Informationen beziehen, mit denen die Beteiligungsangebote beworben werden.

Ein Großteil der Befragten gab an, nicht davon zu wissen, dass man sich überhaupt beteiligen kann oder dass es sowas überhaupt gibt. Die bisherigen Angebote haben die befragten Migrant:innen nicht erreichen können. Dennoch ist die Bereitschaft wie angemerkt hoch, sich

beteiligen zu wollen. Die Angebote sich zu beteiligen, dringen also nicht zu den befragten Migrant:innen durch. Wie können die Beteiligungsangebote diese Personen in Zukunft erreichen? Ein Anreiz kann eine stärkere Einbindung und aktive Kontaktierung von Multiplikatoren und Organisationen sein. Bei der Umfrage haben viele Personen mitgemacht, die sich bisher noch nie beteiligt haben. Zwar wurde nicht abgefragt, über welchen Weg genau die jeweilige Person zur Umfrage gelangt, die aktive Kontaktierung von migrantischen Organisationen und die Verbreitung von den Interviewpartner:innen mit Migrationshintergrund legen nahe, dass diese Wege dabei helfen können. Wenn bei einer Stadtentwicklungsmaßnahme vorher identifiziert werden kann, welche Organisationen oder Multiplikatoren dabei ihre Community aktivieren können, können sich die Chancen einer Beteiligung der verschiedenen Communities erhöhen.

Mehrere Hürden, die von den Befragten genannt werden, gehen in eine ähnliche Richtung. Die Teilnehmenden denken „sie können sowieso nichts ändern“, „sie können nichts dazu beitragen“ bzw. „das sei nicht ihre Aufgabe“, „sie wissen nicht was auf sie zukommt“ und „sie sind von den Maßnahmen nicht betroffen“. Hier müssten verschiedene kommunikative Anreize gesetzt werden. In der Kommunikation zur Beteiligung muss für die möglichen Teilnehmenden vorab klar gemacht werden, worum es bei der Beteiligung für da jeweilige Projekt geht. Viele Befragte gaben an, sie würden sich eher beteiligen, wenn die Ziele klarer formuliert wären. Sie können also nicht einschätzen, worum es genau geht und somit nicht feststellen, ob sie davon überhaupt betroffen sind und beteiligen sich folglich nicht oder weniger.

Auch sollte versucht werden zu kommunizieren, dass jede Person ausnahmslos eingeladen ist, sich zu beteiligen und auch jede Meinung oder Idee erwünscht bzw. wichtig ist, um alle Bewohner:innen oder deren Sichtweise abzubilden. Da viele Befragte nicht wussten, dass es sowas überhaupt gibt, sollten die Ziele und Gründe von Bürger:innenbeteiligung betont werden. Was ist Bürger:innenbeteiligung überhaupt? Wen betrifft es? Solche Fragen sollten für alle möglichen Teilnehmenden eindeutig geklärt sein, um die Hürden für die Beteiligung so niedrig zu halten wie möglich.

Es hat sich herausgestellt, dass im Gegensatz zu den Aussagen der Expert:innen Sprachprobleme mit der deutschen Sprache im Allgemeinen keine große Hürde darstellt. Der Anreiz, die Angebote in verschiedenen Sprachen pauschal zu verfassen bietet demnach keine aussichtsreichen Perspektiven. Ein Beteiligungsangebot in einer anderen Sprache als deutsch herauszugeben, bietet sich tendenziell nur dann an, wenn explizit eine bestimmte linguistische Gruppe als „holder“ von der Maßnahme konkret betroffen ist und sich auch als solche identifizieren lässt.

Zwar ist nicht die deutsche Sprache an sich eine Barriere für die befragten Migrant:innen. Das verwendete Deutsch kann trotzdem eine darstellen. Häufig wird in Beteiligungsangeboten mit komplizierten Texten und vielen Fachbegriffen gearbeitet. Das kann vor allem bei Nicht-deutschen Muttersprachlern zu Problemen führen. So bestätigen sich teilweise die Angaben der Expert:innen über das zu hohe Niveau der verwendeten Sprache und Form der Beteiligungsangebote in der Umfrage.

Ein Anreiz für Personen, die sich mehr beteiligen würden, wenn die Angebote in einfacher Sprache herausgegeben werden, umfangreiche Informationstexte parallel dazu in kurz gefassten, leicht verständlichen Zusammenfassungen direkt mitzuliefern, wie auch ein:e Expert:in empfiehlt (I2:2021:22).

Weitere Anreize vor allem jüngere und technikaffine Migrant:innen besser zu beteiligen, kann der Fokus bei Beteiligungsformaten auf das Smartphone sein. Ca. die Hälfte der Befragten gab an, sich unter gewissen Voraussetzungen wie der Nutzung einer App eher digital beteiligen zu wollen. Auch die Expert:innen schätzen bei einer möglichen digitalen Partizipation vor allem in Zukunft die Nutzung des Smartphones am stärksten ein. Bei der digitalen Form des Partizipationssystems sollte auf die eben angesprochenen Punkte der Kommunikation geachtet werden. Mit einer einfachen Nutzungsweise, klaren Formulierungen, Visualisierungen und unkomplizierten Anmeldeverfahren könnte die Beteiligung gesteigert werden. Bei der Verbreitung solch mobiler Beteiligungsangebote bieten sich verschiedene Wege, wie die Nutzung von sozialen Netzwerken an, aber auch die Einbindung von QR-Codes (I2:2021:20). Seit der Pandemie sind QR-Codes im alltäglichen Gebrauch vieler Menschen, zur Kontaktverfolgung oder in der Gastronomie (TÜV NORD AG 2020). QR-Codes sind mit geringem Aufwand verbindlich auf jedes Plakat oder Flyer einer jeden Beteiligung zu platzieren. Ein Experte deutet Beispiele aus anderen Städten an, die bereits ein Befragungstool für das Handy erfolgreich nutzen (I2:2021:20). Mit dem Vorbild könnte eigene App für Beteiligung ein Anreiz gerade für Jüngere Bürger:innen sein.

Nach der Überprüfung der Hypothesen und der anschließenden Analyse lässt sich festhalten, dass die Barrieren der befragten Migrant:innen vor allem unter dem weiten Begriff der Kommunikation zusammengefasst werden können.

5 Fazit

Das Ziel der Abschlussarbeit war es die Barrieren und Anreize von Menschen mit Migrationshintergrund in Bezug auf Online-Beteiligungsverfahren zu identifizieren. Im Fazit

wird zunächst versucht die Forschungsfrage zu beantworten, daraufhin die Wahl und Anwendung der Methodik kritisch reflektiert und zuletzt ein Ausblick auf zukünftige mögliche Forschungen gegeben.

5.1 Beantwortung der Forschungsfrage

Als methodisches Vorgehen wurde eine Kombination aus qualitativen und quantitativen Erhebungsmethoden, genannt Mixed Methods, gewählt. Dabei wurde ein Vorstudienmodell angewendet, bei dem die beiden Methoden aufeinander aufbauen. Einerseits wurden acht Interviews mit Expert:innen aus verschiedenen Arbeitsbereichen, wie der digitalen Beteiligung, Migrant:innen-Organisationen oder der Stadtverwaltung geführt. Der quantitative Teil war eine standardisierte Online-Umfrage, die sich speziell an Migrant:innen richtete.

Mithilfe der Interviews wurden Potentiale, Barrieren, Anreize aber auch reale Beteiligungspraxis in Hamburg von Migrant:innen dargestellt. Außerdem hat die Kombination aus den Expert:inneninterviews und der Literatur zu der Erstellung des Fragebogens, sowie zu der Herausarbeitung von sieben Hypothesen geführt. Die Hypothesen konnten in gewissem Maße mithilfe der Ergebnisse aus der standardisierten Befragung überprüft werden. Die Daten geben dabei vor allem Tendenzen auf, welche für Barrieren und Anreizen Migrant:innen bei Online-Beteiligungsverfahren konfrontiert werden. Trotzdem lassen sich einige Barrieren und Anreize der Migrant:innen formulieren.

Zunächst muss betont werden, dass das Interesse an Bürger:innenbeteiligung oder der Entwicklung der eigenen Nachbarschaft von Seiten der Migrant:innen durch alle Alterskategorien durchweg hoch eingeordnet wurde. Die Bereitschaft sich in Zukunft mehr beteiligen zu wollen ist bei dem Großteil der Befragten vorhanden. Nur wenige Teilnehmer:innen konnten kein Interesse an Beteiligung oder ähnlichen Thematiken vorweisen. Diese hohen Zustimmungswerte wurden in der Methodenreflexion kritisch hinterfragt.

Die Barrieren der Migrant:innen lassen sich zu großen Teilen, sowohl aus den Interviews als auch mit den Daten aus der standardisierten Umfrage auf einen Überbegriff der Kommunikation zusammenfassen. Entgegen den Meinungen aus Literatur und den Interviews stellen Sprachprobleme mit der deutschen Sprache an sich keine große Hürde dar. Vielmehr stellt die Art oder das Niveau der deutschen Sprache, die verwendet wird, die Migrant:innen häufig vor Probleme. Des Weiteren ist den Befragten Migrant:innen häufig nicht klar, worum es in den einzelnen Beteiligungsformaten überhaupt geht und was dort auf einen zukommt. Die Migrant:innen denken, sie können nichts dazu beitragen, was dort geschieht oder „sowieso

nichts ändern“. Das stellt insofern eine Barriere dar, dass den befragten Migrant:innen nicht eindeutig vermittelt wurde, was Bürger:innenbeteiligung ist und welchen Nutzen sie hat. Somit fühlten Sie sich von den Angeboten der Beteiligung bislang nicht angesprochen.

Eine weitere Barriere stellt ein grundsätzliches, wie bekanntes Problem, dar: Unwissenheit. Einige Expert:innen gaben an, die Möglichkeiten der Beteiligung dringe nicht zu den migrantischen Communities durch. So gab auch ein Großteil der Befragten an, nicht zu wissen, dass man sich beteiligen kann bzw. dass es sowas überhaupt gibt.

Die Art der Kommunikation und die Wege der Verbreitung der Beteiligungsangebote sind für die Teilnehmenden die größten Barrieren.

Die Anreize, die die Migrant:innen beeinflussen lassen sich als gegensätzliches Argument zu den Barrieren ebenfalls in vielen Punkten unter Kommunikationsaspekten verknüpfen. So stellt sich heraus, dass viele Anreize mit sprachlichen und visuellen Mitteln gesetzt werden können. Die Expert:innen und befragten Migrant:innen stellen hierbei die Art der Ansprache in den Fokus der Anreize. Beispielsweise mit einfacherer Sprache, mit Bild- und spielerischen Elementen und klaren Inhalten sollten die Angebote beworben werden. Digitale Beteiligung bietet die Möglichkeiten, schnell und für alle zugängliche Informationen bereit zu stellen. Dennoch hat es Vorteile, aufgrund der hohen Komplexität vieler Sachverhalte, weiterhin eine Mischung aus digitalen und analogen Formaten anzubieten. Der persönliche Kontakt kann dabei helfen, Missverständnisse zu klären.

Ein jedoch nicht zu vernachlässigender Punkt stellt die Identifizierung der Multiplikatoren vor Ort dar. Wenn die Organisationen, Communityworker und Multiplikatoren in die Beteiligungsprozesse mit eingebunden werden, können die Anreize von denen ausgehen, woraufhin eine höhere und vor allem nachhaltigere Beteiligung zu erwarten ist. Diese können auch die Rolle einnehmen, die Menschen mit Migrationshintergrund mit digitalen Tools der Partizipation vertraut zu machen.

Ein weiterer Anreiz, gerade für jüngere mögliche Teilnehmer:innen der Beteiligung, kann ein Fokus auf das Smartphone sein. Eine App oder besonders auf das Smartphone ausgelegte Software kann mit weiteren, eben genannten Anreizen wie einfacherer Sprache und vor allem visuellen Methoden verknüpft werden.

Viele Befragte gaben an, dass es mehr Beteiligungsangebote geben müsse, die sich speziell an Migrant:innen richten. Hier könnten ebenfalls Anreize gesetzt werden, wenn die Beteiligung in migrantisch geprägten Vierteln die verschiedenen Communities konkret anspricht und gegebenenfalls Angebote für die unterschiedlichen Gruppen im Viertel unterbreiten werden.

So lässt sich final festhalten, dass es für die große, heterogene Gruppe an Migrant:innen in Hamburg vielfältige Barrieren und verschiedene Anreize gibt. Die meisten Barrieren und Anreize lassen sich unter dem weiten Begriff der Kommunikation zusammenfassen. Es gilt in Zukunft eindeutig formulierte, bedarfs- und zielgruppengerechte Ansprachen zu entwickeln, um diese Gruppen stärker und nachhaltig digital zu erreichen und beteiligen.

5.2 Methodenkritik und Fehlerbetrachtung

Die Rekrutierung der Teilnehmer:innen für die Umfrage stellte sich als schwierig heraus. Die in der Literatur und teilweise von den Expert:innen als schwer erreichbare Zielgruppe der Migrant:innen ist demnach auch für eine Umfrage dieser Art schwer zu rekrutieren, auch wenn die große Zielgruppe der Migrant:innen (in Hamburg) nachweisliches Interesse an Bürger:innenbeteiligung aufweist. Die generelle Problemstellung der Arbeit spiegelt sich somit auch in der quantitativen Methodik wider.

Die Anzahl der Teilnehmer:innen lässt keinen Anspruch auf Repräsentativität zu. Trotzdem kann festgehalten werden, dass ein Großteil der Befragten bisher noch nie an Beteiligungsangeboten teilgenommen hat und somit eine gewisse Anzahl Personen erstmalig für das Thema sensibilisiert worden ist. Hierbei sollte jedoch beachtet werden, dass die Teilnehmenden Menschen mit Migrationshintergrund vermutlich ein grundlegendes Interesse an Beteiligung bereits mitbringen, da sonst an der Umfrage eventuell nicht teilgenommen worden wäre. Trotzdem hat ein Großteil der Befragten bisher noch keine Angebote der Beteiligung in Hamburg wahrgenommen und bekundet sich mehr beteiligen zu wollen, als sie es bisher taten.

Die kleine Stichprobe lässt demnach nur Tendenzen formulieren. Die analysierten Barrieren und Anreize der Migrant:innen in Hamburg in der Stadtentwicklung lassen sich mit dieser standardisierten Befragung statistisch nicht eindeutig beweisen. Wie schon in der Überprüfung der Hypothesen angemerkt, weisen die p-Werte bei allen Chi²-tests bei den vorliegenden Daten außerordentlich hohe Signifikanzen auf. Es konnte keine Nullhypothese zurückgewiesen werden. Damit sind die Daten tendenziell nicht valide und lassen keine statistisch belegbaren Aussagen zu.

Nichtsdestotrotz gilt es zu identifizieren, weshalb nicht eine größere Stichprobe möglich war. Zum einen ging es bei der Umfrage um eine allgemeine Typologie, nicht um Beteiligung an einem konkreten Projekt. Wie sich in der Literatur und in den Interviews herausstellte, sind das Interesse und die Bereitschaft sich zu beteiligen höher, wenn die Beteiligung an ein Projekt

oder eine Maßnahme gebunden ist, die die möglichen Teilnehmenden unmittelbar betrifft. Somit könnte eine sehr allgemeine Umfrage zu dem Thema hinderlich für eine Durchführung gewesen sein. Vielleicht wäre eine Umfrage zu einer spezifischen Maßnahme in einem Stadtteil sinnvoller gewesen, wenngleich die Zielgruppe dadurch sehr beschränkt worden wäre.

Als ein weiterer Kritikpunkt an der Qualität der quantitativen Ergebnisse kann eine gewisse soziale Erwünschtheit erwartet werden. Die Befragten könnten Antworten in der Annahme geben, dass eine hohe Bereitschaft oder ein hohes Interesse an Beteiligung vom Ersteller der Umfrage erwünscht ist. Somit sind auch die teilweise hohen Zustimmungsraten zur möglichen digitalen Beteiligung mit Vorsicht zu betrachten.

Der mangelnden Größe der Stichprobe zum Trotz hat sich die Kombination aus qualitativen Interviews und einer quantitativen Befragung als geeignet herausgestellt. Wie in der Literatur angemerkt wird, können die unterschiedlichen Methoden die Schwachstellen der jeweils anderen minimieren. Ohne die Interviews wären eine detaillierte Hypothesenaufstellung und die Erstellung des Fragebogens deutlich schwieriger gewesen. Ohne die, zwar kleine, Stichprobe in der Befragung wären die unterschiedlichen Aussagen aus den Interviews nicht einzuordnen.

Es stand zur Debatte, ob die Arbeit auch ohne die Ergebnisse der Befragung, also nur mit den qualitativen Expert:inneninterviews funktioniert hätte. Die Aussagen aus den Interviews lassen grundsätzlich wenig überraschende Ergebnisse erkennbar machen. Die Überprüfung der Hypothesen mit der kleinen Stichprobe der Umfrage stellt einen nicht validen, aber wichtigen Schritt dar, um die widersprüchlichen Aussagen der Expert:innen in einen Zusammenhang zu bringen.

5.3 Ausblick

In Zukunft sollte vermehrt untersucht werden, inwieweit digitale Tools oder die Nutzung des Smartphones die Beteiligung von Gruppen wie Migrant:innen erhöhen kann. Die Potentiale in der Bevölkerung zur verstärkten Nutzung solcher scheinen vorhanden. Der Bereich der digitalen Beteiligung steckt nicht nur in Hamburg noch am Beginn der Entwicklung. Eine Beteiligung mit ausschließlich digitalen Tools ist für einen Teil der Zielgruppe relevant, für einen Großteil der Migrant:innen bietet sich dennoch eine hybride Nutzung von analogen und digitalen Methoden an.

Am ehesten bedarf es hierbei der empirischen Forschung. Interessant wäre es in der Praxis genau zu erforschen, welche Mittel der Ansprache für digitale Beteiligung in migrantisch

geprägten Vierteln gewählt wurden. Die Resonanzen bei unterschiedlichen Strategien können verglichen werden, um den besten Weg für die verschiedenen migrantischen Communities herauszufinden. Das wäre ein Ansatz, der aus Sicht der Stadtverwaltungen getan werden könnte.

Zudem wäre hilfreich, neue digitale Wege zu erproben, die vorrangig über das Smartphone zu bewerkstelligen sind. Beispielsweise könnte eine App testweise erforscht werden, die niedrigschwellig, mit klaren Visualisierungen und Inhalten aufgebaut ist.

Des Weiteren kann eine vergleichende Analyse von Best-Practice Online-Beteiligungstools aus verschiedenen Städten in der Welt einen Teil zu der Forschungslücke beitragen. Es könnten die Vorteile der verschiedenen Ansätze kombiniert werden und beispielsweise in eine, wie eben angesprochen, App oder Smartphone-kompatibel aufgebauten Werkzeug getestet werden.

Die Forschung über digitale Werkzeuge in der Stadtentwicklung steckt noch in den Kinderschuhen. Die Einleitung thematisierte bereits die stärker digitalisierte Gesellschaft. In dieser ist es unumgänglich Online-Beteiligungsverfahren zu erforschen, entwickeln und zu nutzen.

Literaturverzeichnis

Alemann, U. von 2011. 40 Jahre Bürgerbeteiligung - Demokratie als Wagnis, in: Beck, K., Ziekow, J. (Eds.). Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Wege zur Vitalisierung der Demokratie. VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 201–213.

Arnstein, S.R. 1969. A Ladder Of Citizen Participation. *Journal of the American Institute of Planners* 35 (4), 216–224. doi:10.1080/01944366908977225.

BBSR 2017. Die Weisheit der Vielen: Bürgerbeteiligung im digitalen Zeitalter, Bonn.

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt 2012. Was ist die Stadtwerkstatt?, Hamburg.

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2012. Wofür steht die Stadtwerkstatt? <https://www.hamburg.de/aufgabe/3364708/wofuer-steht-stadtwerkstatt/>. Accessed 21 October 2021.

BEIBWENGER, K.-D. 2003. Strategien für die soziale Stadt: Erfahrungen und Perspektiven - Umsetzung des Bund-Länder-Programms "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt" ; Bericht der Programmbegleitung. Dt. Inst. für Urbanistik, Berlin.

BENGESESSER, C. 2011. Im Blickpunkt: E-Partizipation, Marl.

- Benz, A. 2004. Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Benz, A., Dose, N. 2010. Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen: Eine Einführung, 2., aktualisierte und veränd. Aufl. ed. Lehrbuch 1. VS Verl. für Sozialwiss, Wiesbaden.
- Benz, A., Lütz, S., Schimank, U., Simonis, G. 2007. Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, 1. Aufl. ed. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, Wiesbaden.
- Bertelsmann Stiftung 2018. Wegweiser breite Bürgerbeteiligung: Argumente, Methoden, Praxisbeispiele, Berlin.
- Bitkom 2021. Bitkom stellt Studie zu E-Democracy vor.
- Böhnke, P. 2011. Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. Aus Politik und Zeitgeschichte 2011 (1-2), 18–27. doi:
- Brinkmann, H.U., Uslucan, H.-H. 2013. Dabeisein und Dazugehören: Integration in Deutschland. Springer VS, Wiesbaden.
- BRÖCHLER, S., LAUTH, H.-J. 2015. Von Government zu Governance: Informales Regieren im Vergleich. Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft Special issue 4. Springer VS, Wiesbaden.
- BRUNNENGRÄBER, A.e.a. 2004. Interdisziplinarität in der Governance-Forschung: Discussion paper, Berlin.
- BSW 2021. DIPAS: Über DIPAS. <https://dipas.org/ueber-dipas>. Accessed 21 October 2021.
- Buckel, S. 2011. Urban Governance und irreguläre Migration: Städtische Politik als Handlungsraum im Konfliktfeld irreguläre Migration, in: Frey, O., Koch, F. (Eds.). Die Zukunft der Europäischen Stadt: Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel. VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 246–262.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017a. Webbasierte Medien in der Stadtentwicklung: Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in der digitalen Gesellschaft, Bonn.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung 2017b. Zukunft im Quartier gestalten - Beteiligung für Zuwanderer verbessern: Ein Projekt des Forschungsprogramms "Experimenteller Wohnungs- und Städtebau" (ExWoSt) des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), betreut vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

- (BBR), Stand April 2017 ed. Bundesinstitut für Bau- Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2021. Public Private Partnership (PPP), Berlin.
- Bundesregierung 2019. 12. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Deutschland kann Integration: Potenziale fördern, Integration fördern, Zusammenhalt stärken. Drucksache 19/15740.
- Caballero, L., Diehl, S. 2020. Politische Partizipation und Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz: Eine Untersuchung von kommunalpolitisch Handelnden, 1. Auflage ed. Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Mainz.
- CLEMENT, U., NOWAK, J., SCHERRER, C., RUß, S. 2010. Public Governance und schwache Interessen, 1. Aufl. ed. VS Verl. für Sozialwiss, Wiesbaden.
- D'AMATO, G. 2005. Vom Ausländer zum Bürger: Der Streit um die politische Integration von Einwanderern in Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Zugl.: Potsdam, Univ., Diss., 1998, 3. Aufl. ed. Region - Nation - Europa 5. Lit, Münster.
- DÖRING, N., BORTZ, J. 2016. Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften. Springer Berlin Heidelberg, Berlin, Heidelberg.
- Dose, N. 2013. Von Government zu Governance: Regieren unter veränderten Bedingungen, in: Korte, K.-R., Grunden, T. (Eds.). Handbuch Regierungsforschung. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 53–60.
- Döweling, A. 2019. Hindernisse und Grenzen der (Online-)Beteiligung, in: Döweling, A. (Ed.). Digitalisierung innerparteilicher Entscheidungsrechte: Beteiligung von Parteimitgliedern an Personalwahlen und Abstimmungen im Internet. Springer VS, Wiesbaden, pp. 61–68.
- Einig, K., Grabher, G., Ibert, O., Strubelt, W. 2005. Urban Governance. Informationen zur Raumentwicklung (9), I–IX. doi:
- FAULENBACH, B. 2005. Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. <https://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39587/die-vertreibung-der-deutschen>.
- FISCHER, F. 2012. Participatory Governance: From Theory To Practice. Oxford University Press.
- Freie und Hansestadt Hamburg 2013. Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung RISE, Hamburg.
- Freie und Hansestadt Hamburg 2019. Hand in Hand gestalten - Quartiersbeiräte und Verfügungsfonds.

- Freie und Hansestadt Hamburg - Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen 2013. Hamburg gemeinsam gestalten.
- Freund, B. 2010. Portugiesische Restaurants und Cafés in Hamburg: Beginn eines ethnischen Gewerbes?, in: Pinheiro, T. (Ed.). Portugiesische Migrationen: Geschichte, Repräsentation und Erinnerungskulturen. VS Verl. für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, pp. 131–151.
- Friesecke, F. 2017. Aktivierung von beteiligungsschwachen Gruppen in der Stadt- und Quartiersentwicklung, in: Bauer, H., Büchner, C., Hajasch, L. (Eds.). Partizipation in der Bürgerkommune. Universitätsverlag, Potsdam, pp. 117–138.
- Fürst, D. 2004. Regional Governance, in: Benz, A. (Ed.). Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 45–62.
- Fürst, D. 2007. Governance. Einblicke in die Diskussion. Städte im Umbruch - Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau & Regenerierung 4/2007, 5–11. doi:
- Gabriel, O.W. 2020. Partizipation im Wandel | bpb. Bundeszentrale für politische Bildung, 18 May 2020. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/308683/partizipation-im-wandel>. Accessed 04 October 2021.
- Gbikpi, B., Grote, J.R. 2002. From democratic Government to Participatory Governance, in: Grote, J.R., Gbikpi, B. (Eds.). Participatory governance: Political and societal implications. Leske + Budrich, Opladen, pp. 17–35.
- Geißel, B. 2007. Zur (Un-)Möglichkeit von local Governance mit Zivilgesellschaft: Konzepte und empirische Befunde, in: Schwalb, L., Walk, H., Walk, H. (Eds.). Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe? VS Verl. für Sozialwiss, Wiesbaden, pp. 23–39.
- Geißler, R. 2014a. Migration und Integration. Informationen zur Politischen Bildung 2014 (324), 40–53. doi:
- Geißler, R. 2014b. Migration und Integration | bpb. Bundeszentrale für politische Bildung, 16 December 2014. <https://www.bpb.de/izpb/198020/migration-und-integration>. Accessed 14 September 2021.
- Greco, A.L., Völcker, M. 2017. Mixed Methods, in: Maier, M.S., Keßler, C.I., Deppe, U., Leuthold-Wergin, A., Sandring, S. (Eds.). Qualitative Bildungsforschung: Methodische und Methodologische Herausforderungen in der Forschungspraxis. Vieweg, Wiesbaden, pp. 229–246.
- GROBE, K. 2018. Benutzerzentrierte E-Partizipation. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden.

- Grote, J.R. 2008. Local Governance und organisierte Zivilgesellschaft, in: Schuppert, G.F., Zürn, M. (Eds.). Governance in einer sich wandelnden Welt. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 39–67.
- GRZESIOK, S. 2017. Bündnisse für Wohnen im Quartier. Dissertation. Quartiersforschung.
- HÄDER, M. 2015. Empirische Sozialforschung: Eine Einführung, 3. Aufl. ed. Springer VS, Wiesbaden.
- Häder, M., Häder, S. 2014. Stichprobenziehung in der quantitativen Sozialforschung, in: Baur, N., Blasius, J. (Eds.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Springer VS, Wiesbaden, pp. 284–297.
- HEINELT, H. 2010. Governing modern societies: Towards participatory governance. Routledge studies in governance and public policy 13. Routledge, London, New York.
- HEMETEK, U. 2018. Partizipation im Wohnumfeld: Benachteiligungsaspekte bei der Teilhabe von sozial benachteiligten Menschen mit Migrationshintergrund an der Gestaltung ihres Wohnumfeldes aus Public Health Perspektive, Bremen.
- Hennemann, M., Wiegandt, C. 2010. E-Partizipation in der Stadtplanung. Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung im Informationszeitalter, in: Hatzelhoff, L. (Ed.). E-Government und Stadtentwicklung: ...Tagung e-motion 2009. LIT-Verl., Münster, pp. 99–115.
- HERBERG, J., KAMLAGE, J.-H., GABLER, J., GOERKE, U., GÜRTLER, K., HAAS, T., LÖW BEER, D., LUH, V., KNOBBE, S., REINERMANN, J., STAEMMLER, J., VENGHAUS, S. 2020. Partizipative Governance und nachhaltiger Strukturwandel. Zwischenstand und Handlungsmöglichkeiten in der Lausitz und im Rheinischen Revier. Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS).
- Herbert, U., Schönhagen, J. 2020. Vor dem 5. September.: Die "Flüchtlingskrise" 2015 im historischen Kontext. Aus Politik und Zeitgeschichte 70 (30-32), 27–36. doi:
- Hilz, M. 2019. Governance in der Kritik, in: Möltgen-Sicking, K., Winter, T. (Eds.). Governance: Eine Einführung in Grundlagen und Politikfelder. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 269–296.
- Hohn, U., Lötscher, L., Wiegandt, C. 2006. Governance: ein Erklärungsansatz für Stadtentwicklungsprozesse. Berichte zur deutschen Landeskunde 80 (1), 5–15. doi:
- Holtkamp, L. 2011. Der lokale Sozialstaat im Lichte kommunaler Governance Trends.: Partizipative Wende oder das Ende der kommunalen Selbstverwaltung?, in: Hanesch, W. (Ed.). Die Zukunft der "Sozialen Stadt": Strategien gegen soziale Spaltung und Armut in den Kommunen. VS Verlag, Wiesbaden, pp. 157–181.

- HUMMEL, K. 2009. Die Bürgerschaftlichkeit unserer Städte: Für eine neue Engagementpolitik in den Kommunen. Lambertus-Verlag, Freiburg.
- HUSSY, W., SCHREIER, M., ECHTERHOFF, G. 2013. Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften für Bachelor, 2., überarbeitete Auflage ed. Springer-Lehrbuch. Springer, Berlin, Heidelberg.
- Jakubowski, P. 2007. Urban Governance: Stimmt die Balance zwischen Legitimation und Effizienz? Städte im Umbruch - Das Online Magazin für Stadtentwicklung, Stadtschrumpfung, Stadtumbau & Regenerierung (4), 22–29. doi:
- Jann, W., Wegrich, K. 2004. Governance und Verwaltungspolitik, in: Benz, A. (Ed.). Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 193–212.
- KAST, A. 2008. Überfordert oder übersehen? Partizipation und Engagement von MigrantInnen im Quartier.
- Kelle, U. 2014. Mixed Methods, in: Baur, N., Blasius, J. (Eds.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Springer VS, Wiesbaden, pp. 153–167.
- Kersting, N. 2019. Online Partizipation: Evaluation und Entwicklung – Status quo und Zukunft, in: Hofmann, J., Kersting, N., Ritzi, C., Schönemann, W.J. (Eds.). Politik in der digitalen Gesellschaft: Zentrale Problemfelder und Forschungsperspektiven. transcript, Bielefeld, pp. 105–122.
- KIENAST, G., ALTROCK, U. 2018. Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung und im Wohnungsbau, Berlin.
- KLENK, T., NULLMEIER, F. 2004. Public Governance als Reformstrategie.
- KÖNIG, D. 2019. Politische Partizipation von Migranten in Europa, [1. Auflage] ed. Schriftenreihe Studien zur Migrationsforschung Band 19. Verlag Dr. Kovač, Hamburg.
- Kooiman, J. 2002. Governance: A Social-Political Perspective, in: Grote, J.R., Gbikpi, B. (Eds.). Participatory governance: Political and societal implications. Leske + Budrich, Opladen, pp. 71–97.
- Krebs, D., Menold, N. 2014. Gütekriterien quantitativer Sozialforschung, in: Baur, N., Blasius, J. (Eds.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Springer VS, Wiesbaden, pp. 425–439.
- Leitner, M. 2018. Digitale Bürgerbeteiligung: Forschung und Praxis - Chancen und Herausforderungen der elektronischen Partizipation. Springer Vieweg, Wiesbaden.
- Lietz, R. 2013. Lotsen, Mittler, Multiplikatoren–Die Potenziale „etablierter“ Migranten für Integration und Partizipation, in: Esen, E., Borde, T. (Eds.). Forschen, Lehren und

- Zusammenarbeiten in Gesellschaft, Gesundheit und Bildung: Deutschland und die Türkei, Ankara, pp. 353–368.
- Lpb BW 2020. Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger: Mach Mit! <https://www.lpb-bw.de/beteiligung>. Accessed 27 October 2021.
- MATTISSEK, A., PFAFFENBACH, C., REUBER, P. 2013. Methoden der empirischen Humangeographie, 2. Auflage, Neubearbeitung ed. Das Geographische Seminar. Westermann, Braunschweig.
- MAYER, H.O. 2013. Interview und schriftliche Befragung: Grundlagen und Methoden empirischer Sozialforschung, 6., überarbeitete Auflage ed. Oldenbourg Verlag, München.
- Mayntz, R. 2004a. Governance im modernen Staat, in: Benz, A. (Ed.). Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 65–76.
- Mayntz, R. 2004b. Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie. MPIfG Working Paper (04/01). doi:
- Mayring, P., Fenzl, T. 2014. Qualitative Inhaltsanalyse, in: Baur, N., Blasius, J. (Eds.). Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung. Springer VS, Wiesbaden, pp. 633–648.
- MEINERT, G. 2006. Städtische Regierungskunst: Aspekte einer Good Urban Governance. Dossier Megastädte.
- Möltgen-Sicking, K. 2019. Lokale und regionale Governance als Ansätze der Steuerung, Koordination und Organisation in Kommunen und Regionen, in: Möltgen-Sicking, K., Winter, T. (Eds.). Governance: Eine Einführung in Grundlagen und Politikfelder. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 23–45.
- Möltgen-Sicking, K., Winter, T. 2019. Governance: Begriff, Varianten, Steuerungsformen, Akteure und Rollen, in: Möltgen-Sicking, K., Winter, T. (Eds.). Governance: Eine Einführung in Grundlagen und Politikfelder. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 1–23.
- NANZ, P., FRITSCHKE, M. 2012. Handbuch Bürgerbeteiligung: Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen. Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn.
- Naumann, S. 2012. Partizipation mit Migrant*innenorganisationen, in: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (Ed.). Integration durch Partizipation, pp. 9–13.
- Nolte, P. 2011. Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. Aus Politik und Zeitgeschichte (1-2), 5–12. doi:
- Offe, C. 2008. Governance — „Empty signifier“ oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm?, in: Schuppert, G.F., Zürn, M. (Eds.). Governance in einer sich

- wandelnden Welt. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 61–76.
- Papadopoulos, Y. 2004. Governance und Demokratie, in: Benz, A. (Ed.). Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. VS Verlag für Sozialwissenschaften, pp. 215–233.
- PAUST, A. 2016. Grundlagen der Bürgerbeteiligung: Materialsammlung, Gütersloh.
- Peter, F., Reimer, R., Haas, O. 2006. Partizipation in der wachsenden Stadt?, in: Volkmann, R. (Ed.). Erfolgsmodell "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"?: Ein neoliberales Leitbild und seine Folgen. VSA-Verl., Hamburg, pp. 91–100.
- PUTNAM, R.D., LEONARDI, R., NANETTI, R.Y. 1994. Making Democracy Work: Civic Traditions in Modern Italy. Princeton University Press, Princeton.
- Renner, M. 2007. Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Stadtentwicklung - ein Überblick mit Beispielen aus Projekten. Informationen zur Raumentwicklung 1, 1–15. doi:
- Robinson, S.W. 2011. Handbuch zur Partizipation. Kulturbuch, Berlin.
- Roth, R. 2012. Integration durch Partizipation – eine vernachlässigte Handlungsoption, in: vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V. (Ed.). Integration durch Partizipation, pp. 2–9.
- Rütter, T. 2015. Die neuen Nachbarn sind da!: Zur Integration und Wohnsituation ausländischer Arbeitnehmer in Hamburg 1955. Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte 2015 (101), 163–192. doi:
- Sachs, M., Goraczek, M., Rinnerbauer, B., Schoßböck, J. 2018. Elektronische Bürgerbeteiligung in der Praxis: Anwendungsbeispiele, Chancen und Risiken, in: Leitner, M. (Ed.). Digitale Bürgerbeteiligung: Forschung und Praxis - Chancen und Herausforderungen der elektronischen Partizipation. Springer Vieweg, Wiesbaden, pp. 41–68.
- SAS Institute 2013. Open Government Wünschen Bürger mehr Beteiligung?
- SCHÄFFER-VEENSTRA, V. 2013. Urban Governance und nachhaltige Quartiere: Ein Beitrag zur Förderung einer dauerhaft nachhaltigen Stadtentwicklung. Dissertation, Lausanne.
- Schedler, K. 2007. Public Management und Public Governance, in: Benz, A., Lütz, S., Schimank, U., Simonis, G. (Eds.). Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 253–269.
- SCHINDLER, D., GREVEN, M.T., SARETZKI, T. 2011. Urban Governance - Wandel durch das Leitbild Nachhaltigkeit?: Stadtentwicklungspolitik in Hamburg und Wien. Zugl.: Hamburg,

- Univ., Diss. 2009 u.d.T.: Urban Governance - Wandel von politischen Steuerungsmustern durch das Leitbild Nachhaltigkeit? Kassel University Press, Kassel, Hess.
- Schlozman, K.L., Verba, S., Brady, H.E. 2010. Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. *Persp on Pol* 8 (2), 487–509. doi:10.1017/S1537592710001210.
- Schmidt, G. 2011. Urban Governance im Spannungsfeld zwischen Partizipation und Effektivität: Erfahrungen mit dem New Deal for Communities-Programm in Bristol, in: Frey, O., Koch, F. (Eds.). *Die Zukunft der Europäischen Stadt: Stadtpolitik, Stadtplanung und Stadtgesellschaft im Wandel*. VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 229–246.
- SCHMIDT, G. 2014. *Urban governance zwischen Inklusion und Effektivität: Lokale Partnerschaften in New Labours integrierter Stadtteilentwicklung*. Bürgergesellschaft und Demokratie Bd. 40. Springer VS, Wiesbaden.
- Schmitter, P. 2002. Participation in Governance Arrangements: Is there any Reason to Expect it will Achieve "Sustainable and innovative Policies in a Multilevel Context"?, in: Grote, J.R., Gbikpi, B. (Eds.). *Participatory governance: Political and societal implications*. Leske + Budrich, Opladen, pp. 51–71.
- SCHNEIDER, J. 2007. *Rückblick: Zuwanderungsgesetz 2005*.
- SCHÖNHUTH, M., JERRENTROP, M.T. 2019. *Partizipation und nachhaltige Entwicklung*. Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden.
- Schwalb, L., Walk, H., Walk, H. 2007. *Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?*, 1. Aufl. ed. Bürgergesellschaft und Demokratie 24. VS Verl. für Sozialwiss, Wiesbaden.
- SEIBEL, W. 2017. *Verwaltung verstehen: Eine theoriegeschichtliche Einführung*, 3. Auflage ed. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 2200. Suhrkamp, Berlin.
- Selle, K. 2007. *Stadtentwicklung und Bürgerbeteiligung - Auf dem Weg zu einer kommunikativen Planungskultur?: Alltägliche Probleme, neue Herausforderungen*. *Informationen zur Raumentwicklung* 2007 (1), 63–71. doi:
- Selle, K. 2014. *Stadtentwicklung aus der „Governance-Perspektive: Eine veränderte Sicht auf den Beitrag öffentlicher Akteure zur räumlichen Entwicklung – früher und heute*, in: Altrock, U. (Ed.). *Wer entwickelt die Stadt?: Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure - Strategien - Strukturen*. transcript Verlag, s.l., pp. 27–49.
- Sinning, H. 2005. *Partizipation – neue Anforderungen an eine bewährte Governanceform*. *Informationen zur Raumentwicklung* (9), 579–588. doi:

- Sinning, H. 2006. Urban Governance und Stadtentwicklung: Zur Rolle des Bürgers als aktiver Mitgestalter und Koproduzent. *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* (1), 87–90. doi:
- Sinus Institut 2021. Sinus-Milieus® Deutschland. <https://www.sinus-institut.de/sinus-milieus/sinus-milieus-deutschland>. Accessed 27 October 2021.
- SPD HAMBURG, B.G. 2015. Koalitionsvertragüber die Zusammenarbeit in der 21. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft.
- SPD HAMBURG, B.G. 2020. Zuversichtlich, solidarisch, nachhaltig – Hamburgs Zukunft kraftvoll gestalten: Koalitionsvertrag über die Zusammenarbeit in der 22. Legislaturperiode der Hamburgischen Bürgerschaft zwischen der SPD, Landesorganisation Hamburg und Bündnis 90/Die Grünen, Landesverband Hamburg.
- Statista 2021. Anteil der Internetnutzer in Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund.
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4483/umfrage/internetnutzung-nach-migrationshintergrund/>.
- Statistikamt Nord 2021. Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den Hamburger Stadtteilen. STATISTISCHE BERICHTE.
- THEWES, C., SAALBACH, C., KOHLER, U. 2014. Bürgerbeteiligung bei umweltrelevanten Großprojekten: Der Beteiligungs-Bias als methodisches Instrument zur Bewertung von Beteiligungsverfahren.
- TÜV NORD AG 2020. Das Comeback des QR-Codes. <https://www.tuev-nord.de/explore/de/entdeckt/das-comeback-des-qr-codes/>.
- vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtwicklung e. V. 2018. Migranten, Meinungen, Milieus: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Deutschland – Identität, Teilhabe und ihr Leben vor Ort, Berlin.
- Volkman, R. 2006. Erfolgsmodell "Metropole Hamburg - Wachsende Stadt"?: Ein neoliberales Leitbild und seine Folgen. VSA-Verl., Hamburg.
- Wald, A., Jansen, D. 2007. Netzwerke, in: Benz, A., Lütz, S., Schimank, U., Simonis, G. (Eds.). *Handbuch Governance: Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 90–102.
- WALK, H. 2008. Partizipative Governance: Beteiligungsformen und Beteiligungsrechte im Mehrebenensystem der Klimapolitik. VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, Wiesbaden.

- Walk, H. 2011. Partizipationsformen und neue Beteiligungsprojekte im Rahmen des Governancebegriffs, in: Beck, K., Ziekow, J. (Eds.). Mehr Bürgerbeteiligung wagen: Wege zur Vitalisierung der Demokratie. VS Verlag für Sozialwissenschaften / Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH Wiesbaden, Wiesbaden, pp. 63–75.
- Walther, U.-J. 2002. Soziale Stadt - Zwischenbilanzen: Ein Programm auf dem Weg zur sozialen Stadt? Leske + Budrich, Opladen.
- WELKER, M. 2014. Handbuch Online-Forschung: Sozialwissenschaftliche Datengewinnung und -auswertung in digitalen Netzen. Neue Schriften zur Online-Forschung. Herbert von Halem Verlag, Köln.
- Wenning, N. 1994. Migration in Deutschland. doi:10.25656/01:1616.
- Windisch, R., Riester, A. 2012. Migrantenorganisationen: ein verborgenes Potenzial für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit, in: Kraas, F. (Ed.). Urbanisierung und internationale Migration: Migrantenökonomien und Migrationspolitik in Städten. Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Baden-Baden, pp. 123–135.
- WINKEL, J., FICHTEN, W., GROßMANN, K. 2017. Forschendes Lernen an der Europa-Universität Flensburg. Schriften zur Professionalisierung im Rahmen einer phasenübergreifenden Lehrerinnen- und Lehrerbildung, Flensburg.
- WOELLERT, F., KRÖHNERT, S., SIPPEL, L., KLINGHOLZ, R. 2009. Ungenutzte Potenziale: Zur Lage der Integration in Deutschland, 1. Aufl. ed., Berlin.
- Wüst, T. 2008. Wollen und Sollen - Governance und Steuerung im Sozialraum, in: Alich, M., May, M. (Eds.). Kompetenzen im Sozialraum: Sozialraumentwicklung und -organisation als transdisziplinäres Projekt. Verlag Barbara Budrich, Opladen, pp. 177–197.

Anhang 1

Anhang 1: Beispielleitfaden aus einem Interview:

Interview Leitfaden Stadtteilbüro Billstedt

1. Zu Beginn des Gesprächs würde ich Sie kurz bitten sich vorzustellen und in welcher Position und/oder Stelle tätig sind.
2. Migrant:innen gehören in der Literatur zu Partizipation zu den sogenannten schwer erreichbaren Gruppen. Würden sie dem zustimmen?
3. Warum sollte man diese Gruppen mit in die Planung oder Entwicklung mit einbeziehen? Vorteile? Integration?
4. Mit welchen Hürden oder Barrieren werden Migrant:innen in der Partizipation konfrontiert?
 - a. Sprache, fehlende Informationen, politische Anerkennung?
5. Müssen neue Zugänge zu Migrant:innen in den Vierteln gefunden werden? Anreize, Was machen, damit Migrant:innen sich angesprochen fühlen?
6. Denken Sie, dass digitale Beteiligungswerkzeuge eine Lösung sind, um schwer erreichbare Gruppen wie Migrant:innen zu erreichen?
 - a. Falls ja, wie müssen diese Werkzeuge aussehen/aufgebaut sein?
 - b. Falls nein, wie könnte das in Zukunft funktionieren? Sehen Sie Chancen, dass digitale Beteiligung in Zukunft wichtiger wird, auch bei Migrant:innen?
7. Haben Sie in der Vergangenheit bereits Erfahrungen mit digitaler Beteiligung und Migrant:innen gemacht?
 - a. Was hat funktioniert? Was nicht?
8. Welche Rolle spielen Multiplikatoren oder die Netzwerke der Migrant:innen bei der Erreichbarkeit von Migrant:innen?
9. Ich beabsichtige Umfrage durchzuführen, die möglichst viele Migrant:innen erreichen soll. Bei der Umfrage sollen Migrant:innen die aktuelle Bürgerbeteiligung bewerten und ob digitale Beteiligungsmethoden für sie eher in Frage kommen. Haben Sie vielleicht Tipps für die Parameter, Sprachen, die Länge, die Kontaktaufnahme etc?

1 Frage zum Abschluss:

- Wenn Sie noch weitere Partner kennen, die für ein Interview geeignet sind, freue ich mich auch dort über Kontakte. Z.b. Menschen die in Migrant:innenorganisationen arbeiten oder in einer Form mit (digitaler) Beteiligung/schwer erreichbaren Gruppen zu tun haben.

Anhang 2: Codebuch mit Definition und Ankerbeispielen

	Codesystem
1 politische Problemlösungsfähigkeit	6
2 Schwer erreichbare Gruppe	21
3 DIPAS	5
4 Migrantennilieu	5
5 Gesellschaftliche Integration	16
6 Migrantennetzwerke	12
7 Demokratische Legitimität	13
8 Umfrage	29
9 Wege der Erreichbarkeit	0
9.1 Klassische Medien	4
9.2 Persönliche Ansprache	6
9.3 Aktivitäten/Veranstaltungen	11
9.4 Digitale Medien	19
9.4.1 Soziale Medien/Smartphone	8
9.5 Multiplikatoren	34
10 Lokale Gegebenheiten	9
11 Digitale Beteiligung der Migrantinnen	13
11.1 Möglichkeiten	6
11.2 Hürden und Barrieren	0
11.2.1 Ansprache	11
11.2.2 Fehlende Informationen	6
11.2.3 Ursachen	16
11.2.4 Zugang/Kenntnisse zu/von Digitalen Geräten	11
11.2.5 Politische Anerkennung	12
11.2.6 Sprache	19
11.3 Anreize	0
11.3.1 Ansprache	9
11.3.2 Sprachliche Anreize	18
11.3.3 Differenzierung	20
12 Vorstellung	8

1 politische Problemlösungsfähigkeit

Definition: Aussagen darüber, ob und wie die Beteiligung von Migrantinnen zur Problemlösungsfähigkeit beitragen kann
 Ankerbeispiel: "Sie sind als Mitbewohner dieser Stadt eingeladen und wir wollen ihre Position erfahren. Wo hakt es denn und was gibts zu tun?" (4, Pos. 49)

2 Schwer erreichbare Gruppe

Definition: Aussagen auf die Frage, ob Migrantinnen zu den sogenannten schwer erreichbaren Gruppen in Bezug auf Beteiligung gehören
 Ankerbeispiel: "In dieser Hinsicht ja, der Zugang in den communities ist nicht immer einfach" (5, Pos. 8)

Definition: Aussagen über die digitalen Wege um Migrantinnen zu erreichen
 Ankerbeispiel: "Also das System E-mail gab es in meiner Heimat nicht. Es gab nur Termine, es hieß komm zum Termin und dann besprechen wir das." (3, Pos. 10)

9.4.1 Soziale Medien/Smartphone

Definition: Aussagen darüber, ob Migrantinnen über das Smartphone am ehesten zu erreichen sind
 Ankerbeispiel: "Ich habe selber jetzt so Zoom Konferenzen mitgemacht bei dem mir klar geworden ist, dass die jüngere Generation und das ist länderübergreifend, am ehesten über das Smartphone erreichbar ist" (4,17)

9.5 Multiplikatoren

Definition: Multiplikatoren nutzen, um auf Beteiligung aufmerksam zu machen
 Ankerbeispiel: "Da hilft es, wenn man es hinkriegt, Multiplikatoren aus der Szene selber konkret anzusprechen und zu sagen: "Das betrifft deine Community und wir wissen die kommen alle nicht zu einem bestimmten Meeting, aber komm du wenigstens und transportier es weiter." (1, Pos. 23)

10 Lokale Gegebenheiten

Definition: Aussagen zu spezifischen Faktoren die nur in der unmittelbaren Umgebung des Experten stattfinden
 Ankerbeispiel: Hier in Billstedt haben ca. 50% der Bewohnerinnen und Bewohner einen Migrationshintergrund (1, Pos. 7)

11 Digitale Beteiligung der Migrantinnen

Definition: Allgemeine Aussagen über mögliche digitale Partizipation von Migrantinnen
 Ankerbeispiel: "Meine Erfahrung ist mit diesen Leuten, dass digital in der Regel nicht gut funktioniert" (1, Pos. 9)

11.1 Möglichkeiten

Definition: Aussagen zu möglichen neuen Tools, Herangehensweisen oder auch Beispiele aus anderen Städten
 Ankerbeispiel: "Es gibt ja inzwischen auch zum Beispiel Der Verein Politik zum Anfassen: Die haben für das Handy ein Befragungstool, ein relativ einfaches, aber frei herunterzuladen für wenige Fragen glaube ich sehr gut geeignet." (12, Pos. 20)

11.2.1 Ansprache

Definition: Aussagen darüber, dass Migrantinnen sich beim Thema Partizipation nicht angesprochen fühlen.
 Ankerbeispiel: "Also dass Zugewanderte sich beim Thema Partizipation insgesamt, Stadtentwicklung vielleicht im spezifischen, überhaupt nicht gemeint und angesprochen fühlen, sehen sich nicht als Zielgruppe die überhaupt erreicht werden soll" (4, Pos. 5)

11.2.2 Fehlende Informationen

Definition: Migrantinnen sind nicht informiert über die mögliche Partizipation
 Ankerbeispiel: "Also wie gesagt, wenn diese Migranten nicht erreicht werden können, dann haben sie keine Ahnung über diese Angebote." (3, Pos. 24)

11.2.3 Ursachen

Definition: Ursachen, warum Migrantinnen sich nicht beteiligen.
 Ankerbeispiel: "Kein Einkommen, Probleme mit dem Vermieter, mit dem Familie, die über die ganze Welt verteilt ist vielleicht. Die haben teilweise andere Probleme als sich darüber zu unterhalten oder irgendwo eine Bushaltestelle eingerichtet wird oder ob irgendwo ein neues Wohnquartier entsteht." (1, Pos. 21)

11.2.4 Zugang/Kenntnisse zu/von Digitalen Geräten

Definition: Zugang zu digitalen Geräten, um überhaupt an digitaler Beteiligung teilzuhaben
 Ankerbeispiel: "Wie ist der Zugang von Kindern mit Migrationshintergrund beim Home schooling letztes Jahr der Zugriff auf Computer?" (12, Pos. 10)

3 DIPAS

Definition: Aussagen über das Digitale Partizipationssystem (DIPAS)
 Ankerbeispiel: "Es gibt verschiedene, ein Online-Tool, wenn ich mich richtig erinnere. Ein Online-Tool wo man einfach Kommentare reinschreibt. Ich kenne aber auch den schönen Tisch, den Kartentisch, den man sozusagen quasi davorstehend direkt steuern kann und wo man auch dinge hinterlassen kann." (12, Pos. 18)

4 Migrantennilieu

Definition: Wenn eines der Sinus-Milieus der Migranten genannt wird
 Ankerbeispiel: "Die meist älteren, religiös-verwurzelten, das alte Arbeitermilieu aus dem Industriezeitalter, das prekäre Milieu und die jüngeren Konsum-hedonistischen Milieus, also so die zweite/dritte Generation, dass die einfach das Gefühl haben, dass man sie nicht ernst nimmt (12, Pos. 8)"

5 Gesellschaftliche Integration

Definition: Partizipation als Mittel für gesellschaftliche Integration von Migrantinnen
 Ankerbeispiel: "Sie selbst haben davon natürlich auch einiges, indem sie den Lebensraum mitgestalten können." (16, Pos.6)

6 Migrantennetzwerke

Definition: Netzwerke von Migrantinnen
 Ankerbeispiel: "Ein starkes Netzwerk ist an dieser Stelle sehr förderlich. Also wenn es um normale, herkömmliche, analoge Beteiligung geht." (12, Pos. 14)

7 Demokratische Legitimität

Definition: Migrantinnen als Teil der Gesellschaft, wichtig für demokratische Legitimität
 Ankerbeispiel: "Sondern wenn wir hier zusammen leben wollen in einer diversen Gesellschaft, dann brauchen wir alle Stimmen" (4, Pos.49)

8 Umfrage

Definition: Fragen oder Antworten, die sich auf die quantitative Umfrage beziehen
 Ankerbeispiel: "Grundsätzlich ist es gut, wenn es nicht zu lange dauert. Viel mehr als 10-15 Minuten sind die Menschen nicht bereit zu investieren." (16, Pos. 24)

9 Wege der Erreichbarkeit

9.1 Klassische Medien

Definition: Aussagen über klassische Medien wie das Telefon, die Lokalzeitung oder Flyer, um Migrantinnen zu erreichen
 Ankerbeispiel: "Wir haben Flyer in Briefkästen gesteckt. Im Wochenblatt, das darf man glaub ich auch nicht unterschätzen, wird Werbung geschaltet lokal" (16, Pos. 20)

9.2 Persönliche Ansprache

Definition: Persönliche Ansprache, um auf Beteiligung aufmerksam zu machen
 Ankerbeispiel: "Und wir haben die Erfahrung, wenn wir versuchen Migrantinnen und Migranten gezielt anzusprechen, dass das unbedingt über persönliche Ansprache notwendig ist" (1, Pos. 9)

9.3 Aktivitäten/Veranstaltungen

Definition: Aktivitäten oder Veranstaltungen vor Ort, um auf Beteiligung aufmerksam zu machen
 Ankerbeispiel: "Also Aktivitäten jeder Art oder auch irgendwas kreatives, die Kinder können malen bspw. Aktivitäten jeder Art sind ein gutes Mittel um ins Gespräch zu kommen." (1, Pos. 17)

9.4 Digitale Medien

11.2.5 Politische Anerkennung

Definition: fehlende politische Anerkennung der Migrantinnen, Umgang der Behörden mit Migrantinnen
 Ankerbeispiel: "Die politische Anerkennung spielt manchmal diese Rolle." (3, Pos. 18)

11.2.6 Sprache

Definition: Die Sprache stellt eine Hürde zur Beteiligung dar.
 Ankerbeispiel: "Sondern wir sprechen von denen, die nicht erreicht werden und da ist das meistens das Problem, dass sie eben vielleicht der Sprache nicht gewachsen sind oder dem nicht nachfolgen können (15, Pos. 18)

11.3.1 Ansprache

Definition: Aussagen der Expertinnen über mögliche Strategien um Migrantinnen in Bezug auf Beteiligung anzusprechen
 Ankerbeispiel: "Mit eher wenig Text und einer guten Visualisierung, sodass die Leute sich angesprochen fühlen und Lust haben sich zu beteiligen." (18, Pos. 18)

11.3.2 Sprachliche Anreize

Definition: Empfehlungen oder Erfahrungen welche Sprache bei Migrantinnen verwendet werden sollte
 Ankerbeispiel: "Alles was man sprachlich direkt an die Leute richtet, sollte, man kann sagen eine Art leichte oder einfache Sprache sein. Einfache, kurze Sätze. Immer bedenken, deutsch ist nicht Erstsprache" (4, Pos.7)

11.3.3 Differenzierung

Definition: Aussagen über die heterogene Gruppe der Migrantinnen
 Ankerbeispiel: "Wirdlich ermuntern die Zielgruppe als Zielgruppe wahrzunehmen und ernst zu nehmen. In Ihrer Differenziertheit aber auch zu sehen. Man kann nicht sagen die "Migranten" (4, Pos. 7)

12 Vorstellung

Definition: Vorstellung des Experten, Name, Rolle/Position, Betrieb/Organisation
 Ankerbeispiel: "Mein Name ist *****. Ich bin Seniorwissenschaftler, Clusterkoordinator und Stellvertreter des Bereichsleiters Forschung beim vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (12, Pos. 2)

Anhang 3: Kontaktierte Organisationen und Kontaktdatum zur Verbreitung der Umfrage

AGIC	22. Sep
A.G.N.A. e.V.	22. Sep
Ahmadiyya Muslim Jamat Deutschland KdÖR	22. Sep
Alevitische Gemeinde Hamburg-Haak Bir e.V.	22. Sep
Alevitische Gemeinde Hamburg	22. Sep
Alevitische Gemeinde Harburg e.V.	22. Sep
alma terra e.V.	22. Sep
Amici della cultura Italiana di Amburgo e.V.	22. Sep
Angekommen in Deutschland	22. Sep
Arab Union of Photographers e.V. (AUOP)	22. Sep
Arbeitsgemeinschaft selbstständiger Migranten e.V.	22. Sep
ARCA e.V. - afrikanisches Bildungszentrum	22. Sep
Asbuka e.V.	22. Sep
BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH	22. Sep
Bildung und Integration in Ottensen e. V	22. Sep
Bildungs- und Beratungskarawane e.V	22. Sep
Bin e. V	22. Sep
Canon e.V. - Afghanischer Frauen und Familienverein	
Cervantes	22. Sep
Cluny e.V.	22. Sep
CULTURE connection e.V.	22. Sep
Deutsch-Iranischer Akademikerbund e.V	22. Sep
Deutsch-Iranischer Akademiker Club (Hamburg) e.V.	22. Sep
deutsch-italienische Gesellschaft e.V.	22. Sep
Dialog ohne Hindernisse e.V.	22. Sep
Die Kraft der Toleranz e.V.	22. Sep
Die Karawane	22. Sep
DITIB HH	21.09.2021
DIWAN Hamburg e.V	22. Sep
DTKB Hamburg e.V	21.09.2021
Entwicklungsforum Bangladesh e.V.	22. Sep
First Contact e.V.	22. Sep
Freie Deutsch-Syrische Gesellschaft e.V.	22. Sep
Förderung der Integration in Hamburg Wilhelmsburg e.V.	
Hajusom e.V.	22. Sep
Hamburg Hand in Hand e.V.	22. Sep
Hamburger Verein Türkischsprachiger Anwälte e.V.	21.09.2021
Haus der Jugend Wilhelmsburg	22.09.2021
HVDaR - Hamburger Verein der Deutschen aus Russland	22. Sep
I.A.K. „Rockfront“ e.V	22. Sep
Iberoamerikanisches Netzwerk von Musikern und Künstlern	22. Sep
IMIC e.V.	22. Sep

INCI e.V.	22. Sep
Interkulturelle Begegnungsstätte e.V.	22. Sep
Islamisches Zentrum Al-Nour e.V.	22. Sep
Italienisches Konsulat	22. Sep
Italienisches Kulturinstitut Hamburg	22. Sep
Kulturbrücke Hamburg e.V.	22. Sep
Landungsbrücken - Patenschaften in Hamburg stärken	22. Sep
Lehrkräfte mit Migrationsgeschichte	22. Sep
MiA e.V. - Migranten in Aktion, Betreuungsverein	22. Sep
MITmacher gUG	22. Sep
Das Raue Haus	
SCHURA Hamburg e.V.	22. Sep
Top Afric e.V.	22. Sep
Türkischer Elternbund Hamburg e.V. - HTVB	21.09.2021
Türkischer Elternbund Wilhelmsburg e.V.	21.09.2021
Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V.	21.09.2021
Türkischer Lehrerverein in Hamburg (TÖDER) e.V.	21.09.2021
verikom – Verbund für interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V.	21.09.2021
Vernetzung Flucht Migration Hamburg	21.09.2021
youfitz e.V.	21.09.2021
Zahnräder e.V.	

Anhang 4: Umfragemaske der Quantitativen Befragung, Quelle: Limesurvey

Diese Umfrage richtet sich an Migrantinnen und Migranten, Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund in Hamburg.

Ich bin Max Nielsen und ich möchte herausfinden, wie und auf welchem Weg man Sie besser in die Entwicklung von Hamburg mit einbeziehen kann.

Ich freue mich, wenn Sie mir ihre Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung mitteilen. Und wie man Sie in Zukunft vielleicht besser ansprechen und einbeziehen kann.

Das ist eine anonyme Umfrage. Es werden keine persönlichen Informationen über Sie gespeichert. Die Umfrage dauert ca. 10 Minuten. Diese Umfrage wird im Rahmen meiner Masterarbeit an der Universität zu Köln und in Zusammenarbeit mit der Stadtwerkstatt der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg durchgeführt. Die Umfrage ist in den Sprachen Arabisch, Englisch, Französisch, Italienisch, Polnisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch und Türkisch verfügbar. Sie können die Sprache oben ändern.

Teil A: Migration

A1. Sind Sie, Teile ihrer Eltern oder Großeltern nach Deutschland eingewandert oder hierher geflüchtet?

Ja
Nein

Teil B: Teilnahme

B1. Haben Sie in Hamburg schon einmal an Beteiligungsangeboten wie Informationsveranstaltungen, Diskussionen, Workshops oder im Internet teilgenommen, bei denen es z.B. um neue Bau und Verkehrsprojekte oder die Zukunft Ihres Stadtteils ging?

Ja
Nein

B2. Warum nicht?

Ich kann sowieso nichts ändern
Ich kann nichts dazu beitragen/Das ist nicht meine Aufgabe
Ich wusste nicht, dass ich mich beteiligen kann
Ich habe keine Zeit dafür
Ich habe Probleme mit der Sprache
Ich interessiere mich nicht für Beteiligung
Ich bin von den Maßnahmen/den Projekten nicht betroffen
Ich weiß nicht, was dabei auf mich zu kommt

Sonstiges, und zwar

B3. Wie wurden Sie auf die Beteiligung aufmerksam?

Mir wurde davon erzählt
E-mail
Handzettel, Flyer
Plakat, Poster
Soziale Netzwerke z.B. Facebook
Mich hat jemand persönlich vor Ort angesprochen
Anderweitig, und zwar

Anderweitig, und zwar

Teil C: Diese Dinge treffen auf mich zu

C1. Bitte schätzen Sie sich selbst ein: Was trifft auf Sie zu?

	trifft zu	trifft eher zu	weder noch	trifft eher nicht zu	trifft nicht zu
Ich möchte in Entscheidungen über die Entwicklung meiner Stadt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich finde es gut, wenn Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Stadtentwicklung haben	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich würde gern an Veranstaltungen gehen, wo ich mich beteiligen kann	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ich würde mich digital beteiligen, von zuhause oder mit dem Smartphone	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es muss mehr Beteiligungsangebote geben, die sich besonders an Migranten richten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Teil D: Digitale Beteiligung

D1. Ich würde mich online oder digital beteiligen, wenn:

Die Angebote in meiner Muttersprache wären
Die Texte in einfacherer Sprache sind
Das Thema/die Ziele klarer formuliert würden
Die Beteiligung über eine App/mit dem Smartphone möglich wäre
Die Beteiligung von Zuhause am Laptop/PC möglich ist

Sonstiges, und zwar

Teil E: Erreichbarkeit

E1. Auf diesem Weg würde man mich erreichen: Wenn ich...

davon in der Zeitung lesen würde

eine E-mail bekommen würde

einen Handzettel/Flyer im Briefkasten hätte

eine Nachricht per Whatsapp bekommen würde

persönlich angesprochen werde

von Familienmitgliedern/freunden/Bekanntem davon erfahre

ein Plakat mit Informationen sehen würde

Sonstiges, und zwar

Teil F: Soziale Medien

F1. Welche sozialen Medien nutzen Sie regelmäßig (mindestens einmal pro Woche)?

Facebook

Twitter

Instagram

WhatsApp

Telegram

Sonstige, und zwar

Teil G: Einrichtungen

G1. Besuchen sie regelmäßig Einrichtungen ihrem Stadtteil, wie Nachbarschaftstreff, Kulturvereine, Sportvereine, Religiöse Einrichtungen etc?

Ja

Nein

G2. Welche Einrichtungen oder Veranstaltungen besuchen Sie regelmäßig?

Teil H: Demographische Angaben (anonym)

H1. Angaben zu ihrer Person

Weiblich

männlich

H2. Wann wurden Sie geboren?

Vor 1945

1945-1955

1955-1965

1965-1975

1975-1985

1985-1995

1995-2005

Nach 2005

H3. Seit wann leben Sie in Deutschland?

H4. Was ist Ihre Muttersprache?

H5. Auf was für einem Gerät haben Sie diese Umfrage gemacht?

Smartphone/Handy

Laptop/PC

Tablet

Vielen Dank für die Teilnahme an der Umfrage. Wenn Sie weitere Fragen zum Projekt haben oder mich bezüglich der Umfrage kontaktieren wollen, schreiben Sie eine E-Mail an mmielse1@smail.uni-koeln.de.

Gerne verbreiten Sie die Umfrage an Freunde oder Bekannte.

Anhang 2 SPSS

Anhang SPSS 1: Altersverteilung und Grund: „Ich wusste nicht, dass ich mich beteiligen kann.“

Wann wurden Sie geboren? * [Ich wusste nicht, dass ich mich beteiligen kann] Warum nicht? Kreuztabelle

			[Ich wusste nicht, dass ich mich beteiligen kann] Warum nicht?		Gesamt
			Nicht Gewählt	Ja	
Wann wurden Sie geboren?	1945-1955	Anzahl	1	0	1
		% von Wann wurden Sie geboren?	100,0%	0,0%	100,0%
	1955-1965	Anzahl	3	0	3
		% von Wann wurden Sie geboren?	100,0%	0,0%	100,0%
	1965-1975	Anzahl	4	3	7
		% von Wann wurden Sie geboren?	57,1%	42,9%	100,0%
	1975-1985	Anzahl	4	6	10
		% von Wann wurden Sie geboren?	40,0%	60,0%	100,0%
	1985-1995	Anzahl	2	8	10
		% von Wann wurden Sie geboren?	20,0%	80,0%	100,0%
	1995-2005	Anzahl	9	9	18
		% von Wann wurden Sie geboren?	50,0%	50,0%	100,0%
Gesamt		Anzahl	23	26	49
		% von Wann wurden Sie geboren?	46,9%	53,1%	100,0%

Anhang SPSS 2: Altersverteilung und Besuch von Einrichtungen oder Organisationen

Besuchen sie regelmäßig Einrichtungen ihrem Stadtteil, wie Nachbarschaftstreff, Kulturvereine, Sportvereine, Religiöse Einrichtungen etc? * Wann wurden Sie geboren? Kreuztabelle

		Wann wurden Sie geboren?						Gesamt	
		1945-1955	1955-1965	1965-1975	1975-1985	1985-1995	1995-2005		
Besuchen sie regelmäßig Einrichtungen ihrem Stadtteil, wie Nachbarschaftstreff, Kulturvereine, Sportvereine, Religiöse Einrichtungen etc?	Ja	Anzahl	2	5	4	6	5	7	29
		% von Besuchen sie regelmäßig Einrichtungen ihrem Stadtteil, wie Nachbarschaftstreff, Kulturvereine, Sportvereine, Religiöse Einrichtungen etc?	6,9%	17,2%	13,8%	20,7%	17,2%	24,1%	100,0%
	Nein	Anzahl	0	3	6	8	6	12	35
		% von Besuchen sie regelmäßig Einrichtungen ihrem Stadtteil, wie Nachbarschaftstreff, Kulturvereine, Sportvereine, Religiöse Einrichtungen etc?	0,0%	8,6%	17,1%	22,9%	17,1%	34,3%	100,0%
Gesamt	Anzahl	2	8	10	14	11	19	64	
	% von Besuchen sie regelmäßig Einrichtungen ihrem Stadtteil, wie Nachbarschaftstreff, Kulturvereine, Sportvereine, Religiöse Einrichtungen etc?	3,1%	12,5%	15,6%	21,9%	17,2%	29,7%	100,0%	

Anhang SPSS 3: Altersverteilung und Matrix-Abfrage von möglicher Beteiligung vor Ort

Wann wurden Sie geboren? * [Ich würde zu Veranstaltungen gehen, wo ich mich beteiligen kann] Bitte schätzen Sie sich selbst ein: Was trifft auf Sie zu? Kreuztabelle

		[Ich würde zu Veranstaltungen gehen, wo ich mich beteiligen kann] Bitte schätzen Sie sich selbst ein: Was trifft auf Sie zu?					Gesamt	
		trifft zu	trifft nicht zu	trifft eher zu	weder noch	trifft eher nicht zu		
Wann wurden Sie geboren?	1945-1955	Anzahl	0	0	2	0	0	2
		% von Wann wurden Sie geboren?	0,0%	0,0%	100,0%	0,0%	0,0%	100,0%
	1955-1965	Anzahl	4	0	2	1	2	9
		% von Wann wurden Sie geboren?	44,4%	0,0%	22,2%	11,1%	22,2%	100,0%
	1965-1975	Anzahl	2	0	4	1	3	10
		% von Wann wurden Sie geboren?	20,0%	0,0%	40,0%	10,0%	30,0%	100,0%
	1975-1985	Anzahl	1	1	7	2	3	14
		% von Wann wurden Sie geboren?	7,1%	7,1%	50,0%	14,3%	21,4%	100,0%
	1985-1995	Anzahl	3	0	3	3	2	11
		% von Wann wurden Sie geboren?	27,3%	0,0%	27,3%	27,3%	18,2%	100,0%
	1995-2005	Anzahl	3	1	10	3	3	20
		% von Wann wurden Sie geboren?	15,0%	5,0%	50,0%	15,0%	15,0%	100,0%
Gesamt	Anzahl	13	2	28	10	13	66	
	% von Wann wurden Sie geboren?	19,7%	3,0%	42,4%	15,2%	19,7%	100,0%	

Anhang SPSS 4: Altersverteilung und Matrix-Abfrage von möglicher digitaler Beteiligung

Wann wurden Sie geboren? * [Ich würde mich digital beteiligen, von zuhause oder mit dem Smartphone] Bitte schätzen Sie sich selbst ein: Was trifft auf Sie zu? Kreuztabelle

		[Ich würde mich digital beteiligen, von zuhause oder mit dem Smartphone] Bitte schätzen Sie sich selbst ein: Was trifft auf Sie zu?						
		trifft zu	trifft nicht zu	trifft eher zu	weder noch	trifft eher nicht zu	Gesamt	
Wann wurden Sie geboren?	1945-1955	Anzahl	0	0	0	2	0	2
		% von Wann wurden Sie geboren?	0,0%	0,0%	0,0%	100,0%	0,0%	100,0%
1955-1965	Anzahl	3	1	4	0	1	9	
	% von Wann wurden Sie geboren?	33,3%	11,1%	44,4%	0,0%	11,1%	100,0%	
1965-1975	Anzahl	2	0	2	1	5	10	
	% von Wann wurden Sie geboren?	20,0%	0,0%	20,0%	10,0%	50,0%	100,0%	
1975-1985	Anzahl	3	2	5	3	1	14	
	% von Wann wurden Sie geboren?	21,4%	14,3%	35,7%	21,4%	7,1%	100,0%	
1985-1995	Anzahl	2	0	8	0	1	11	
	% von Wann wurden Sie geboren?	18,2%	0,0%	72,7%	0,0%	9,1%	100,0%	
1995-2005	Anzahl	6	0	12	2	0	20	
	% von Wann wurden Sie geboren?	30,0%	0,0%	60,0%	10,0%	0,0%	100,0%	
Gesamt		Anzahl	16	3	31	8	8	66
		% von Wann wurden Sie geboren?	24,2%	4,5%	47,0%	12,1%	12,1%	100,0%

Anhang SPSS 5: Verteilung von Alter und mögliche Beteiligung unter Verwendung einfacherer Sprache

Wann wurden Sie geboren? * [Die Texte in einfacherer Sprache sind] Ich würde mich online oder digital beteiligen, wenn: Kreuztabelle

Anzahl

		[Die Texte in einfacherer Sprache sind] Ich würde mich online oder digital beteiligen, wenn:		
		Nicht Gewählt	Ja	Gesamt
Wann wurden Sie geboren?	1945-1955	1	1	2
	1955-1965	4	5	9
	1965-1975	9	1	10
	1975-1985	10	4	14
	1985-1995	6	5	11
	1995-2005	16	4	20
Gesamt		46	20	66

Anhang SPSS 6: Verteilung von digitaler Beteiligung mit Smartphone und aktiverer Beteiligung

**[Ich würde gern aktiver an der Stadtentwicklung teilhaben, als ich es aktuell tue] Bitte schätzen Sie sich selbst ein: Was trifft auf Sie zu? * [Die Beteiligung über eine App/mit dem Smartphone möglich wäre] Ich würde mich online oder digital beteiligen, wenn:
Kreuztabelle**

		[Die Beteiligung über eine App/mit dem Smartphone möglich wäre] Ich würde mich online oder digital beteiligen, wenn:		Gesamt	
		Nicht Gewählt	Ja		
[Ich würde gern aktiver an der Stadtentwicklung teilhaben, als ich es aktuell tue] Bitte schätzen Sie sich selbst ein: Was trifft auf Sie zu?		Anzahl	1	0	1
		Erwartete Anzahl	,6	,4	1,0
	trifft zu	Anzahl	7	6	13
		Erwartete Anzahl	7,3	5,7	13,0
	trifft nicht zu	Anzahl	0	1	1
		Erwartete Anzahl	,6	,4	1,0
	trifft eher zu	Anzahl	12	13	25
		Erwartete Anzahl	14,0	11,0	25,0
	weder noch	Anzahl	12	4	16
		Erwartete Anzahl	9,0	7,0	16,0
	trifft eher nicht zu	Anzahl	5	5	10
		Erwartete Anzahl	5,6	4,4	10,0
	Gesamt	Anzahl	37	29	66
		Erwartete Anzahl	37,0	29,0	66,0

Anhang 3

Anhang 3 mit den Transkripten aus den Interviews, den verwendeten MAXQDA-Dateien, sowie den Datensatz der Umfrage als Excel und SPSS Datei ist auf der beigelegten CD zu finden.

Versicherung an Eides statt

Hiermit versichere ich an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne die Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus veröffentlichten und nicht veröffentlichten Schriften entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit ist in gleicher oder ähnlicher Form oder auszugsweise im Rahmen einer anderen Prüfung noch nicht vorgelegt worden. Ich versichere, dass die eingereichte elektronische Fassung der eingereichten Druckfassung vollständig entspricht.

Hamburg, 10.11.2021

Max Henri Nielsen